

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3.00 M., monatlich 1.10 M., vierteljährlich 3.00 M., für ein Jahr 10.00 M., Einzeltitel 5 Pf. Sonntagsnummer mit Wochensonderausgabe „Die Neue Zeit“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 M. pro Monat, eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Interaktions-Gebühr
 Beträgt für die sechsseitige Rollen-gehe oder deren Raum 10 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (frei-gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengeluche und Schloß-stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 28. August 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Illusionen.

Genosse Maurenbrecher hat in seinem Artikel „Zur Taktik des Wahlrechtskampfes“ seine Ansichten über die vermeintlichen Fehler der Parteileitung und die Art, wie alles besser gemacht werden könne, noch einmal auseinandergesetzt; der vorliegende Artikel soll unsere Entgegnung darauf sein. Da wir Maurenbrechers persönliche Beschwerden bereits durch unsere Erklärung in der Sonntagsnummer erledigt haben, können wir uns ohne Umschweife sogleich mit seinen Auffassungen beschäftigen.

Wir hatten vom Genossen Maurenbrecher behauptet, er habe durch seine Darlegungen in der „Neuen Gesellschaft“ bewiesen, daß er seine ehemaligen nationalsozialen Auffassungen noch keineswegs so reiflos überwunden habe wie er wohl selbst glaube, auch bestätigten seine Ausführungen leider das Wort der „Deutschen Tageszeitung“, daß er zwischen Revisionismus und Revolutionsromantik hin- und herpendele. Genosse Maurenbrecher vermischt die Beweise für unser Urteil. Wir wollen sie hiermit beibringen und zwar unter Zugrundelegung des ja allen Lesern bekannten Artikels „Zur Taktik des Wahlrechtskampfes“.

Maurenbrecher wiederholt in diesem Artikel die Ansicht, daß „eine Unzufriedenheit der Massen mit der verflochtenen Wahlrechtsaktion und mit der politischen Situation überhaupt tatsächlich vorhanden“ sei. Es seien das allerdings nur seine persönlichen subjektiven Eindrücke, die er indes nicht nur in Ober-Schöneweide, sondern auch in Berlin und anderwärts empfangen habe. Nun, wir brauchen ja dem Genossen Maurenbrecher nur unsere subjektiven Eindrücke entgegenzuhalten, die ganz anderer Art waren, obwohl sie ebensoviele wie bei dem Genossen Maurenbrecher „am Schreibrisch und in der Redaktionsstube“ entstanden sind, da wir in zahlreichen Versammlungen und Sitzungen die Auffassung auch der breiteren Kreise kennen zu lernen Gelegenheit hatten. Aber da es bei subjektiven Eindrücken immer auf die Brille ankommt, durch die man die Dinge sieht, ist mit einem solchen Beweismittel überhaupt nicht viel anzufangen. Wir müssen uns also schon an objektive Beweismittel halten, an Tatsachen, an denen nicht zu rütteln ist. Zu solchen Tatsachen gehört aber in erster Linie die, daß die angebliche „Stimmung“ für schärfere Mittel, speziell den Massenstreik, sich nirgends, weder in Versammlungen, noch in den mit der Organisation und Agitation betrauten Parteifunktionen, die doch in engster Fühlung mit der „Masse“ stehen, zu einem Vorschlag oder Antrag verdrängt hat! Wo aber auf Parteikonferenzen von einzelnen Personen die Frage des Massenstreiks aufgeworfen wurde, war sich die über-große Mehrheit sehr bald darüber einig, daß ein solches Kampfmittel zurzeit völlig außer Frage stehe!

Nun könnte Maurenbrecher sagen: Ja, die Masse gab deshalb selbst keine Anregung, weil sie eben mit Bestimmtheit auf die Parole von oben rechnete. Wenn das richtig wäre, so wäre es nur um so unbegründlicher, daß die in ihren Erwartungen so schände betrogene „Masse“ dann später, bei dem Ausbleiben der „Parole“, nicht um so energischer ihrem Unwillen Ausdruck gegeben hat. Oder war es vielleicht die „Masse“, die während der letzten Massenstreikdebatte die Parteileitung der „falschen Führung“, des „Bremfens“ und des „Sichadjures“ beschuldigte? Wir haben die Parteifunktionen und Vorkämpferungen mit jener Gewissenhaftigkeit abgefragt, die der „Vorwärts“-Redaktion schon die Verpflichtung auferlegt, die der „Vorwärts“-Redaktion schon die Verpflichtung auferlegt, aber von einer Enttäuschung der Masse, von einer „allgemeinen Unlust“ über die „Sodagasse“, in die wir durch eine angeblich verfehlte Wahlrechtsagitation hineingeraten sein sollen, haben wir nichts wahrgenommen! Vielmehr war es eine winzige Schriftstellergruppe, deren Kopfszahl sich bequem an den Fingern einer Hand abzählen läßt, die sich auf einmal gebärdete, als stehe die Partei unmittelbar vor einem furchtbaren Kladderadatsch, wenn nicht sofort unsere ganze Taktik umgekrempelt und das Dreiklassenwahlrecht durch eine Art Kavallerieattacke hinweggefegt werde.

Die „Masse“ hat mit diesen Kladderadatschhängen von drei oder vier Parteiliteraten absolut nichts zu tun! Wohl aber sind die Genossenkreise, die am Parteileben geistig und agitatorisch regen Anteil zu nehmen gewöhnt sind, und die mit freudigem Stolz und hoher Begeisterung das seit dem 21. Januar ununterbrochen andauernde Wachstum der Parteiorganisationen und der Parteipresse verfolgt haben, von maßlosem Eifer ergriffen worden, als ihnen auf einmal erzählt wurde, daß die Sozialdemokratie unrettbar an ihrer Lächerlichkeit sterben werde, wenn — über das Wenn waren sich auch die Drei oder Vier unter sich nicht ganz einig — kurzum: wenn nicht etwas Ungewöhnliches, Außerordentliches, Sensationelles geschehe!

Genosse Maurenbrecher behauptet, die Generalkommission selbst habe für den Wahlrechtskampf dieses Winters und Frühjahrs empfohlen, die schärfsten Mittel bereit zu halten“ und ausdrücklich ihre Unterstützung in Aussicht gestellt. Wir erinnern uns dessen nicht, aber will Maurenbrecher damit vielleicht glauben machen, daß die Generalkommission damit etwa den Anschein erweckt habe, als wolle sie zum Massenstreik animieren? Jedenfalls unterstellt er den Artikeln der Parteipresse, die sich damals in einem „Barozismus“ befunden haben soll, wenn nicht die Absicht, so doch die Wirkung, die „Masse“ in die Auffassung verlegt zu haben, daß der Wahlrechtskampf ohne Pause weiter geführt werden und „bei steigender Temperatur notwendig in Massenstreik endigen“ solle. Er, Maurenbrecher, gebe ja schließlich zu, daß die Parteileitung solche Absichten gar nicht gehabt habe: „Aber ist das ein Zeichen von Konfusion? Sind wir deshalb unreife Kinder — weil wir an einen Plan bei Euch glaubten, der tatsächlich nicht da war?“

Wir haben an der Hand der wirklichen Tatsachen unseres Parteilebens des letzten halben Jahres nachgewiesen, daß die Massen nicht mit dem Massenstreik rechneten und nicht auf eine „Parole“ warteten. Sie konnten das auch gar nicht, weil die Parteipresse bei ihren Anfeuerungen zu den Wahlrechtsprotesten sich durchaus nicht des Massenstreiks als Schreitmittels bediente! Die Parteipresse sah den Wahlrechtskampf gar nicht als eine Aktion auf, bei der ein unmittelbarer Erfolg zu erwarten sei, sondern als eine Demonstration, einen Protest, dessen Zweck schon erreicht sei, wenn in den proletarischen Massen selbst das Gefühl der Empörung über die preussische Dreiklassenwahlrecht verfestigt werde. Als nach dem 21. Januar die bürgerliche Presse über die „Erfolglosigkeit“ der Demonstration spöttelte, erklärte der „Vorwärts“ ausdrücklich, daß die Partei mit dem agitatorischen Erfolge der großen Massenmusterung vollumfänglich zufrieden sei. Und immer wieder, am 18. März, am 1. Mai, betonte der „Vorwärts“ die agitatorischen und organisatorischen Erfolge der Wahlrechtsbewegung. Klipp und klar und für jeden verständlich erklärte er während dieser Monate der Wahlrechtsagitation wiederholt: die einzige Möglichkeit der Zerstörung der preussischen Junkerherrschaft sei die Stärkung der proletarischen Massenarmee. Auf die Hilfe der bürgerlichen Parteien sei kein Verlaß, selbst Zentrum und Freisinn seien nur verkappte Feinde des Dreiklassenwahlrechts. Der Tag des Sieges über die preussische Reaktion rücke nur in dem Maße näher, in dem die Sturmtruppe des sozialistischen Proletariats anwachse. An dieser Sprache und Auffassung des „Vorwärts“ hat damals kein Mensch Anstoß genommen. War es doch die allgemeine Auffassung der ungeheuren Mehrheit der Partei, die sich keinen Augenblick einbildete, man dürfe nur dann in eine preussische Wahlrechtsagitation eintreten, wenn man entweder zu siegen oder auf der Straße zu bleiben entschlossen sei. Denn nur wenn man die Protestbewegung unter einem solchen Gesichtswinkel betrachte, kann man von einer „Sodagasse“ reden, in die die Partei dadurch geraten sei, daß sie nicht auch zum Massenstreik gegriffen habe. Die deutsche Partei, und zwar nicht nur deren Zeitung, sondern auch die Massen, kannten aber die Stärke der gegnerischen Position viel zu gut, um nicht zu wissen, daß nicht durch einen tollkühnen Sturmangriff, sondern nur durch allmähliches Heranziehen der Schützengraben, durch ein Unterminieren der Bastionen, kurzum nur durch eine langandauernde zähe Belagerung das Fortschritt der preussischen Reaktion genommen werden kann. Genosse Maurenbrecher kann sich also in der Tat nur auf das Recht der — politischen Konfusion, auf seine Unerschrockenheit in der sozialdemokratischen Gedankenwelt berufen, wenn er „an einen Plan glaubte, der nicht vorhanden war“, das heißt, der bei einstufigen Politikern überhaupt nicht vorausgesetzt werden konnte!

Genosse Maurenbrecher nennt es freilich „eine gefährliche Plauderei“, wenn der „Vorwärts“ in einem seiner Massenstreikartikel den politischen Massenstreik im Frühjahr für unausführbar erklärt habe, einmal weil es innerhalb des Proletariats an der Klaren und entschlossenen Einmütigkeit in der Beurteilung dieses Kampfmittels gefehlt habe, dann aber auch, weil die Position des Gegners zu stark gewesen sei. Die „Macht der preussischen Regierung“, so versichert Maurenbrecher, habe „ihre sehr engen Grenzen“. Damit verrät Genosse Maurenbrecher abermals eine bedauerliche Unklarheit und Unreife seiner politischen Auffassungen! Ja, wenn das preussische Wahlrecht nur seine Stütze fände in „der preussischen Regierung“ und ihren nächsten konservativen Freunden! Dann freilich hätte schon heute ein Massenstreik Aussicht auf Erfolg! Aber die „preussische Regierung“ findet in Sachen des preussischen Wahlrechts auch zuverlässige Unterstützung bei den Rationalliberalen und dem Zentrum, während der ohnehin ja so schwache Freisinn zum mindesten den denkbar unzuverlässigsten Verbündeten der Sozialdemokratie darstellen würde. Kurz: die ganze bestehende Klasse steht hinter der Regierung, und ein Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht bedeutete nichts Geringeres als den Kampf gegen die geeinte reaktionäre Masse!

Man muß wirklich aus der ganzen bisherigen Entwicklung unseres politischen und Parteilebens nichts gelernt haben, man muß gegen die zunehmende Verschärfung des Klassenkampfes blind sein, man muß die politische Presse mit ganz eigenen Augen lesen, wenn man die Tatsache bestreiten will, daß der Kampf um das preussische Wahlrecht nicht nur gegen die preussische Regierung und die preussischen Junker, sondern gegen die bestehende Klasse, die Bourgeoisie überhaupt geführt werden müßte. Und ein politischer Massenstreik würde die kapitalistischen Instanzen auch der linksliberalen Bourgeoisie rasch und kräftig genug beleben! In der Beurteilung dieses Kampfmittels findet sich ja die ganze freisinnige Presse von dem Platte des Herrn Rosse bis zu dem des Herrn Sonnemann einmütig zusammen!

Es ist denn auch bekanntlich der Vorschlag aufgetaucht, statt auf dem Wege der proletarischen Freisinnspolitik durch diplomatische kombinierte Schachzüge das Dreiklassenwahlrecht zu Fall zu bringen. Man hat gemeint: wenn wir, statt sozialdemokratische Wahltagitation zu betreiben, überall den Freisinn unterstützen, ist es am Ende möglich, dem Dreiklassenparlament eine derartige Zusammenfassung zu geben, daß es das Dreiklassenwahlrecht selbst abschafft. Sollte auch der Freisinn dafür nicht zu haben sein, so werde doch den in die Enge getriebenen Junkern das Wahlrecht wieder zu dem „elendesten aller Wahlsysteme“, für dessen Verechtigung sie selbst eintreten würden. Man sieht auf den ersten Blick: diese ganze Kombination ist äußerst phantastisch. Aber nehmen wir selbst einmal an, es läme so, wie unsere Diplomaten kalkulieren: der

Freisinn erlangte eine den Junkern unbequeme Zahl von Mandaten. Der Freisinn würde dann schon deshalb nicht für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht eintreten, weil er sich dadurch ja selbst wieder in den Abgrund stürzen würde. Die Junker aber würden wahrscheinlich die freisinnige Herrlichkeit von sozialdemokratischen Gnaden eine Zeitlang ruhig mit ansehen. Denn ewig würde ja doch die sozialdemokratische Unterstützung des Freisinns nicht währen. Einigen sich aber konservative, Rational-liberale und Zentrum faktisch auf eine Wahlrechtsänderung, so ganz sicher nicht auf das Reichstagswahlrecht, sondern etwa auf eine Art ständischer Vertretung, durch die jedem der bürgerlichen Interessenten ein gewisser Besitzstand garantiert, das Proletariat aber mit einer lächerlichen Scheinvertretung abgespeist werden würde. Und eines solchen nicht einmal sicheren „Erfolges“ wegen sollte die Sozialdemokratie die Taktik des Klassenkampfes aufgeben und ihre Wähler zu Schachfiguren degradieren?!

Genosse Maurenbrecher spricht nun zwar davon, daß man schon im Frühjahr den Drei-Tage-Streik und den „ganzen Massenstreik selber“ von Rechts wegen hätte inszenieren müssen, aber für die nächste Zukunft empfiehlt er selbst gleichwohl nicht den Massenstreik, sondern nur eine neue Form der Agitation. Man hätte schon seinerzeit die Versammlungs- und Flugblatt-agitation fortsetzen und im besonderen auch die Katholiken, die Kleinbürger und Landarbeiter gegen die Dreiklassenwahl aufrütteln müssen. Wenn der „Vorwärts“ bereits im Januar Ähnliches empfohlen habe, so sei es desto schämlicher, daß die Parteileitung der Anregung nicht entsprochen habe!

Nun, die Partei hat es an Versammlungen und Flugblättern wahrhaftig nicht fehlen lassen. Und die Flugblätter sind selbstverständlich auch an Richtsozialdemokraten verteilt worden. Speziell im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ist eine Broschüre „Zentrum und Wahlrecht“ in 200 000 Exemplaren verbreitet worden. Aber schließlich hat jede Agitation ihre Grenze: überflutet man die Massen mit Flugblättern über stets den gleichen Gegenstand, so erweckt man schließlich Gleichgültigkeit und Ueberdruß statt gesteigerten Interesses. Und wenn es der „Vorwärts“ als Pflicht der Gewerkschaften bezeichnet hatte, sich auch ihrerseits des Agitationsstoffes der Wahlrechtsagitation zu bemächtigen, um ultramontane und freisinnige Gewerkschaftler über den wahlrechts- also arbeiterfeindlichen Charakter dieser beiden Parteien aufzuklären, so war das ein den Gewerkschaften gegebener Rat, zu dessen Unterstützung auch der Parteivorstand nur sehr wenig zu tun vermocht hätte.

Aber Genosse Maurenbrecher empfiehlt ja nicht die bisher übliche sozialdemokratische Agitation, sondern die parteipolitisch neutrale Aufklärung der Katholiken, Kleinbürger und Landarbeiter über die Verwerflichkeit des die nichtbestehende Klasse entrechtenden Dreiklassenwahlrechts. Die sozialdemokratischen Flugblätter und Reden sollen diesen Schichten sagen: Wir wollen Euch ja gar nicht zu Sozialdemokraten machen, Ihr sollt nur mit den Sozialdemokraten gemeinsam — sei es im Rahmen Eurer Partei, sei es gegen dieselbe — den Kampf gegen die Dreiklassenwahlrecht führen. In der Tat, etwas Räuber- und Konfuseres als dieser Vorschlag ist uns selten begegnet!

Wenn ich einem politisch Indifferenten das Ständische des Dreiklassenwahlrechts demonstrieren will, genügt doch keineswegs der simple Nachweis, daß es bei demselben den Arbeitern nicht möglich ist, gegen die Stimmen der Vertreter der beiden anderen Klassen einen Abgeordneten durchzubringen. Ich habe ihm vielmehr klargemacht, daß die Vertreter der beiden ersten Wählerklassen weder gewillt noch in der Lage sind, die Interessen der dritten Wählerklasse zu vertreten! Ich muß ihm also zunächst den wirtschaftlichen Gegensatz zwischen Arbeiter und Unternehmer, zwischen Proletariat und Kapitalisten klarmachen, um ihm dann auch die unerträglichste Tatsache des politischen Klassenkampfes verständlich zu machen. Erst dann wird er die Rechtlosigkeit der Nichtbestehenden als ein Unrecht und eine Verachtlichung empfinden. Verfähre ich nicht so, so ist es den Demagogenkünsten der Gegner ein Leichtes, dem Arbeiter usw. vorzuschwindeln, das allgemeine usw. Wahlrecht liege weniger im Interesse der Nichtbestehenden als vielmehr im Interesse der staats- und religionsfeindlichen Sozialdemokratie; die Interessen der christlichen (resp. freisinnigen) Arbeiter würden auch bei dem jetzigen, zwar nicht idealen, aber doch vorläufig nicht zu ändernden Zustande ganz vortrefflich durch die bewährten Vertreter des Zentrums (resp. Freisinns) vertreten. Und verbreitet die Sozialdemokratie ein Flugblatt, worin sie konkrete Sünden des Zentrums festmache, so verbreitet das Zentrum flugs zwei andere Flugblätter, worin das Verbrechen in ein sozialpolitisches Heldentat ungelogen wird. Doch kurz und gut: durch ein halbes oder auch ganzes Duzend Flugblätter oder Versammlungen wird trotz aller neutralen Fieranzes und aller diplomatischen Ueberflachtlichkeit noch lange kein Keil in die gegnerischen Parteien getrieben. Dazu bedarf es jahrelanger, unerermüdlicher Agitation und Organisation durch Partei und Gewerkschaften, der eindringlichsten praktischen wie theoretischen Belehrung über das Wesen des Klassenkampfes und der bürgerlichen Parteien.

Wenn sich durch jede Fusarenritte und Handstreich, durch eine politische Lantmagination nach dem Vorbilde der Heilsarmee etwas erreichen ließe, dann hätten es gerade die Rationalsozialisten zu etwas bringen müssen. Man weiß aber, wohin sie es trotz der fieberhaften Agitation gebracht haben. Es ist deshalb eine äußerst sonderbare Zumutung des Genossen Maurenbrecher, der Sozialdemokratie an Stelle ihrer bisherigen systematischen, aus Theorie und Praxis des Klassenkampfes natürlich herauswachsenden Agitationsweise eine neue Agitationsform zu empfehlen, die nicht nur unserer ganzen Klassenkampfauffassung ins Gesicht schlägt, sondern auch, wie jeder praktisch Erfahrene weiß, nicht einmal irgend welchen Erfolg verspricht!

Es fällt uns gar nicht ein, leugnen zu wollen, daß nicht auch unsere Agitation hier und da systematischer und intensiver betrieben werden könnte. Aber in unserer Wahlrechtsagitation hat die Partei, sowohl Leitung wie Masse, ihre Schuldigkeit getan. Daß das Wahlrecht durch unsere Agitationspossession nicht gleich den Mauern von Jericho umgeblasen werden konnte, wußte jeder Mensch mit fünf gesunden Sinnen. Trotzdem haben wir alle Ursache, mit den Erfolgen unserer bisherigen Wahltagitation zufrieden zu sein. Kleinmütige Verzagttheit wie exaltierte Projektionsmächerei sind gleich wenig am Plage. Selbstverständlich geht der Kampf weiter. Aber welche Pressions- oder Agitationsmittel man auch anwenden wird: man wird die Lehren und Prinzipien des Klassenkampfes niemals ignorieren, wie das bei den Vorschlägen Maurerbrechers und seiner Gesinnungsverwandten geschieht. Genosse Maurerbrecher wird erst dann keinen „Unmut“ mehr über die sozialdemokratische Kampfmethode empfinden, wenn er sich etwas gründlicher mit dem Wesen des proletarischen Klassenkampfes vertraut gemacht haben wird!

Das Blutbad in Nürnberg.

Aus Nürnberg wird uns geschrieben:

Nach wie in meinem Leben ist mir die volle Wahrheit des Sprichwortes „Der Lüg wie telegraphiert!“ so begrifflich geworden, als beim Lesen der offiziellen Telegramme über das schauerliche Blutbad in Nürnberg, das die dortige Polizei am Donnerstag, noch viel mehr aber am Freitagabend im Stadtviertel St. Peter, rings um die Aut.-Mobilfabrik Union (Firma Rauter) angerichtet hat.

Die Volksversammlungen vor der Automobilfabrik dauern seit Freitag, den 17. August, an welchem Tage der durch den Fabrikdirektor zu Gewalttätigkeiten aufgelegte Arbeitswillige einem friedlichen Streikposten drei Revolverkugeln in den Leib gelagt hat. Die Ansammlungen waren aber vollständig harmlos, sie beschränkten sich lediglich auf Besichtigung des Faktories. Die Menschen haben sich verlaufen wie sie gekommen waren.

Nun wurde die Tatsache bekannt, daß der Mörder des Streikpostens nicht wie jeder andere Mörder behandelt wird, daß man von Notwehr nicht sprechen kann, daß der Mordbube aber trotzdem wegen Annahme von Notwehr auf freien Fuß gesetzt worden ist. Dazu kam, daß die Polizei schon während der mehrwöchigen Dauer des Mauerstreiks wiederholt und im nämlichen Stadtviertel in vollständig ungeschicklicher Weise gegen Streikposten der Mauer aufgetreten ist. Streikposten wurden ohne jeden Grund vertrieben oder auch, wenn sie nur den Versuch machten, auf ihr gesetzliches Recht aufmerksam zu machen, sofort verhaftet. Daß sich dabei Menschen ansammelten, ist wohl ganz natürlich. Daß die Polizei nun, anstatt den Schauplatz ihrer Heldentat zu verlassen, gegen die paar Zuschauer mit Puffen und den bekannten tänzelnden Hüfen der Schußmannspferde vorgeht, war der Grund zu größeren Ansammlungen und die Ursache von Groll und Erbitterung gegen sie. Nun kam wenige Strafen entfernt der Mord vor und die bereits erwähnte erneute Parteilichkeit gegen die streikenden Arbeiter; was lag näher als daß neue Ansammlungen vorkamen? Hätte es nicht weiter zu sehen gegeben als die Stelle, wo jener unselige Mensch einen anderen niedergeschossen hatte, so wäre das Weiben des Einzelnen über wenige Minuten nicht hinausgegangen. So aber war schon seit dem Mordtag stets ein großes Polizeiaufgebot zu Fuß und zu Pferd am Plage zu einer Zeit, wo außer dem gewöhnlichen Verkehr kein Mensch am Plage war. Selbstverständlich blieb nun jeder, der Zeit hatte, stehen und jene, die aus der Ferne die 25 bis 30 Schusspfeile blitzen sahen, kamen heran. Einer fragte den anderen, was denn los sei und keiner wußte etwas, folgedessen mußte erst etwas los werden, zudem ja die Polizeileute sämtlich ihre Revolvertaschen anhängen hatten, was man sonst nur bei Nacht zu bemerken Gelegenheit hatte. Als auf ganz natürliche Weise die Menge immer größer wurde, ließ die Polizei der ersten Ungeheuerlichkeit die zweite folgen: sie ließ die Ansammlung nicht wieder sich ruhig verlaufen, sondern ihrer Tradition gemäß ging sie mit Gewalt vor. Die durch die bereits erwähnten Umstände schon erregten Menschen wurden dadurch natürlich nicht beruhigt — und die objektive Gewalt der Polizei wuchs zur brutalen Gewalt aus. Nachdem bereits Mißhandlungen von Zivilpersonen vorkamen, flog der erste Stein aus der Hand eines 15jährigen Jungen. Nun schwand der letzte Rest von Zurückhaltung bei der Polizei. Jetzt flogen die Säbel heraus und ohne Rücksicht auf Schuldig oder Unschuldig wurde dreingehauen, vorerst nur mit der flachen Klinge. Die Wunden, die Steine geworfen oder geschloß hatten, hatten sich natürlich längst in Sicherheit gebracht, niedergeworfen und niedergeschlagen wurden nur Ahnungslose, die eben des Weges gekommen oder die in nächster Nähe liegende Ausstellung verlassen hatten, woher um diese Zeit Tausende auf dem Heimwege begriffen sind. Abscheuliche Szenen sind vorgekommen und die Erbitterung des gesamten Publikums gegen die Polizei wuchs ab dieser himmelschreienden Ungerechtigkeiten. Das war am Donnerstagabend.

In der Erwartung, daß die Heldentaten der Polizei mit diesem Abend noch nicht abgeschlossen sein würden, begab ich mich am nächsten Abend schon um 5 Uhr auf den Kriegsschauplatz, mietete mir ein Zimmer, um von dort aus die Vorgänge beobachten zu können. Schon von 8 Uhr ab war die Straße dicht belebt, nicht aber von „Ammulanten“, sondern von den Massen, die zu dem 5 Minuten entfernt abgehaltenen und zur Eröffnung gelangenden Volksfest gingen. 40 bis 50 Schulleute banneten die Massen natürlich wieder an den Platz. Die Sache entwickelte sich wieder wie am vorigen Tage, und daß es heute (also am Freitag) noch schrecklicher werden sollte wie am vorigen Tage, bewies die wie ein Lauffeuer durch die Menge gegangene Aecherung eines dem Dialekt nach preussischen Schuhmannes: „Heute geht nicht wie gestern, heute muß mit jedem Sieb eines fallen.“ Und es kam so!

Um 8 Uhr wurde die Regensburgerstraße, in welcher die Fabrik Union liegt, oben und unten abgesperrt, und hinter der Schußmannsreihe ging nun die Schierelei und die Säbelhaderlei los. Ich hatte mein Standquartier verlassen und war zu dem Hauptschauplatz geeilt, eine Kreuzung von sieben Straßen, davon eine direkt zur Ausstellung (5 Minuten) und eine direkt zum Volksfest (2 Minuten), die übrigen meist ins Stadlinnere. Was ich nun hier sah, ist einfach unbeschreiblich. Kalter Schauer überlief mich. Viele Dutzendmal hörte ich das schauerliche Knarren, wie es mir noch in den Ohren klingt von jenem Moment her, wo das Halbheil die knochige Wirbelsäule eines ebenfalls amtlich gemordeten Raubmörders durchschlug, von welchem Akt der „Verrechtlichkeit“ ich vor Jahren einmal Zeuge war. Einmal da, einmal dort fausten die Säbel auf Schädelknochen, auf die Schultern oder auf die Hände nieder, ein ununterbrochenes wildes Schlachten. Ziel und planlos rannten die bei ihrer Blutarbeit rasend gewordenen Polizeileute umher, hieben, stachen und schossen alles nieder, was ihnen in den Weg kam, Frauen und Kinder, Burschen und Weiber. Aus halburchadeten Händen und Fingern, aus angeschädigten Schädeln und Schulterknochen, aus durchschossenen Armen

und Beinen, aus gestochenen Frauenbrüsten sah ich Blut in Strömen fließen. Wahnsinnverrätendes Brüllen der Polizei, Jammer- und Wehgeschrei der Witwen und das Krachen der Revolver erfüllte die Luft.

So ging es von Eintritt der Dunkelheit an bis 12 Uhr nachts.

Um 11 Uhr lösten zwei Kompanien Infanterie die die Regensburgerstraße absperrenden Schulleute ab; die Zahl der Säbelhader und Revolverknaller war somit vermehrt.

300 Verwundete, zum Teil sehr schwer, dürfte nicht überschätzt sein. 90 Prozent davon aber waren harmlose Passanten, die vom Volksfest oder von der Ausstellung kamen und die Stelle passierten mußten. Neben Arbeitern und „einfachen“ Bürgern sind „bessere“ Leute in Menge ebenfalls zerhauen worden, Amtsrichter, Lehrer, Fabrikanten und viele, viele „bessere“ Damen, die nicht schnell genug laufen konnten. In ihrer blinden Wut haben die Polizisten sogar ihre eigenen Kollegen verwundet, einem wurde von seinem „Mitkämpfer“ sogar die Hand vollständig durchschossen.

Daß das Publikum die Polizei angegriffen habe, ist eine absolute Lüge. Es beschränkte sich lediglich auf die Notwehr, indem die in die Wirtschaftlokale mit Säbel und Revolver hereinströmenden Polizisten mit Bierflaschen abgewehrt wurden, das waren aber nur ganz wenige Fälle und es geschah erst, nachdem das Wüten schon lange angehalten hatte.

Total erfunden aber ist, daß die „Ausfahrungen“ von Streikenden herrühren. Seit Freitag den 17. August stand kein einziger Mann der Streikenden mehr vor oder in der Nähe der Fabrik. Die Posten wurden sämtlich eingezogen mit der strengsten Weisung, die Fabrik zu meiden, was ohne Ausnahme befolgt worden ist.

Am Sonnabendabend war die „Ordnung“ wieder die alte. Nur wenige Schulleute standen da und diese ersuchten die Leute äußerst höflich, weiterzugehen. Das gleiche auch am Sonntag.

Um weiteres Blutvergießen zu verhindern, hatte das Gewerkschaftsamt Nürnberg am Sonnabendvormittag an den Bürgermeister das Anerbieten gestellt, für den kommenden Abend 100 oder mehr Ordner zu stellen und die Polizei in den Hintergrund zu setzen. Eine sofort einberufene Sitzung des magistratischen Polizeirats aber hatte „das freundliche Anerbieten“ nach Lage der Umstände „... dankend abgelehnt“, man hatte schon Militär für die folgenden Tage bestellt!

Die russische Revolution.

Das Attentat auf Stolypin.

Von einem niederstimmernden Eindruck der blutigen Kunde im Zarenpalaste berichten die Blätter. Sie werden wohl recht haben. Wer soll sich noch sicher fühlen, wenn der Ministerpräsident nicht mehr sicher ist in seiner stark bewachten Villa? Für die todentschlossenen Terroristen gibt es kein Hindernis mehr — da sie ihr eigenes Leben fallblütig aufs Spiel setzen, werden sie den Herrschenden um so gefährlicher. Sie weihen sich selbst dem Tode, um den Feind zu töten. Diese bis zur Todbereitschaft gehende Hingabe ist der Gradmesser der furchtbaren Erbitterung, die die russische Reaktion weckt.

Ströme Blutes sind geflossen und darunter unschuldiges Blut — Blut von Kindern. Die Ordnungspresse ist voll Abscheu. Eine Ministertochter ist schwer verletzt, ist zum Krüppel geworden. O über die Barbaren der Revolutionäre! So tönt's durch die Spalten vom rechten bis zum linken Flügel der Bürgerpresse. Wieviel Kinder die „Ordnung“ gemordet hat, danach fragen die Moralisten nicht! Wieviel unschuldiges Blut der Zar durch seine Senker vergossen hat und weiter vergießen läßt, das kümmert sie nicht. Glende Heuchlerstippe!

Die heutigen Nachrichten über das Attentat lauten:

Petersburg, 26. August. Ueber die Explosion im Hause Stolypins werden nachstehende Einzelheiten gemeldet, durch welche die früheren Berichte eine teilweise Abänderung erfahren:

Die Täter trafen in einem offenen Wagen ein, als die Besucherliste bereits geschlossen war, infolgedessen wollte die Dienerschaft sie nicht durchlassen. Darauf versuchten sie mit Gewalt in das Zimmer einzudringen, das neben dem Empfangssaal lag, und in dem zahlreiche Gäste den Minister erwarteten. Bei dem Handgemenge mit der Dienerschaft ließ einer der Eindringlinge, der die Uniform eines Gendarmereisoffiziers trug, eine Bombe fallen, die mit großer Gewalt explodierte. Durch die Stärke der Explosion wurde das Wohnzimmer, in dem die Bombe explodierte, das diesem benachbarte Zimmer und teilweise auch der Empfangssaal vernichtet, ebenso auch das Vestibül, die Freitreppe und der Balkon des zweiten Stockwerks. Der Minister, der in seinem Arbeitszimmer empfing, blieb, wie bereits gemeldet, unversehrt. Seine Tochter und sein Sohn, die sich auf dem Balkon aufstellten, wurden verletzt; beide Kinder wurden nach dem Hospital gebracht. Die Gesamtzahl der Opfer beläuft sich auf nahezu 60 Personen, von denen 27 getötet sind. Unter den Toten befindet sich das Mitglied des Ministerrats Schwostom. Von den Tätern sind nicht, wie zuerst gemeldet, alle vier, sondern drei durch die Explosion getötet worden, der vierte ist verhaftet. Getötet sind außer General Samjatın, Peremontsew, Boronin und Schwostow auch Fürst Rasakidsche, der Hauptmann der Gendarmerie Fedorow, der Polizeibeamte Kasanzew, sowie Wachen, Diener und Boten. Verwundet sind 25 Personen, darunter zwei Ministerialbeamte und ein General der Artillerie. Das Gebäude ist förmlich zugerichtet. Die Feuerwehreinheiten sind mit Bergungsarbeiten beschäftigt.

Durch die Untersuchung ist ermittelt worden, daß die Täter aus Moskau hier eingetroffen sind und sich in der Moskajastraße möblierte Zimmer gemietet haben. Sie hatten am Abend vor dem Mordanschlag die Sommeroper besucht, wobei sie sich desselben Wagens bedient hatten, in dem sie vor der Villa des Ministers vorfuhr. Der Haupttäter, dessen Leiche von Militär bewacht wird, ist ein ziemlich kräftig gebauter junger Mann von etwa 25 Jahren. Unter seiner ganz neuen Uniform befand sich eine Zivilweste und außerordentlich schmutzige Wäsche. Wie jetzt bekannt wird, wollte bereits vor einigen Tagen ein verabschiedeter Offizier namens Woborskin den Ministerpräsidenten vor einem gegen ihn geplanten Attentat warnen, wurde aber nicht vorgelassen. Heute wurde Woborskin auf Befehl des Ministerpräsidenten Matarow vernommen.

Petersburg, 26. August. (Von einem besonderen Korrespondenten.) Unter den im Gefängnishospital befindlichen wegen der gestrigen Explosion verdächtigen Personen ist auch ein Polizist.

Die Beratung der Regierung ergab, daß eine Operation bei der Tochter Stolypins vorläufig nicht nötig sei.

In das Peter- und Paul-Hospital wurden 24 Verletzte und 22 Verwundete geschafft; drei von den letzteren sind beim Verbands gebunden; außerdem sind noch drei am Spätabend gestorben. Die Gesamtzahl der durch die Explosion Getöteten beträgt mithin dreißig. Vier von den Verwundeten, die der Teilnahme am Verbrechen verdächtig sind, wurden in das Gefängnishospital geschafft. Vier Männer und zwei Frauen, die bei der Explosion schwer verwundet wurden, bleiben in dem Peter- und Paul-Hospital und werden von Militär bewacht, ebenso wie die Verletzte.

Neue Attentat.

Petersburg, 26. August. (Nachung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Kommandant des Semjonowischen Be-

giments, General Minn, ist heute Abend in Peterhof getötet worden. Der General befand sich auf dem Bahnhofs mit seiner Familie, als ein junges Mädchen sich ihm näherte und fünf Revolverkugeln auf ihn abfeuerte, die den General in den Rücken trafen. Frau Minn faßte das Mädchen bei der Hand, das sofort verhaftet wurde. Sodann zeigte die Verhaftete der Polizei eine auf dem Bahnhofs liegende Wunde und bat, sich in acht zu nehmen. General Minn verstarb sofort.

Bei der Verhafteten wurde ein Paß auf den Namen der aus Benfa stammenden Bäuerin Sophie Laktionoff vorgefunden. Ein seit dem 8. August in der Nähe von Peterhof amfänger etwa 30 Jahre alter, der Mischuld verdächtiger unbekannter Mann, der unweit der Laktionoff wohnte, ist seit dem Augenblick, in dem das Attentat erfolgte, verschwunden.

General Minn sollte zu einer „Strafexpedition“ nach den Ostseeprovinzen abgehen.

Peterhof, 27. August. Heute nachmittag wurde der hiesige stellvertretende Generalgouverneur General Bonjartarski, als er in einer Droschke durch die Wieskastraße fuhr, von Unbekannten erschossen. Die Täter sind entkommen.

London, 27. August. Ein neues Attentat wurde, laut Meldungen aus Odesa, gestern Abend gegen den dortigen Gouverneur General Kaulbars versucht. Der Anschlag mißlang. Ebenso, wie in dem kürzlich vorgekommenen Fall, näherte sich ein junges Mädchen dem Palast des Gouverneurs, ließ aber die Bombe zu früh fallen. Das Mädchen, das bei der Explosion verletzt wurde, ist verhaftet worden.

Revolutionäre Agitation unter den Soldaten.

Petersburg, 26. August. Das Komitee der revolutionären Kampforganisation hat neuerdings einen Aufruf an die Soldaten erlassen, in welchem nach Aufzählung aller Sünden, welche sich die jetzige Regierung hat zu Schulden kommen lassen, die Soldaten zum Sturz der Regierung, zum Kampfe für die Konstituanten aufgefordert werden. Wer nicht mutig genug sei, um offen gegen die Volksfeinde zu kämpfen, solle wenigstens nicht gegen seine Brüder, die meuternden Soldaten, schießen. Der Aufruf trägt die Unterschrift der Arbeiterpartei der Reichsduma.

Wieder eine Militärmeuterei.

Nowgorod, 26. August. (Von einem besonderen Korrespondenten.) Im Arziller Konvoltoimento entstanden Unruhen. Eine Anzahl Soldaten verweigerten den Gehorsam. 16 von ihnen wurden in das Gefängnis abgeführt.

Sonstige Vorfälle.

Riga, 27. August. In einer Vorstadt wurden in einer Privatwohnung 24 Bomben, 8 Phosphorgeschosse, sowie viele Sprengmaterialien vorgefunden.

Eine Patrouille bereitete einen geplanten Ueberfall auf eine staatliche Branntweinniederlage; fünf an dem Ueberfalle beteiligte Personen wurden erschossen.

Somel, 26. August. Kurz nach Mitternacht kam es hier zu einem Zusammenstoß zwischen Juden und Russen. Es wurden dabei mehrere Schüsse abgegeben, jedoch niemand getötet. Das Eingreifen der Polizei beugte weiteren Ausschreitungen vor. Ein Jude, der geschossen hatte, und fünf andere wurden verhaftet.

Tambow, 27. August. (W. L. B.) Gestern Abend wurde auf der Inskawinje-Zweigbahn ein Personenzug überfallen; ein Polizeioffizier, ein Schuhmann, ein Gendarm wurden getötet, ein Schaffner tödlich verwundet.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. August

Staatliche Zwangsenteignung der Polen?

Ein Berliner Blatt hatte vor einigen Tagen die Mitteilung gebracht, daß, wie es aus bester Quelle erfahre, man im preussischen Ministerium des Innern an einem Gesetzentwurf arbeite, der der Ansiedelungskommission das Recht verleihe, innerhalb ihres ganzen Gebietes, Polen und Westpreußen, jedes landwirtschaftliche Gut zu enteignen. Die „Tägliche Rundschau“ spielte sich in diesem Falle wieder einmal als freiwilliger Offiziosus auf, indem sie erklärte, daß „surzeit“ im Ministerium des Innern kein Polengesetz ausgearbeitet werde, da „die bisher angestellten Erhebungen in der Ostmarkenfrage noch kein ausreichendes Material geliefert hätten, um daraufhin gesetzgeberische Maßregeln zu ergreifen, die einen Erfolg gewährleisten.“ Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ hüllt sich auch in diesem Falle in charakteristisches Schweigen.

Daß in der Tat etwas Außerordentliches im Werke ist, beweisen die Verhandlungen der gegenwärtig in Marienburg tagenden Generalversammlung des Ostmarkenvereins. In der Verhandlung am 26. August hielt Justizrat Wagner einen Vortrag über den Punkt 6 der Tagesordnung: „Fortführung und Ausgestaltung einer nationalen Bodenpolitik in den Ostmarken.“ Wagner führte aus, daß es sich gezeigt habe, daß die bisherige Arbeiteransiedelungskommission ebensovienig wie die Tätigkeit der privaten Ansiedelungsgesellschaften in der Lage gewesen sei, den Rückgang des Grundbesitzes der Deutschen aufzuhalten. Es müßten deshalb wirksame Maßregeln ergriffen werden, die den Staat in die Lage versetzten, „auf den Grundstückenverkehr im Sinne einer deutschen nationalen Politik einzuwirken.“ Als solche Maßregeln schlage er vor:

1. In den Ostmarken muß jedem Grundbesitzer die Pflicht auferlegt werden, wenn er sein Grundstück verkaufen will, seine Absicht der Behörde anzuzeigen.

2. Die Behörde muß das Recht erhalten, innerhalb einer kurz bemessenen Frist zu erklären, daß sie das Grundstück, dessen Verkauf beabsichtigt wird, selbst übernehmen will.

3. Bei der Uebernahme des Grundstücks ist der Preis so zu bestimmen, daß die Behörde nach ihrer Wahl entweder den Preis zahlt, der von dem Grundstücksbesitzer mit dem Kauflustigen in Aussicht genommen war, oder einen Preis, der nach den für die Enteignung bestehenden Vorschriften ermittelt, wobei jedoch dem Grundstücksbesitzer das Recht bleiben soll, jederzeit unter Erstattung der entstandenen Kosten von dem Verkauf Abstand zu nehmen.

4. Es muß umfassende Vorkehrungen getroffen werden, daß der Staat die von ihm übernommenen ländlichen und städtischen Grundstücke im Ganzen oder in Teilen verkaufen kann, sofern er sie nicht der Ansiedelungskommission zur Bestiedelung überweist.

5. Der Ansiedelungs-Kommission ist, um ihren Bestiedelungs-Unternehmungen freie Bahn zu schaffen, das Enteignungsrecht zu verleihe.

Eine Resolution im Sinne dieser Leitfäden wurde denn auch angenommen, trotzdem in der Debatte mehrfach betont worden war, daß ein solches Gesetz im Abgeordnetenhaus wohl keine Mehrheit finden werde. Der wohl informierte Vorstand des Ostmarkenvereins muß also wohl doch der Ansicht sein, daß die von ihm empfohlene staatliche Zwangsenteignungspolitik wenigstens bei der Regierung auf keinen Widerstand stoßen werde!

Sollte die Regierung tatsächlich eine derartige Vorlage einbringen, so opferte sie damit zugunsten ihrer kapitalistischen

Antifeministische Politik die fundamentalsten Grundsätze der kapitalistischen Staats- und Eigentumsordnung. Sie bebraute sich dadurch jedes Rechtes, noch irgendwie über jene staatliche Enteignungspolitik zu zern, die von den revolutionären russischen Bauern gefordert wird, und die auch bei der Ueberführung des privaten Grund und Bodens in das gesellschaftliche Eigentum im Falle einer sozialen Revolution notwendig werden würde! —

Konservative Reverenzen vor dem Zentrum!

Die „Kreuz-Zeitung“ macht der Parade der hierischen Regierungspartei heisse Liebeserklärungen. Den Veranstaltern und Rednern der Zentrumspartei könne die Anerkennung nicht versagt werden, daß sie darauf bedacht gewesen seien, in jeder Hinsicht den konfessionellen Frieden zu wahren. Auf diesen Grundton sei auch das Suldigungs-Telegramm an den Kaiser gestimmt gewesen. Auch das Antworttelegramm Wilhelms II. sei, wie die „Germania“ hervorhebe, als die herzlichste Anerkennung des ehrlichen Versprechens, für die Versöhnung der Konfessionen und der sozialen Gegensätze zu wirken, von der Versammlung mit unbefriedigter Begeisterung aufgenommen worden. Diese Manifestation gereiche den deutschen Katholiken zur „hohen Ehre“.

Auch die Haltung des Herrn Giesberts findet die vollste Anerkennung des konservativen Blattes. Vielleicht hätte das Zentrum schon aus früheren Katholikentagen „einen Mann aus dem Arbeiterstande“ wählen können. Diese Wahl sei ein „flug berechneter Coup“, der „seinen Eindruck auf Arbeiterkreise nicht verschleppen werde“. Es könnte gar nichts schaden, wenn auch an anderen Stellen darauf Wert gelegt würde, zu dokumentieren, daß man zur Verwirklichung der angeführten Ideale Mitarbeiter aus allen Ständen und Berufen wünsche. Danach wäre es nicht unmöglich, daß man künftig auch bei politischen Kundgebungen der Konservativen einen „Mann aus dem Arbeiterstande“ als lebenden Beweis der konservativen Arbeiterfreundlichkeit am Präsidialtisch präsentieren würde! Ob dieser „flug berechnete Coup“ freilich „seinen Eindruck auf Arbeiterkreise nicht verschleppen“ würde, ist allerdings eine andere Frage!

Besonders erfreut ist die „Kreuz-Zeitung“ natürlich darüber, daß die Signatur des Essener Katholikentages „große Kampfbegier gegen die Sozialdemokratie gewesen sei“. Auf seinem früheren Katholikentage sei „die Notwendigkeit, einen scharfen, rücksichtslosen Kampf gegen die Umsturzpartei zu führen und zu diesem Zwecke mit allen christlich gesinnten Deutschen zusammenzufassen, so konsequent und fast begeistert zum Ausdruck gebracht“ worden!

Dieses fast begeisterte Lob des führenden Junkerorgans für den Katholikentag dürfte denn doch vielleicht geeignet sein, selbst diejenigen Arbeitermassen nachdrücklich zu stimmen, die in Essen den Zentrumskrednern zugehört haben. Wenn irgend etwas beweist, daß die Zentrumspolitik in ihrem ganzen Charakter eine unreaktionäre und arbeitserfindliche ist, so muß das den nicht ganz vernagelten Proletariats das fast zärtliche Lob beweisen, das die „Kreuz-Zeitung“ der hierischen Regierungspartei spendet! —

Deutsches Reich.

Keine Lösung des Tippelskirch-Vertrages?

Der „Lokal-Anzeiger“ hatte dieser Tage gemeldet, daß die Untersuchungen im Fall Fischer so weit gediehen seien, daß eine Lösung der Monopolverträge der Firma Tippelskirch bereits in nächster Zeit bevorstehe. Demgegenüber will die „Tägl. Rundschau“ von „zuständiger Stelle“ erfahren haben, daß sich aus den Bestimmungen des Vertrages und deren Anwendung bisher nicht die geringste Handhabe für die Kolonialverwaltung gefunden habe, von dem Vertrag zurückzutreten. Bereits im April hätten zwischen dem Kolonialamt, dem Reichsschatzamt und dem Reichsjustizamt Beratungen stattgefunden über die Möglichkeit einer Auflösung des Vertrages. Man sei jedoch zu einer vereinbarten Antwort gekommen. Zutreffend sei, daß trotzdem auch jetzt wieder im Kolonialamt Untersuchungen angestellt werden, ob eine Vertragslösung möglich sei; aber auch dabei habe sich nur wiederum herausgestellt, daß dem Reiche keinerlei Recht zustehe, den Vertrag zu lösen.

Wenn sich bei der Untersuchung herausstellt oder wie anzunehmen ist, bereits herausgestellt hat, daß Major Fischer als Beauftragter des Kolonialamtes von Mitgliedern der Firma Tippelskirch in Form von Darlehen Vorkaufsgelder erhalten hat, so sollte es unseres Erachtens sehr leicht sein, die juristische Handhabe zu einer Lösung des ständelosen Monopolvertrages zu finden! Es wäre ja noch unerhörter, wenn die Firma Tippelskirch resp. ihre finanziellen Hintermänner noch mehrere Jahre hindurch diesen Profit einheimen sollten, die sie der ehrliehen Pakterschaft des Majors Fischer zu danken hätten! —

Witkensäure in Hamburg.

Die Hamburger Polizei hat dem Narcismus das Leben verlängert. Sie hat ein revolutionäres Waffenarsenal konfisziert.

Die „Hamburger Nachrichten“ melden: In einem Hause der Sachsenstraße wurde ein junger Mann aus Russland verhaftet, der in Besitz und an den Händen schwere Brandwunden trug. Der Verhaftete verweigerte über seine Person jede Auskunft. Bei der Durchsuchung wurden eine Menge Revolver und auch Sprengstoffe, hauptsächlich Witkensäure, gefunden, ferner Frachtbriefe, Rechnungen usw., aus denen hervorgeht, daß Waffen und Sprengstoffe nach Russland verschickt worden sind. Die Sendungen gingen nach den russischen Offizieren. Ein Komplize des Verhafteten wurde noch nicht angetroffen.

Die Meldung wird von amtlicher Seite bestätigt.

Ein späteres Wolff-Telegramm meldet:

Der verhaftete Unbekannte, der verdächtig ist, russischer Revolutionär zu sein, will der 1871 in Gent (Belgien) geborene Schriftsteller Favart sein, verweigert aber sonst jede Auskunft über seine Person. Der Verhaftete behauptet eine Verletzung, die einen belgischen, auf den Namen Favart lautenden Paß enthält; er spricht deutsch, russisch und französisch. Bei ihm wurden sieben Bronnirpistolen sowie andere größere Posten von Schusswaffen vorgefunden, die in letzter Zeit bei hiesigen Waffenhändlern gekauft worden sind. Munition wurde nicht gefunden; die beschlagnahmte Bloße soll nicht Witkensäure enthalten.

Die „Sprengstoffe“, nicht nur in Gestalt von Witkensäure, sondern sogar in Form von Revolverpatronen, haben sich also bereits verflüchtigt. Trotzdem darf die Hamburger Polizei der Erkenntlichkeit Wätterschens in Gestalt eines kleinen Ordenszeichens sicher sein! —

Bierkrieg in Hannover. In Hannover ist es jetzt zu einem regelrechten Boykott der Ringbrauereien gekommen. Die Brauereien hatten zwei Tage vor dem 1. Juli durch Inserate bekannt gemacht, daß der Preis pro Hektoliter Bier vom 1. Juli ab um 2 M. erhöht werde. In den Verhandlungen mit den Brauereien sträubten sich anfangs die Wirte, auf diese Preissteigerung einzugehen. Die Brauereien machten aber den Vorschlag, die Wirte möchten sich durch Verkleinerung der Gläser an den Konsumenten schadlos halten. Es sollte in Zukunft nur 1/2 Liter für 10 Pf. und 1/3 Liter für 15 Pf. verabreicht werden statt 1/2 Liter wie bisher. Die Wirte verlangten nun die Schutzgarantien von den Brauereien, die letztere zugesagt, notariell beglaubigt. Und

zwar sollten sich die Brauereien gegen eine Strafe von 500 Mark an die Wirtevereine verpflichten, jedem Wirt, der noch 1/2 Liter für 15 Pf. verabsolgt, das Bier zu entziehen. Darauf gingen aber die Brauereien, nachdem ihnen die Wirte die 2 M. Preisaufschlag bewilligt hatten, nicht ein.

Als die Wirte nun einsehen, daß mit den Brauereien für sie nichts zu erreichen sei, wandten sie sich in zwei Versammlungen an die Konsumenten. Sie erklärten aber eine kräftige Abfuhr, denn die Versammlungen nahmen eine Resolution an, in der die Wirte verpflichtet wurden, wie bisher 1/2 Liter für 15 Pf. zu verabsolgen und dies durch Plakate außen bekanntzugeben.

Bei den bürgerlichen Wirten erzeugte dieser Beschluß gewaltige Erregung. Sie fäselten von Herr im eigenen Hause“ und dergleichen. Um diesem für die Wirte höchst unerfreulichen Zustande ein Ende zu machen, schied der Wirteverein von 1903, der hauptsächlich aus unseren Parteigenossen besteht, aus dem gemeinsamen Vorgehen der Wirtevereinigungen aus und beschloß, vom Freitag vergangener Woche ab Ringbier überhaupt nicht mehr zum Ausschank zu bringen. Dieses Vorgehen fand die Unterstützung der Konsumenten, und am Sonnabend beschloßen 5 große Versammlungen, einberufen von dem Gewerkschaftsrat und der Partei, den Boykott des Ringbieres.

Damit ist der Bierkrieg in Hannover akut geworden. Wie berechtigt der Kampf gegen die Bierversteuerung ist, geht schon daraus hervor, daß vier kleinere Brauereien, die je kaum 50 000 Hektoliter Bier ausstoßen und bei denen die ganze Steuer pro Hektoliter nur 58 Pf. beträgt, 1,50 M. an jedem Hektoliter mehr verdienen wollten! Wenn der Verbrauch von ringfreiem Bier zunimmt, so haben sich diese kleinen bei den beiden Großen zu bekümmern für den unaussprechlichen Ruin. Diese beiden großen Brauereien mit einem Ausstoß von 200 000—220 000 Hektoliter werden die Erben dieser kleinen sein. Der Bierkrieg wird den kapitalistischen Auffaugungsprojekten nur noch beschleunigen. —

Aus dem antisemitischen Narrenhause.

Einen höchst originellen Wahlausruf des hart bedrängten Bürgermeisters Köhler-Langsdorf enthält die „Hungerer Landpost“. Die gegen ihn eingeleitete Wahlagitatio, die ihn vom Thron als Oberhaupt stoßen will, hat ihn derart außer Fassung gebracht, daß er jetzt zu der allgermanischen Götterfrage seine Zuflucht nimmt. Der Ausruf lautet:

„Rache!“

Langsdorfer!

Vor neun Jahren hat man mich gewählt — — aus Rache!!! gegen das andere Haus Köhler!!!

Heute will man mich erschlagen — — — aus Rache!!! für die tausendfachen Wohlthaten, die ich Euch erzeigt habe! Und der gute alte Heinrich Schiel soll Euer Werkzeug sein!

Rache, nichts als Rache!!!

Loki-Hödur gegen Baldur!

Loki, der höferrückte Wähler und Deyer, Hödur, der blinde König der Nacht, Baldur, der Gott des Lichtes, des Frühlings und des Lebens —

Kennt ihr die Sage vom Mistelzweig, mit dem, auf Lokis Befehl, Hödur den Baldur erschlug?!

Christliches Langsdorf!

Das Du ohnmächtig in Scharen Deine Kirche füllst, — —

Christliche Brüder! — —

Wie ist doch die heidnische Rache so süß!!!

Köhler, Langsdorf!

„Der Gott des Lichtes“, so bemerkt die „Kat.-Ztg.“, — das ist Köhler; die höferrückten Loki — das sind die mit Köhler-Baldur-Amtstätigkeit unzufriedenen Wähler. Wehe dir nun, Langsdorf, wozu der Wahlkampf ein ebenso tragisches Ende nehmen sollte wie der nordische Götterkampf, wenn Hödur Baldur erschlagen sollte“ und „sich zum König machen würde“!

Der Köhler zierte belächelnd auch einmal als antisemitischer Abgeordneter neben Liebermann v. Sonnenberg und Schwarz den Reichstag! —

Husland.

Schweiz.

Das kriegsgerichtliche Urteil.

Zürich, 26. August. (Fig. Ver.)

Die kriegsgerichtliche Verhandlung gegen unsere sechs Genossen fand am Freitag in Anwesenheit eines zahlreichen Publikums, worunter viele Parteigenossen, im Schwurgerichtssaal statt und dauerte von 7 Uhr morgens bis um Mitternacht.

Das Hauptinteresse des Gerichts und des Publikums konzentrierte sich auf unseren Genossen Sigg, der als Verfasser und Verbreiter des Flugblattes in die Rolle des Hauptangeklagten versetzt worden war. Er hat sich männlich-mutig gehalten und alle Schuld auf sich genommen. Sigg, 30 Jahre alt, von Beruf Schreiner, als Sohn schweizerischer Eltern in Berlin geboren und dort auch zum Sozialdemokraten geworden, hat sich in der Züricher und schweizerischen Sozialdemokratie schnell eine angelebene Stellung erworben. Seit einiger Zeit ist er als Journalist und befördert Sekretär des Großen Stadtrates in Zürich tätig, und besucht die Universität, um sich zum Juristen auszubilden.

Die drei Verteidiger bestritten zunächst die Kompetenz des Kriegsgerichts in sehr scharfsinnig-juristischer Weise, aber ohne Erfolg, ebenso blieben ihre Anträge auf Vertagung der Verhandlung und Vorladung zahlreicher Zeugen erfolglos.

Mit seinen Strafanträgen entpuppte sich der Vertreter der Anklage als der unwürdigste Scharfmacher. Fünfzehn Monate Gefängnis und fünfjährige Entziehung der Aktivbürgerrechte forderte er gegen Sigg, sechs bis zwölf Monate Gefängnis und ein bis dreijährigen Entzug der bürgerlichen Rechte für die übrigen Angeklagten einschließend unserer Genossin Herzog. Das Kriegsgericht verurteilte, wie telegraphisch mitgeteilt, unseren Genossen Sigg zu acht Monaten Gefängnis, einjähriger Entziehung des Aktivbürgerrechts und zur Tragung von einem Sechstel der Prozesskosten, während es die übrigen Angeklagten freisprach. Man gewinnt den Eindruck, daß letzteres geschah, um den Genossen Sigg umso härter treffen zu können. Sein Verteidiger, Genosse Dr. Fuchsstein, hat sofort das Kassationsbegehren angemeldet, von dem wir uns aber angesichts der herrschenden Gewaltpolitik keinen Erfolg versprechen. Die Bourgeoisie mißbraucht in schamloser Weise die in ihren Händen ruhende Staatsmacht zur Vergewaltigung der vorwärts und aufwärts strebenden Arbeiterschaft.

Genosse Sigg wird leider die ganze Strafe erdulden müssen, aber seine Verurteilung ist eine weitere böse Saat, aus der für das herrschende Gewaltregiment nur die bötesten Früchte hervorgehen werden. Sie ist für den Antimilitarismus die wirksamste Propaganda. —

Frankreich.

Schwejkheiten in Pariser Krankenhäusern. Aus Paris schreibt man uns: Zu den öffentlichen Einrichtungen, um die es unter der nachlässigen französischen Verwaltung am schlechtesten bestellt ist, gehören die Krankenhäuser. Von Zeit zu Zeit läßt irgend eine Zeitung einen Alarmruf ertönen, aber nachher bleibt alles beim Alten. So ist man noch immer nicht so weit gekommen, der Mattenlage in den alten Krankenanstalten ein Ende zu machen. Die Bevölkerung hat sich sozusagen daran gewöhnt und es muß schon ein besonders gräßliches Vorkommnis sein, das überhaupt Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit findet. So wird das schreckliche Erlebnis, das der russische Revolutionär Alexander Sokolow im Spital Pitié hatte, in einer unscheinbaren Lokalzeitung abgetan. Sokolow, der unlängst als Mithildiger des geheimnisvollen „Stryp“ in der Bombenaffäre des Waldchens von Vincennes verurteilt worden ist, liegt noch immer in dem genannten Hospital an seinen Wunden darnieder. Ein Polizeijägeramt hält Tag und Nacht an seinem Lager Wache — vermutlich, damit der Krämpel nicht entlaufe. Freitag nach wurde der eingeschlämmerte Wächter durch einen heftigen Schmerz im rechten Bein geweckt. Mit Entsetzen sah er eine riesige Klatze, die sich dort festgebissen hatte. In dem-

selben Augenblick aber stieß Sokolow ein furchtbares Geschrei aus. Der Beamte rief schlemmigt die Decken von seinem Bett und gewahrte etwa zehn Ratten, die über den Körper des Patienten liefen, während drei ihre Zähne in sein Fleisch schlugen! Von einem Krankenwärter unterstützt, tötete der Polizist einige von den Tieren und jagte die anderen in die Flucht. Der Verwundete wurde dann in ein anderes Bett gelegt. Natürlich wird er dort nicht besser geschützt sein. Und in sein Bett wird vermutlich ein anderer gelegt werden, der, weil er kein für das Publikum „interessanter“ Klientel ist, nicht einmal einer kleinen Zeitungsnote wert erscheint wird, wenn ihm gleiches widerfährt.

Das Sonntagsruhegesetz. Wie immer und überall, wenn die Ausbeutungsfreiheit der Unternehmer nur um ein Weniges eingeschränkt werden soll, so widersetzen sich jetzt auch die Unternehmer in Frankreich mit mehr Kraft als Geschick dem neuen Gesetz über die Sonntagsruhe. Und vorwiegend sind es jene Unternehmer, in deren Betrieben die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft den höchsten Grad erreicht, die der Nahrungsmittelindustrie, der Wälder, Fleischermeister, Weinhändler, Gastwirte usw. Für diese Branchen sind bekanntlich Ausnahmen zulässig und zwar kann die Sonntagsruhe entweder vom Sonntagmittag bis Montagmittag erfolgen oder aber das Personal erhält abwechselnd einen Ruhetag in der Woche. Die Bäckergehilfen und auch die Angestellten im Gastwirtsberuf haben sich entgegenkommend gezeigt; sie verlangen vernünftigerweise nicht unter allen Umständen den Sonntag, sondern abwechselnd einen Ruhetag an einem Wochentage, um die Konsumenten und Wirtschaftsbefucher nicht zu schädigen. Die Unternehmer aber widersetzten sich auch diesen Vorschlägen, sie wollen von dem Gesetz überhaupt nichts wissen. Müßen sie es dennoch erfüllen, so wollen sie streiken. Die Bäckermeister wollen das in der Weise tun, daß sie alleamt an einem bestimmten Tage der Woche ihre Geschäfte schließen, so daß die Bevölkerung auf den Verzehr alibidenden Gebäcks angewiesen wäre. Das letztere wäre nun sicherlich auch kein Unglück, wenn damit Tausenden von Geschäften und auch Bäckermeistern der für alle so notwendige Ruhetag verschafft werden kann, aber es handelt sich hier zweifellos nur um eine Drohung. Das gleiche haben dieser Tage die Hoteliers und Gastwirte von Paris beschlossen. Sie behaupteten, durch das Gesetz zugrunde gehen zu müssen, da sie für das angegebene ständige Personal Ausschäftskräfte nicht erlangen könnten. Die Angestellten behaupten dagegen, daß stets Tausende stellungsfreier Arbeiter, Köche usw. vorhanden seien und sie dürften zweifellos damit recht haben. Die Gastwirte wollen nochmals eine Deputation an den Minister senden, und wenn das nicht hilft, wollen auch sie am Sonntag ihre Betriebe schließen. Das Gesetz tritt bekanntlich schon am 1. September in Kraft und die Herren werden sich wohl aber übel noch davor sorgen müssen; sie können sich eben nur für eine der Ausnahmen entscheiden, anderenfalls bleibe ihnen übrig, am Sonntag zu schließen, aber die Konkurrenz unter ihnen selbst wird dafür sorgen, daß sie diese Drohung nicht werden durchführen können.

Eine verständige Lösung haben Unternehmer und Gehilfen im Freisewerke gefunden. Sie haben sich gemeinsam dahin geeinigt, daß die Geschäfte im Innern der Stadt am Sonntag und die in den Arbeitervierteln am Montag zu schließen haben. —

Italien.

Die städtischen Bäckereien von Catania in Liquidation.

Rom, 21. August. (Fig. Ver.)

Unabwendbare finanzielle Schwierigkeiten haben die Regierungspräsidentenschaft von Catania bestimmt, die Auflösung der städtischen Bäckereien dieser Stadt zu verhängen. Die Präfektur hat bereits die Liquidation des Unternehmens eingeleitet.

Somit hat die städtische Brotfabrikation in Catania, die so viel Staub aufgewirbelt hat, mit einem völligen Mißerfolg geendet. Dieser Ausgang war für den Einzelweihlen seit langem vorausgesehen. Im November 1902 wurde durch Urabstimmung mit 6200 gegen 145 Stimmen die Ueberführung der Bäckereien in städtischen Betrieb beschlossen. Der Zweck des Unternehmens lag klar zutage: billiges und gutes Brot zu liefern, ohne die bei seiner Herstellung beschäftigten Arbeiter auszubeuten. Dieser Zweck ist in der Tat eine Zeitlang erreicht worden, aber allerdings nur auf Kosten der finanziellen Existenzfähigkeit des Unternehmens. Vom Oktober 1902 bis Juli 1904 betrug das Defizit 146 980 Lire. Der Vorstand der Stadt, der Sozialist Dr. Felice, war nicht befähigt, die geschäftliche Leitung des Betriebes zu überwohnen. So ist das Unternehmen eigentlich auf ziemlich kindische Weise zugrunde gerichtet worden, weil man nicht bedacht hatte, daß auch ein kommunales Betrieb den Gesetzen der kapitalistischen Konkurrenz unterliegt. Dr. Felice hat hohe Löhne und den Achtstundentag eingeführt und trotzdem den Preis um 20 Prozent herabgesetzt, unter dem ortsüblichen angesetzt. Auf diese Weise konnte sich der Betrieb nicht erhalten und die zentralen Aufsichtsbehörden verfügten seine Auflösung. —

Spanien.

Der Generalkrieg in Bilbao.

Aus Madrid wird vom 27. August gemeldet: Die letzten Nachrichten aus Bilbao lassen die Beilegung des Bergarbeiterausstandes als unmittelbar bevorstehend erscheinen dank der Vermittlung des Generals Roppino und einiger anderer einflussreicher Persönlichkeiten. — Die letzten Nachrichten aus Santander lauten weniger günstig, jedoch herrscht auch dort die verständliche Stimmung vor.

Indien.

Der Aufstand auf Kuba. Nach Meldungen aus Havana hatten 65 Rebellen eine Insel besetzt, welche nur 5 Meilen von Havana entfernt gelegen ist. Neuere Nachrichten zufolge ist diese Insel von Regierungstruppen wieder besetzt worden. In Havana herrscht große Panik. Der Präsident Palma hat seit acht Tagen den Regierungspalast nicht mehr verlassen. Man befürchtet die Zerstörung der Eisenbahnen. Die Zahl der Aufreiter nimmt durch Zugzug täglich zu. Zwischen den Regierungstruppen und den Rebellen ist es zu erneuten Zusammenstößen gekommen, welche jedoch unentschieden blieben. Man ist der Ansicht, daß Havana verloren ist, wenn es den Rebellen gelingt, Pinar del Rio zu erobern.

Gewerkchaftliches.

Das ermordete Koalitionsrecht.

In der vergangenen Woche wurde in Nürnberg ein Gewerkschaftsführer durch einen Streifbrieger ermordet. In der Folge ging die Nürnberger Polizei dann in rigoroser Weise gegen Demonstranten und Reugierige vor, die sich vor der bestreikten Fabrik angesammelt hatten; auch harmlose Straßenpassanten wurden nicht verschont. Jetzt meldet uns ein Privattelegramm aus Nürnberg, daß den Maurern und Bauarbeitern das Streifpostenwesen ganz allgemein verboten ist.

Die Streifbrieger führen den Einzelkampf gegen die Streifposten, die Behörden den Kampf gegen das Koalitionsrecht!

Berlin und Umgegend.

Au die Zimmerer Berlin und der Sororte!

Werte Kameraden!

In diesem Monat sollen in Deutschen Reich die statistischen Erhebungen über die Organisationsverhältnisse, Lohn- und Arbeitsbedingungen im Zimmerergewerbe veranstaltet werden. Um diese Idee in Berlin und Sororten möglichst korrekt zur Durchführung zu bringen, d. h. damit alle in unserem Gewerbe beschäftigten Personen ermittelt werden, hat die Konferenz des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands, Zahlstelle Berlin und Umgegend, folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Am Montag, den 27. August, bekommt jedes Mitglied der Zählstelle Berlin und Umgegend eine Platzliste zugestellt, die er für seine Person am Dienstag, den 28. August gewissenhaft ausfüllen muß und die am Mittwoch, den 29. August, wieder abgeholt wird.

2. Die auf einer Arbeitsstätte beschäftigten Mitglieder der Zählstelle Berlin und Umgegend haben sich gegenseitig darüber zu verständigen, wer von ihnen diejenigen Kameraden, die einer anderen Zählstelle angehören, sowie die Nichtverbandsmitglieder (Kolarorganisierte, Christliche, Hirsch-Dundersche, Unorganisierte) auf seiner Platzliste mitzuführen und die Zahl der Lehrlinge und Hilfsarbeiter vermerken soll.

3. Der dazu auserwählte Kamerad hat die auf der Rückseite der Platzliste gestellten Fragen für Hilfsarbeiter, Lehrlinge, sowie die Zimmerer, welche unserem Verbands nicht angehören, gewissenhaft zu beantworten und die Rubriken demgemäß auszufüllen. In dem Fall, daß zur Aufnahme der oben bezeichneten Personen die Platzliste des betreffenden Kameraden nicht ausreichen sollte, muß die Platzliste eines anderen, eventuell die mehrerer Mitglieder des Verbandes zu Hilfe genommen werden, jedoch muß derjenige Kamerad, der seine Platzliste hierzu zur Verfügung stellt, selbige zurückhalten, da jedes Mitglied seine empfangene Liste wieder abgeben muß.

4. Jeder Bezirksführer hat die Platzlisten der Mitglieder seines Bezirks bis spätestens Freitag, den 31. August, dem Vorstand zur weiteren Bearbeitung und Zusammenstellung zu übermitteln. Letzterer hat die Pflicht, das gesamte Material, sobald es zusammengestellt ist, ungezähnt an den Zentralvorstand unseres Verbandes einzufenden.

Zum Schluß richten wir an alle Mitglieder unserer Zählstelle nochmals das dringende Ersuchen, an der Ausführung dieser statistischen Erhebung mitzuwirken und sich keine Mühe verdrießen zu lassen. Die hiermit verbundene Arbeit, Kameraden, ist nicht so schwierig, sie zu bewältigen ist ein Leichtes, wenn alle Mitglieder ihre Schuldigkeit tun. Sorge deshalb jeder einzelne dafür, daß uns dieses Werk auf der ganzen Linie gelingt.

Zur Freude jedes einzelnen, zum Wohle unseres Zentralverbandes.
Der Vorstand.

Ein Zeugniszwangsverfahren der „Vorwärts“-Leitung.

Die „Tägliche Rundschau“ schreibt: „In einer von der offiziellen Sozialdemokratie „verbotenen“ Versammlung, die trotzdem sehr zahlreich besucht war, erzählte ein aus der „Vorwärts“-Druckerei entlassener „Genosse“ Hante u. a. folgendes:

Der Tarifvertrag für das Buchbindergewerbe sei am 28. Juli in der „Vorwärts“-Druckerei in Druck gegeben worden. Zufällig habe er — Hante — einen Korrekturbogen davon zu Gesicht bekommen und gesehen, daß ein wichtiger Satz durchstrichen gewesen sei, obgleich dieser Satz zu den vertraglichen Abmachungen gehört habe. Durch die Gefälligkeit eines Funktionärs sei er in den Besitz eines solchen korrigierten Exemplars gekommen und habe dann in der nächsten Gewerkschaftsversammlung die stattgefundenen Korrekturen bekanntgegeben. Nun sei ein förmliches Inquisitionsverfahren gegen ihn eingeleitet worden, um jenen Funktionär kennen zu lernen, der ihm das Exemplar verschafft habe. Der Zentralverband habe sich an die Geschäftsleitung des „Vorwärts“ gewandt und Genugthuung verlangt. Wiederholt sei er vor der Szene gewesen und alle seine Vorstellungen, daß er nach sozialdemokratischen Grundfragen unmöglich an seinem Hintermann Verrat üben und dessen Namen preisgeben könne, hätten nichts genützt. Man habe ihm schließlich einige Tage Weibenszeit gegeben, und als er auch dann noch standhaft geblieben sei, habe er sofort seine Entlassung erhalten. Ein sozialdemokratisches Institut könne sich nun rühmen, ein Zeugniszwangsverfahren durchgeföhrt und das ehrenhafte Austritten eines alten Parteigenossen und Gewerkschaftlers mit der Hungerpeinische belohnt zu haben. (Lebhafter Beifall.)

Solch ein Bild hinter die Kulissen zeigt recht eindringlich den Wert der sozialdemokratischen Moralphrasen. Theaterstand!

Auf all das Gerede — so teilt uns die Geschäftsleitung der Vorwärts-Buchdruckerei mit — haben wir nur folgendes zu erwidern:

Auf die Beschwerde Hantes wegen seiner Entlassung wurde die Angelegenheit von einer Kommission untersucht. Vor dieser erklärte Hante: „Der Redakteur Michaelis von der „Buchbinderzeitung“ hat mir die Korrekturfahne zur Ansicht gegeben.“ Als er mit diesem konfrontiert wurde, stellte sich heraus, daß an dieser Behauptung kein wahres Wort war und Hante suchte nunmehr diese fünf Minuten vorher aufgestellte Behauptung rundweg abzuleugnen. Durch die weiteren Angaben Michaelis' und eines anderen Kollegen stellte sich vielmehr heraus, daß Hante unbemerkt zwischen Tür und Angel — wie der Horden an der Wand — ein Gespräch des Redakteurs Michaelis mit jenem Kollegen erlauscht hatte, und dieses erlauschte, aber mißverständliche Gespräch war seine Quelle.

Hante wurde also nicht entlassen, weil er seinen — ja gar nicht existierenden — Gewährsmann nicht nannte, sondern weil er Vertrauensbruch begangen; und er wurde auch deshalb nicht mehr eingestellt und weil er obendrein noch den Redakteur Michaelis fälschlich als den Urheber seines Vertrauensbruchs hinzustellen versucht hatte.

Vielleicht stellt die „Tägliche Rundschau“ dieses Opfer sozialdemokratischen „Inquisitionsverfahrens“ in ihrem Betriebe ein. Habeat sibi!

Die Berliner Mehlkutscher waren Sonntag im „Englischen Garten“, Alexanderstraße, versammelt, um zu den zwischen den beiderseitigen Kommissionen getroffenen Vereinbarungen Stellung zu nehmen. Nach längerem Auseinandergehen erklärten sich die Versammelten mit folgenden Punkten einverstanden: Festbegrenzte Arbeitszeit von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends (gefordert war bis 7 Uhr abends), einschließlich 2 Stunden Pause. Neben einem Wochenlohn von 36 Mark ein Extra-Abtragelohn von 5 Pf. pro Sach, wenn das Mehl weiter wie zur Kellerei getragen werden muß. Für Füttern der Pferde am Sonntag 2 Mark Vergütung. Für Fuhrten nach außerhalb 3 Mark Extrabergütung. Jeder zweite Sonntag ist frei zu geben. Nach einjähriger Tätigkeit im Beruf ein Erholungsurlaub von einer Woche bei Fortzahlung des Lohnes. Dagegen hat die Kommission noch die Bäderfrage mit den Mehlhändlern zu regeln. Die Abmachungen sollen am 1. Oktober d. J. in Kraft treten.

Zum Streik der Kohlenarbeiter nahmen am Sonntag die Arbeiter aus den Lohnfuhrbetrieben Berlins Stellung. Wazlawiak referierte über die Streiklage und wies auf die Notwendigkeit hin, die Streikenden dadurch zu unterstützen, daß jede Streikarbeit verweigert wird. Die Versammlung war nicht sehr stark besucht, aber um so eindringlicher wurde es den Anwesenden zur Pflicht gemacht, unter den Kollegen zugunsten der Streikenden zu agitieren. In der Diskussion kam es zur Sprache, daß die Unternehmer versuchen, die Streikenden durch Entlassungsgefuche einzuschüchtern, auch wurde scharf kritisiert, wie die Polizei überall zum Schutze des Unternehmertums bereit ist. Die folgende Resolution wurde angenommen:

Die am 26. August versammelten Kutscher und Arbeiter aus den Lohnfuhrbetrieben Berlins nehmen Kenntnis von dem wohlberechtigten Streik der um eine geringe Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage kämpfenden Kohlenkutscher und Arbeiter. Die anwesenden Kollegen erkennen die Berechtigung aller gestellten Forderungen an und verpflichten sich, die Streikenden in jeder Hinsicht zu unterstützen und besonders dadurch, daß jede Streikarbeit verweigert wird; sie versichern die Streikenden ihrer vollen Sympathie und versprechen alles aufzubieten, um ihnen zum Siege zu verhelfen.

Dem Berliner Gewerbegericht ist gestern ein Schreiben des Vereins der Kohlenhändler zugegangen des Inhalts, daß der Verein in einer Sitzung einstimmig es abgelehnt habe, mit der Lohnkommission der Kohlenarbeiter in Gemeinschaft mit dem Bevollmächtigten des Transportarbeiter-Verbandes auf dem Gewerbegericht über den aufgestellten Tarifvertragsentwurf zu verhandeln. — Die Lohnkommission der Arbeitnehmer hatte bekanntlich das Gewerbegericht zu diesem Zweck angetragen.

Achtung, Textilarbeiter!

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Teppichfabrik von R. Proben befinden sich schon seit vier Wochen im Ausstand. Die Situation ist durch das feste Zusammenhalten der Ausständigen eine sehr günstige, so daß keine Streikbrecher zu verzeichnen sind. Die Bemühungen seitens der Firma Proben, von auswärtigen Streikbrecher heranzuladen, sind bis heute dank der Solidarität der Arbeiterschaft erfolglos geblieben. Zu bemerken ist, daß die Firma in der vorigen Woche 12 Wettstellen in den Räumen ihrer Fabrik aufgestellt hat, welche bis jetzt noch der Benutzung harren.

Die Firma hat die Mühe nicht gescheut, in den Reihen der Ausständigen Lockmittel in Gestalt des folgenden Briefes zu verbreiten, aus welchem die Arbeiterschaft ersieht, mit welchen Mitteln man bestrebt ist, die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Betrieb zu locken. Der Brief lautet:

Im Vertrauen auf den guten Geist eines Teiles unserer Arbeiter teilen wir folgendes mit:

Wir haben es bisher unterlassen, neues Personal zu engagieren, da wir unter Hinweis auf das Jahrzehntelange ungetrübte Einvernehmen glaubten, die Arbeitsniederlegung als eine unüberlegte Handlung betrachten zu sollen, über deren Folgen die Mehrzahl der Ausständigen sich nicht klar geworden ist. Wir wollen heute noch nicht annehmen, daß die Mehrzahl unserer Arbeiter für alle Zeit die Plätze in unserer Fabrik verlieren will, wir nehmen aber jetzt den uns aufgezwungenen Kampf auf und werden nunmehr mit allen Mitteln bemüht bleiben, unseren Betrieb mit neuem Personal zu besetzen.

Wer sich bis spätestens 18. August zur Wiederaufnahme der Arbeit meldet, soll nach Möglichkeit in seinen alten Posten eingestellt werden, und wir wollen diesen Arbeitswilligen die Streikzeit nicht als Unterbrechung des Arbeitsvertrages anrechnen. Bei sofortiger Wiederaufnahme der Arbeit soll also die bisherige Dienstzeit bei Berechnung von Jubiläumspremien als ununterbrochene Tätigkeit ergehen, würde unbedingt fortfallen.

Wer sich nach dem 18. zur Arbeit melden sollte, hat keine Anwartschaft mehr auf Wiedereinstellung. Sollten wir ihm aber doch aus besonderen Umständen noch einen Platz anweisen können, so würde er als vollständig neu eingestellt betrachtet werden. Die Prämie, die sich also durch eine langjährige ununterbrochene Tätigkeit ergeben hätte, würde unbedingt fortfallen.

Wer bis Sonnabend die Arbeit nicht aufnimmt, wird hierdurch aufgefordert, seine Bücher und Papiere abzugeben; anderenfalls erfolgt am Montag die Niederlegung derselben auf dem Gemeindebureau in Stralau.

Mit unseren Arbeitern zu verhandeln, ihre Wünsche anzuhören und, soweit möglich, zu erfüllen, waren wir jederzeit bereit und sind es noch heute. Zu unseren Arbeitern gehören aber nur diejenigen, welche in unserem Betriebe tätig sind. Grundbedingung für eine Verhandlung ist allerdings sofortige Wiederaufnahme der Arbeit. Wer außerhalb unseres Betriebes steht, hat kein Recht, Wünsche zu äußern oder Forderungen zu stellen. Wir werden mit allen Mitteln aber dafür sorgen, daß Arbeitswillige gegen Verlästigungen geschützt werden.

R. Proben u. Sohn.

Auch dieser Brief prallte an der Einmütigkeit der Streikenden ab. Die Einigungsbehandlung, welche in der vorigen Woche von der Kommission mit der Firma angebahnt wurde, war resultatlos. Die Streikleitung.

Deutsches Reich.

Der Stettiner Hafnarbeiterstreik.

Die städtischen Arbeiter und Hilfsarbeiter hielten am Sonntagmorgen in Gesellschaftshause eine überaus zahlreich besuchte Versammlung ab, in der Genosse Vollaß über das Thema: „Der Streik der Hafnarbeiter und unsere Stellungnahme dazu“ referierte. Die städtischen Arbeiter haben ein großes Interesse daran, den ausständigen Arbeitsbrüdern zum Siege zu verhelfen. Die Reeder haben den bisher geltenden Lohnstarif durchbrochen und zu reduzieren versucht. Hiergegen muß die gesamte Arbeiterschaft Stettins protestieren. Für die städtischen Arbeiter steht bei diesem Ausstande viel auf dem Spiel. Sie müssen damit rechnen, daß, wenn der Streik verloren geht, auch der Magistrat versucht wird, ihre Löhne zu reduzieren. Den Reedern kommt es jetzt in erster Linie darauf an, die gut fundierte Kasse, sowie die starke Organisation der Hafnarbeiter zugrunde zu richten. Die gestellten Forderungen waren nicht zu hoch, aber die Gegner lehrten ihren Probenstandpunkt hervor und versuchten, den alten Lohnstarif in verschiedenen Positionen noch zu fürgen. Der Lohnkampf ist ein schwieriger, denn die Arbeiter haben es nicht bloß mit den Stettiner Reedern zu tun, sondern mit dem Hamburger Schuterverbande, unter dessen Druck sie stehen. Man hat nun versucht, die städtischen Arbeiter für die Lösung der Kasse zu gewinnen, unter Zusicherung eines Tagelohnes von fünf Mark. Hiergegen protestieren diese entschieden. Die Hafnarverwaltung macht die größten Anstrengungen, um den Ausständigen den Kampf zu erschweren. Arbeitswillige sucht man von überall her heranzuziehen. Die Leute werden damit angelockt, daß man ihnen erklärt, sie würden beim Bau des in Angriff genommenen Großschiffahrtsweges Berlin-Stettin Verwendung finden. Erhalten dann aber die überdoppelten Gehältern in Stettin Aufklärung über die eigentliche Sachlage, so reisen sie wieder ab. Um so mehr zu verurteilen ist es, daß sich aus Stettin und seiner näheren Umgebung noch vereinzelt Leute finden, die sich zu Streikbrecherdiensten gebrauchen lassen. Die vorgenommene Absperrung des Freihafens für die Streikenden ist eine Vergeßlichkeit, da der Hafen hauptsächlich auf städtische Kosten unterhalten wird. Da somit die Streikenden mit den Arbeitswilligen nicht in Verührung kommen können, haben die städtischen Arbeiter die Verpflichtung, jene Leute aufzuklären. Nach kurzer Debatte gelangte einstimmig eine Resolution zur Annahme, in der sich die städtischen Arbeiter und Hilfsarbeiter solidarisch mit den Ausständigen erklären und ihnen die weitgehendste moralische und materielle Unterstützung zusichern. Die Hafnarbeiter selbst hielten am Montagmorgen im Weidener Gesellschaftshaus eine Versammlung ab. Die Arbeiter der Zählstelle 4 (Kohlenarbeiter am Hafen) in Stärke von 400 Mann sind Montag früh ebenfalls in den Ausstand eingetreten, weil ihr neuer Lohnstarif nicht anerkannt worden ist. Ebenso werden heute (Dienstag) früh die Kohlenarbeiter der Aktien-Gesellschaft Stebenson in Goplou (Vorort von Stettin) die Arbeit einstellen, weil die Direktion sich weigert, mit dem Organisationsvorstande zu unterhandeln. Auf dem Dampfer „Lyon“ haben sich die Matrosen geweigert, Streikarbeit zu verrichten, wozüber sich der Kapitän beim Konsul beschwert hat. Jetzt sucht der

Kapitän neue Schiffsmannschaften heranzuziehen, um die alten zu entlassen. Um die Situation des Lohnkampfes stets übersehen zu können, ist von der Streikkommission bestimmt worden, daß jeder Ausständige sich täglich einmal im Bureau zu melden hat. Aus Anlaß des Streiks hat sich soeben in Stettin ein Schuterverband der Schiffs-Reeder, Kaller und Agenten gebildet, mit dem Ziele, „unberechtigte Forderungen und ungeschickliche Liebergriffe“ seitens der Arbeitnehmer und ihrer Vereinigungen abzuwehren. Beigetreten sind bis jetzt 40 Mitglieder. An der Spitze stehen Direktor Pieper und Kommerzienrat Griebel. — Die Arbeitgeber haben nunmehr die Bark „Weser“ angekauft und im Freihafen stationiert. Sie enthält Wohnungen für 250 Mann. Eine ständige polizeiliche Bewachung soll die Arbeitswilligen vor „Verlästigungen“ der Streikenden schützen. Einstweilen soll nach Ansicht der Unternehmer eine größere Stodung im Hafensverkehr nicht zu befürchten sein.

Die Prozesse gegen § 153 der Gewerbeordnung zuzunehmen, zeigte ein Vorfall in Düsseldorf. Ein Arbeitswilliger, der eine Anzeige gegen einen Streikenden wegen Verbohung und Mißhandlung erstattet hatte, gab jetzt zu Protokoll, daß seine Anzeige falsch gewesen sei. Der Streikende habe ihn in der höflichsten Weise darauf aufmerksam gemacht, daß in dem Betriebe, in welchem er Arbeit angenommen, ein Streik ausgebrochen sei. Von seinen arbeitswilligen Kollegen sei er aber zu der falschen Anzeige gedrängt worden, um einen Streikenden hincinzulegen. Daß er den Arbeitswilligen nicht bedroht, hatte der Streikende auch stets behauptet, doch hätte ihn wohl nichts vor einer Verurteilung gerettet, wenn nicht im letzten Augenblicke die falsche Anzeige widerrufen worden wäre. Wie viele Verurteilungen streikender Arbeiter kommen wohl durch die falschen Aussagen von Arbeitswilligen zu stande?

Der „Christliche“ Metallarbeiterverband als Zentrumsabhängiger.

Die sogenannten „Christlichen“ Gewerkschaften und ihre Traktatgeber reden in ihren offenen und versteckten Angriffen gegen die freien Gewerkschaften gern von der Zugehörigkeit der letzteren zur Sozialdemokratie, um dadurch die indifferente Masse abzuschrecken und selbst den Mitgliederfang fruchtbarer zu gestalten. Interessant ist es nun, wenn dieselben Leute, die den freien Gewerkschaften ihre Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie als Verbrechen anrechnen, ihre eigenen Gewerkschaften als Zentrumsorganisationen betrachten. Den Beweis hierfür liefert eine Gerichtsverhandlung am 23. d. M. vor der ersten Senatskammer des Landgerichts in Duisburg. Von Duisburg aus, wo bekanntlich der „Christliche“ Metallarbeiterverband seinen Zentralrat hat, war im verfloffenen Frühjahr in dem nahe der holländischen Grenze gelegenen Industriestädtchen Iffelburg eine Zählstelle des christlichen Verbandes gegründet, wobei auch Frauen als Mitglieder aufgenommen wurden. Der Bürgermeister von Iffelburg, der allerlei Schwierigkeiten machte, wollte aber keine Frauen in einem politischen Verein dulden. Anstatt nun dem Herrn Bürgermeister von Iffelburg zu beweisen, daß Frauen sehr wohl das Recht haben, einer gewerkschaftlichen Vereinigung anzugehören, meldete man die Frauen als Mitglieder ab und erkannte somit den Vorwurf, daß der christliche Metallarbeiterverband ein parteipolitisch Verein sei, als berechtigt an. Herr Franzen, der christliche Gauleiter, forderte auch noch die Frauen auf, die Versammlung zu verlassen. Die Frauen zeigten sich hier konsequenter wie der christliche Gauleiter, indem sie sich auf den Standpunkt stellten, daß sie als Mitglieder auch das Recht hätten, die Versammlungen zu besuchen. Die Folge war die Auslösung der Versammlung und eine Anklage wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz. Der Angeklagte bezog 20 M. Geldstrafe publiziert, während Franzen für seine Person mangelnden Beweises halber freigesprochen wurde. Staatsanwalt und Gericht waren sich einig, daß der Verband Parteipolitisch treibe.

Somit ist also durch Gerichtsurteil festgestellt, daß der christliche Metallarbeiterverband keine neutrale Gewerkschaft ist und durch die erwählte Abmeldung der weiblichen Mitglieder wird das indirekt zugegeben. Es ist das zwar keine neue Entdeckung — sind doch die sogenannten „Christlichen“ Gewerkschaften von Zentrumsleuten im Zentrumsinteresse gegründet —, aber es ist interessant, daß das, was die biedereren christlichen Schaumbläser anderen Gewerkschaften davorwerfen, ihnen in ihren eigenen Organisations durch Gerichtsurteil bestätigt wird.

Ausland.

Rom, 25. August. (Eig. Ber.) Der Konflikt zwischen Trambahnern und Stadtverwaltung spitzt sich immer mehr zu. Die Stadtverwaltung hat erklärt, auf keinen Fall auf die Ausbildung der Schulleute im Trambahndienst verzichten zu wollen. Die Trambahner ihrerseits haben in ihrer gestrigen Versammlung beschlossen, sofort die Wagen zu verlassen, sobald der Schulwagen mit den Schulleuten in Zirkulation gesetzt wird. Die Trambahner, die während ihres letzten Streiks es ausdrücklich abgelehnt haben, an die Solidarität der römischen Arbeiterschaft für einen Generalkstreik zu appellieren, sind diesmal entschlossen, selbst diesen äußersten Schritt zu wagen. Am Montag, dem Tage, an dem der Schulwagen zirkuliert, ist also zunächst ein neuer Trambahnerstreik zu erwarten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zum Bierkrieg.

Gestern Abend fand eine Versammlung der Kantinenvorstände der größten Druckereien Berlins statt, in der folgende Resolution einstimmig angenommen wurde:

„Die am 27. August tagende Versammlung der Kantinenauslässe erklärt folgendes:

In Anbetracht, daß die Regierung mit der Brausteuer die Konsumenten nicht treffen wollte, lehnten dieselben ab, den von den Ringbrauereien geforderten Preis zu bezahlen und beschließen, wenn die bezeichneten Brauereien von ihrer Forderung nicht abgehen, vom 1. September ab den Konsum aus ringreifen Brauereien zu decken.

Ferner wird von dem Personal der genannten Druckereien erwartet, diesen Beschluß auch außerhalb der Betriebe durchzuführen.“

Verstärkung der Moskauer Polizei.

Moskau, 27. August. (W. L. B.) Die Moskauer Polizei ist durch Geheimpolizisten aus Petersburg verstärkt worden und durchsucht die Stadt nach Waffenlagern und Werkstätten von Sprengstoff; es finden fortgesetzt Verhaftungen statt. Auf der Station Moskowskaja der Bahn Moskau-Kasan fand ein Zusammenstoß zweier Züge statt, bei dem elf Personen verwundet wurden.

Eine fünfköpfige Familie ermordet.

Odesa, 27. August. (W. L. B.) In vorgangener Nacht wurde in der Titaspoler Vorstadt die aus fünf Köpfen bestehende Familie eines Getreidehändlers ermordet und 10 000 Rubel sowie mehrere Wertgegenstände geraubt. Der Mörder, ein entlaufener Sträfling, wurde verhaftet.

Die verurteilte Post.

Simbirsk, 27. August. (W. L. B.) Bei der Öffnung einer von Simbirsk in Simsk eingetroffenen Postsendung wurde das Fehlen eines Beitrages von 28 000 Rubel festgestellt.

Der Zentralwahlverein für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg

hielt am Sonntag in Speers Festhän zu Baumshäufentweg seine Kreis-Generalversammlung ab. Anwesend waren 100 Delegierte und Vorstandsmitglieder aus 35 Orten. Die Ortsvereine Friedersdorf, Groß-Becken, Markgräfliche, Mittenwalde und Neu-Zittau hatten keine Vertreter entsandt. Fischer-Schöneberg referierte über die Tagesordnung der bevorstehenden Provinzialkonferenz. Redner empfahl u. a. den neuen Organisationsentwurf für Brandenburg-Berlin, da dessen Annahme wohl so gut wie sicher sei und etwas Besseres auch schwierig geschaffen werden könne. Jubel als einziger Diskussionsredner hierzu bemerkte demgegenüber, der Kreis habe allen bisherigen Entwürfen dieser Art keine Zustimmung nicht gegeben, weil Berlin dann tatsächlich dominierend in der ganzen Provinz werde. Ein derartiges Übergewicht Berlins führe zweifellos zu ungesunden Verhältnissen. Deshalb wünsche er, daß die Versammlung ihren früheren Widerspruch auch jetzt aufrecht erhalten möge. Die Versammlung stimmte jedoch dem Entwurf mit erheblicher Mehrheit zu. Als Delegierte zur Provinzialkonferenz wurden darauf gewählt Klein-Charlottenburg, Steinborn-Zehlendorf und Wüste-Rixdorf. Die Vorstandsmitglieder Fischer-Charlottenburg und Wollermann-Schöneberg lehnten die Annahme einer Wahl ab, weil sie persönlich Gegner des Organisationsentwurfs sind und sich mit dem jetzigen Beschluß des Kreises nicht in Widerspruch setzen wollten.

Als erster Referent zum Punkt Mannheimer Parteitag nahm sodann der Reichstagsabgeordnete des Kreises Genosse Fritz Jubel das Wort. Er sprach über Raiffeiser und Massenstreik und führte dazu etwa folgendes aus: Nach den Beschlüssen von Jena und Amsterdam hätte man meinen sollen, daß nun beide Teile der Arbeiterbewegung, die gewerkschaftliche wie die politische, die gegebenen Richtlinien innehalten würden. Das sei jedoch, soweit die Gewerkschaften in Betracht kämen, leider nicht geschehen. Die Vorlesungen der letzten Zeit hätten bewiesen, daß diejenigen, die von tatsächlich vorhandenen tiefgehenden Meinungsunterschieden zwischen Partei und Gewerkschaften sprachen, durchaus recht haben. In der großen Öffentlichkeit sei von diesen Differenzen bis zum Kölner Gewerkschaftskongress eigentlich nur wenig zutage getreten. Köln habe dann jedoch viel mit einemmal die Augen geöffnet. Bei der damaligen Besprechung der bekannten zurückgegangenen Raiffeiser-Resolution des Abgeordneten Robert Schmidt habe es sich gezeigt, daß der weitaus größte Teil der Gewerkschaftsführer das Bestreben hat, die Raiffeiser aus den bisherigen Bahnen herauszudrängen. Man fürchtete Kosten und Opfer und scheute sich, solche für die Ideale der Arbeiterbewegung zu bringen, während gleichzeitig der Partei der unbedingte Vorwurf gemacht wurde, daß sie vor etwaigen Opfern zurückzuckere und diese lediglich den Gewerkschaften aufhalsen wolle. Die unliebsamen Vorgänge bei der diesjährigen Raiffeiser in Berlin, auf deren Einzelheiten er hier jedoch nicht mehr eingehen wolle, hätten aber bewiesen, daß die Partei ohne weiteres bereit sei, auch das ihrige zur tatkräftigen Unterstützung der Waisenausgesperrten zu tun. Von einem Demoralisieren der Partei um die Folgen der Raiffeiser könne gar keine Rede sein. Eins aber habe die diesjährige Raiffeiser gezeigt: nämlich, daß infolge der großen wirtschaftlichen Kampfe des Vorjahres unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern die Stimmung für die Arbeiterrube am 1. Mai ungünstig geworden ist. Die Massen in den Gewerkschaften denken also anders als die Mehrheit ihrer Führer. Eine Klärung müsse aber unter allen Umständen geschaffen werden, und zwar eine unabweisende, so daß es in der Frage der Raiffeiser verschiedene Wollen und Handeln in Zukunft nicht mehr geben kann. (Zustimmung.)

Was nun den Massenstreik anbelange, so sei derselbe als ein neues Kampfmittel in das Arsenal der Arbeiterbewegung eingereicht worden oder solle es wenigstens werden. Ueber dieses Kampfmittel lasse sich allerdings noch viel sagen. Das deutsche Proletariat könne zur Beurteilung desselben weder die Erfahrungen der romanischen Länder, noch diejenigen Auslands heranziehen, weil dort die Verhältnisse ganz andere seien als in Deutschland. Hier hat man es mit einer völlig militärisch organisierten und gegliederten Regierung zu tun, und das Bürgertum verhält sich ohne weiteres mit dem Junkertum, wenn es gilt, die Arbeiterbewegung niederzuhalten. Sobald in Deutschland also ein Massenstreik zu unruhiger Zeit inszeniert würde, dann sei auch mit voller Gewißheit zu erwarten, daß hier ganz anders gegen die Arbeiterbewegung vorgegangen werde, wie dies dem russischen Jaren in seinem Reich überhaupt möglich ist. Freilich würde die deutsche Regierung in der deutschen Arbeiterbewegung auch einen ganz anderen Widerstand finden als wie es in Ausland der Fall sein kann, denn in Deutschland ist das Proletariat seit Jahren durch die Schule der Organisation hindurchgegangen und infolgedessen auch ungleich leistungsfähiger. Nun habe der Kölner Gewerkschaftskongress die Programmierung des Massenstreiks, ja nur die Diskussion desselben, nicht verboten. Deutscher konnte also nicht gefagt werden, daß dieses Kampfmittel von den Gewerkschaftsführern einfach verworfen werden solle. Angesichts eines solchen Beschlusses beruhe es doch recht eigentlich, wenn von den Gewerkschaftsführern immer gesagt werde, die Partei verlange, daß die Gewerkschaften sich ihr „unterwerfen“ sollen. In der Frage des Massenstreiks hätten sich die Gewerkschaften der Partei nicht nur nicht einmal abgemeldet, sondern sich in Köln kurzerhand gegen den Massenstreik erklärt. Eigenartig sei es nun weiter, daß dann in Jena ein Teil der Gewerkschaftsführer trotz ihres Kölner Beschlusses für die Resolution Bebel gestimmt haben. Als Gewerkschaftler stimme man so und als Parteigenosse so. Da seien die 14 Gegenstimmen wenigstens noch konsequent gewesen. Wilmersburg, der Kölner Hauptredner gegen den Massenstreik, habe sich in Jena der Stimme enthalten. Er hätte da doch wenigstens den Mut haben müssen, entweder für oder gegen zu stimmen. Jetzt würden dem Parteivorstand heftige Vorwürfe darüber gemacht, daß Bebel in Jena den Mund angeblöht so ungeheuer voll genommen habe, während am 21. Januar abgemerkt worden sei. Jeder klar denkende Mensch aber habe sich doch sagen müssen, daß an die erfolgreiche Durchführung eines Massenstreiks im Januar gar nicht zu denken sei. Ein Massenstreik für Preußen, Sachsen oder Hamburg allein sei einfach eine pure Unmöglichkeit. Sollte er einmal proklamiert werden, so müsse es für ganz Deutschland geschehen als Hauptschlacht mit der bürgerlichen Gesellschaft. Soviel erschiene ihm aber als sicher: „Wenn das Proletariat einmal den Massenstreik in Anwendung bringt und nicht siegreich daraus hervorgeht, dann wehe uns!“ Ein furdtbares Blutbad wäre die Folge, und die Arbeiterbewegung würde um Jahrzehnte zurückgeworfen werden. Das sollten jene bedenken, die jetzt dem Parteivorstand aus seiner Zurückhaltung im Januar einen Vorwurf machen.

Nun habe ja die Generalkommission bei den bekannten Besprechungen mit dem Parteivorstande darauf hingewiesen, daß für sie nur die Kölner Beschlüsse maßgebend seien. Hier lasse ein Mißverständnis die Gewerkschaftsführer seien doch auch Parteigenossen, deshalb mußten sie sich auch dem Jenaer Beschlusse fügen. Aber schon die Besprechung an sich habe bedenklich stimmen müssen. Wäre er, Redner, Mitglied des Parteivorstandes gewesen, dann würde er von vornherein gesagt haben: „Parteivorstand, laß deine Finger davon!“ Nach den bisherigen Erfahrungen sei es ihm aber vollends unverständlich, wie der Parteivorstand so „vertrauensfelig“ sein konnte, die von Silberstein auf Papier gedachten „Thesen“ nicht mitzuschreiben. Nur so konnte dann in der Vorstandskonferenz der Gewerkschaften der Anschein erweckt werden, als habe sich der Partei-

vorstand mit den Jenaer Beschlüssen in Widerspruch gesetzt. In jener Vorstandskonferenz seien die Herren ja unter sich gewesen, und da haben sie denn auch aus ihrem Herzen keine Würdegrube gemacht. Warum schon auf beiden Seiten gefordert worden sei, so doch zweifellos am meisten auf Seiten der Gewerkschaften, das heißt: nicht von der Masse der Gewerkschaftsangehörigen, sondern von deren Führern. (Sehr richtig!) Er frage, wenn die Gewerkschaften so erzogen werden, wie es die Führermehrheit will — wann soll dann der Zeitpunkt kommen, wo das Mittel des Massenstreiks einmal angewandt werden kann?! — Was auch auf Seiten der Partei mander Hieb gegen die Gewerkschaftsführer so scharf geführt worden sei, so lag doch kein Anlaß vor, in der Vorstandskonferenz derartige Töne anzuschlagen. Nachdem nun die „Einigkeit“ entstellte Auszüge aus dem Protokoll der Vorstandskonferenz gebracht hatte, wäre es einfach eine selbstverständliche Pflicht der Generalkommission gewesen, selbst aus eigenem Antriebe heraus die Veröffentlichung des ganzen Protokolls zu veranlassen. Statt dessen tat die Generalkommission noch obendrein so, als fühle sie sich durch die Anordnung des Parteivorstandes, das Protokoll abzubringen, tief verletzt. Es könne nur allseitig gewünscht werden, daß auf dem Parteitag eine friedliche Klärung erfolge. Die Auseinandersetzungen seien notwendig und müßten in ausgedehntester Weise stattfinden, selbst wenn alle übrigen Punkte von der Tagesordnung abgesetzt werden sollten und nur das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften allein zur Besprechung gelangte. Redner besprach dann noch die vorliegenden Anträge.

In der Diskussion nahm zunächst Voelke das Wort. Er bezeichnete keine Frage für so brennend wie die des Massenstreiks. Die Genossen von der „Einigkeit“ hätten sich erst vorher mit dem Parteivorstand verständigen müssen, ehe sie sensationell zugestufte Auszüge aus jenem Protokoll veröffentlichten. Auch er sage: Wer jetzt schon den Massenstreik inszenieren wolle, sei ein Verräter an der Arbeiterbewegung. Der Wahlrechtskampf war vollends nicht dazu angetan, den Massenstreik zu proklamieren, denn dazu ist das Gefühl der Rechtlosigkeit, die der Arbeiterbewegung aus dem Dreiklassenwahlrecht erwächst, noch lange nicht genug in die Masse eingedrungen. Eine Forderung auf Gewalt war also nicht vorhanden, weil nicht genug auf dem Spiele stand. Das Entscheidende bei dem gegenwärtigen Mißverhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften aber sei, daß ein sozialdemokratischer Abgeordneter sagen könne, für ihn seien nicht die Parteitagsschlüsse, sondern die Gewerkschaftskongress-Beschlüsse maßgebend. Eigentlich müßte ein solcher Gewerkschaftsführer gar nicht länger sozialdemokratischer Abgeordneter sein dürfen. Leider läßt sich die Genossen die Leute, denen sie ein Mandat anvertrauen, lange nicht genügend an. Man könne gern zugeben, daß man auf Seiten der Partei auch zuweilen etwas einseitig gehandelt habe; bei den Gewerkschaftsführern geschehe dies jedoch fast permanent. Deshalb hoffe auch er, daß der Parteitag Remedur schaffen möge.

Kayserstein: Wenn die Debatten der letzten Zeit etwas gelehrt haben, so das, daß Partei und Gewerkschaften eins sein müssen. Bezüglich der Veröffentlichung des Protokolls habe die Generalkommission nur formell recht. In den Thesen vermag Redner einen ernsthaften Widerspruch nicht zu entdecken. Die Rechte der Gewerkschaften erscheinen ihm von der Partei allerdings nicht genügend wahrgenommen zu sein. Es darf keine Unterordnung der Gewerkschaften unter die Partei verlangt werden. Wohin solle man aber kommen, wenn man umgekehrt sage: Sobald ein Parteigenosse, der einer Gewerkschaft angehört, sich den Gewerkschaftsbeschlüssen nicht fügt, darf er nicht mehr Gewerkschaftsmitglied bleiben? Ähnlich stehe es mit der Behauptung, der Kölner Kongress hätte vor Jena seinen Beschluß über den Massenstreik herbeiführen dürfen. Deshalb habe die Partei denn vor Köln nicht eine Verständigung mit den Gewerkschaften über diese Frage herbeizuführen gesucht? Es sei aber dahin zu streben, daß niemand Gewerkschaftsführer werde, der nicht auch aus voller Ueberzeugung Parteigenosse ist. Das Mißverhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften habe seine Ursachen darin, daß die Gewerkschaften von der Partei anfangs tatsächlich etwas zurückgesetzt worden seien. Es dürfe auch jetzt nicht wieder vorkommen, daß drei „Vorwärts“-Redakteure zur Raiffeiser bei den Lokalfestreden reden. Viel zu dem Mißverhältnis habe auch die Neutralitätsidee beigetragen, die von Bebel wohl noch heute vertreten werde, die aber in den Massen gar keinen Boden hat. Gesündigt worden sei auf beiden Seiten. Beide Teile müßten das Endziel vor Augen haben, dann gäbe es keine Neutralität und auch keine Unterordnung.

Hofmeister-Rixdorf stimmt dem Referenten zu. Wenn aber die Ueberzeugung immer mehr Platz greife, daß eine größere Vertiefung in die Parteigrundlagen notwendig sei, so verstehe er nicht, daß der Parteivorstand jetzt wieder einen früheren Nationalsozialen als Lehrer an die Parteischule berufe. Auch die Beförderung des einen der „edlen Sechsb“ in die Leitung der Parteikorrespondenz sehe der bekannten Hinausnahme von unliebsamen Landräten sehr ähnlich. Bei den Metallarbeitern seien wohl alle Mitglieder für die Raiffeiser. Die Schuld an den bedauerlichen Vorkommnissen im A. G. W. Werk Straumenstraße treffe in erster Linie die örtliche Verbandsleitung. Nun könne der Metallarbeiter-Verband aber nicht für die Verschlingen und Meinungen seiner Führer verantwortlich gemacht werden. Die Masse verwirft auch eine neue Gewerkschaftstheorie.

Fischer-Charlottenburg würde es für ein Unrecht halten, wenn sich die Partei im Anschluß an die letzten Vorlesungen in die Kämpfe zwischen Zentralisten und Lokalfestreden einmischen wolle. Er wende sich dann gegen einen Antrag Groß-Lichterfelde, der als Zusatz zur Jenaer Resolution folgenden Passus verlangt: Die Sozialdemokratie ist der Meinung, daß der Kampf um das Wahlrecht in den Einzelstaaten zunächst die dringende Aufgabe der deutschen Politik ist; sie fordert, daß die Wahlrechtsbewegung unermüdet fortgesetzt und auf alle Weise gefördert wird und daß insbesondere auch zur Erreichung des gleichen geheimen und direkten Wahlrechtes in Preußen, Sachsen, Hamburg usw. der Massenstreik zu geeigneter Zeit in Anwendung kommen muß.

Die Erfahrung habe bewiesen, daß es nicht möglich sei, wegen des Wahlrechtes die Massen schon jetzt für den Massenstreik zu begeistern. Hierbei wolle er allerdings bemerken, daß er die gegenwärtige Wahlrechtskampftaktik nicht für richtig halte. Nur die erste Demonstration sei gut verlaufen, die anderen dagegen nur ziemlich lau. Jedoch mit einer Inszenierung des Massenstreiks würde die Wahlrechtsbewegung auf Jahre hinaus lahmgelegt werden. Soll aber ein besseres Einvernehmen zwischen Partei und Gewerkschaften wie auch innerhalb der Partei selbst erzielt werden, dann müsse vor allem der persönliche Hader aus der Presse und in den Versammlungen verschwinden.

Kiefer-Schöneberg meint, daß der Massenstreik vorläufig wohl noch ein Schmerzmittel der Partei bleiben werde. Jeder Ziel und Form desselben bestehen noch so viel Meinungsverschiedenheiten, daß hier eigentlich mehr von einer Konfusion als von einer Klärung gesprochen werden könne. Daß die Wahlrechtsbewegung nicht die erwartete Begeisterung ausgelöst habe, sei ganz erklärlich, denn die Partei habe sich jahrzehntelang um dieses Wahlrecht ja auch gar nicht gekümmert.

Schäfer-Wilmersdorf verwirft besonders alle Parteimahnahmen gegen die Lokalfestreden.

Eisner begreift die auch von Jubel ausgedrückte Abneigung gegen Resolutionen. Diese rühre daher, daß man es in Deutschland immer beliebt, möglichst unbestimmte Resolutionen zu fassen, die zwar viel löbende Worte enthalten, aber zu nichts verpflichten. Er erinnere nur an die Jenaer Massenstreikresolution. Vor solchen Resolutionen habe weder die Regierung noch das Junkertum Respekt. Deshalb werde die Massenstreikdebatte jetzt wieder persönlich geführt? Weil über den Ausgang der Wahlrechtsbewegung in der

Arbeiterbewegung eine berechtigte Mißstimmung herrscht und man deshalb nach einem Schuldigen sucht. Eine Wandlung der Anschauungen habe sich zweifellos vollzogen, aber nicht bei der Masse, sondern beim Parteivorstand. In Hamburg habe Bebel sehr energisch gesprochen. (Redner zitiert einige Auslassungen Bebel's in der Hamburger Konferenz, die zur dortigen Wahlrechtsverschlechterung Stellung nahm.) Die Parole lautete damals: „Wenn man uns nicht auf der Straße haben will, so gehen wir von der Straße“. Warum hat denn der Parteivorstand mit der Generalkommission konfiteriert? Doch nicht um ihr zu sagen, daß niemals ein Massenstreik proklamiert werden solle. Noch am 18. März habe man mit dem Massenstreik gedroht. Man habe also bei dem Massenstreik tatsächlich das Wahlrecht im Auge gehabt, und man werde den Massenstreik zur Eroberung des Wahlrechtes auch anwenden müssen, wenn man Erfolge erzielen will. Preußen ist die Kernfrage der Politik. Auch die Gewerkschaften haben das größte gewerkschaftliche Interesse an der Wahlrechtsfrage. Eine freie gewerkschaftliche Bewegung wird erst nach Beseitigung des Dreiklassenwahlrechtes möglich sein. Deshalb sei es endlich an der Zeit, daß sich die Begriffe aus dem Rebelhaften ins Positive verdrängen. Redner empfahl schließlich den Antrag Lichterfelde.

Fischer-Schöneberg erwidert Eisner, es sei durchaus nicht richtig, daß die Jenaer Resolution zu nichts verpflichte. Ein Massenstreik hätte uns aber in Jamar ebenvollständig genützt wie jetzt. Redner ist überhaupt ein Gegner des Massenstreiks. Er sage noch wie früher: Wenn wir erst den Massenstreik anwenden können, dann haben wir ihn gar nicht mehr nötig. Bezüglich der Gewerkschaften gehe es denn doch nicht so, wie Jubel es wolle. Die Gewerkschaften müssen gehört werden; eine Unterordnung unter den Willen der Partei könne unmöglich fördernd wirken. Nur auf dem Boden der Gleichberechtigung sei für beide Teile Verständigung und Einigkeit zu erzielen. Hätte der Parteivorstand schon vor Köln rechtzeitig eine Verständigung über die beide Teile gleichmäßig interessierenden Fragen in die Wege geleitet, dann wäre es erst gar nicht zu so weitgehenden Differenzen gekommen. Jubel hätte auch hier nicht mit Bezug auf die Gewerkschaftsführer von „Herren“ sprechen dürfen. Die Gewerkschaftsführer seien eben Parteigenossen und auch als solche zu behandeln. Daß es übrigens mit dem Waisenausgesperrten der Masse auch nicht gar zu weit her sei, das habe doch recht deutlich gezeigt, als die Metallarbeiter aus Grund ihres Statuts seine Unterstützung erhalten konnten. Und ähnlich sei es auch bei den übrigen Gewerkschaften. Man möge also die Dinge immer so betrachten, wie sie in Wirklichkeit sind, dann werde man auch beiderseits zu einem befriedigenden Verhältnis kommen.

Damit war die Debatte beendet. Die Abstimmung ergab die Annahme folgender Anträge und Resolutionen:

1. Ueber den Massenstreik aus der Generalkommission der Gewerkschaften einen Korreferenten zu ernennen.

2. Resolution Schöneberg-Rixdorf: Der Parteitag erkennt an, daß eine zunehmende Verschärfung der Gegensätze zwischen Bourgeoisie und Proletariat besteht und daß es mehr denn je der Mittel bedarf, um den Klassenkampf zu führen.

Eines der wichtigsten Mittel ist die Waffe des politischen Massenstreiks. Dieses Kampfmittel zu einem wirksamen zu gestalten, muß Aufgabe der politischen und gewerkschaftlichen Organisation sein. Mit Rücksicht darauf, daß eine große und gut disziplinierte Organisation erste Vorbedingung für das Gelingen des politischen Massenstreikes ist, wird es allen Parteigenossen zur Pflicht gemacht, für Partei und Gewerkschaft unablässig zu agitieren.

Der Parteitag wolle dahin wirken, die Meinungsunterschiede zwischen Partei und Gewerkschaften zu klären, um gemeinsam den Kampf gegen politische Unterdrückung und ökonomische Ausbeutung zu führen.

Das Proletariat betrachtet den politischen Massenstreik als eine Waffe, die die Arbeiterbewegung ihrem Ziele, der Eroberung der politischen Macht, als Hebel zur Umgestaltung der kapitalistischen in eine sozialistische Gesellschaft näher bringen kann.

3. Resolution Rixdorf: Nach dem Programm der sozialdemokratischen Partei ist der Kampf der Arbeiter gegen die herrschenden Klassen einheitlich zu gestalten. Dieses ist jedoch bis zu einem gewissen Grade in den Reihen der organisierten Arbeiter noch nicht voll zur Durchführung gelangt, vielmehr steht sich ein Teil der aus dem Boden der sozialdemokratisch organisierten Gewerkschaften noch feindlich und gespalten gegenüber in Zentral- und Lokalorganisationen zum Schaden der Arbeiterbewegung. Da hierdurch ein erfolgreicher Kampf gegen die herrschenden Klassen in übersichtlicher Weise erschwert und sogar verzerrt wird, erwartet der Parteitag im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung auf das Bestimmteste, daß dieser Programmpunkt von den Beteiligten in der entschiedensten Weise zur Anerkennung und Verwirklichung gebracht wird.

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, die Initiative zu ergreifen, um erneut einer Einigung die Wege zu ebnen.

4. Schöneberg: Der Parteitag möge den Parteivorstand beauftragen, sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften ins Einvernehmen zu setzen über die Art der Raiffeiser-Beschlüsse, damit Differenzen wie in diesem Jahre beim Metallarbeiterverband vermieden werden, um die Raiffeiser der Zukunft einheitlicher und machtvoller gestalten zu können.

5. Charlottenburg: Der Parteitag verpflichtet die örtlichen Wahlvereinsvorstände, zwecks Durchführung und Regelung der Arbeiterrube am 1. Mai mit den örtlichen Gewerkschaftskommissionen rechtzeitig in Verbindung zu treten.

6. Antrag Jubel: Die Verhandlungen über den Massenstreik in Mannheim als Broschüre herauszugeben.

Der oben erwähnte Antrag Groß-Lichterfelde wurde nicht abgelehnt.

Wollermann-Schöneberg referierte hierauf über die übrigen Punkte der Tagesordnung des Parteitages sowie über die dazu vorliegenden Anträge. Er befruchtete unter anderem eine Aenderung des Ausschußparagrafen. Auch er versteht es nicht, wie jemand an der Parteischule als Lehrer wirken soll, der bei der vorigen Reichstagswahl noch als unfer Gegner aufgetreten ist. Ferner wünschte er, daß der „Vorwärts“-Konflikt möglichst summarisch auf dem Parteitag behandelt werden möge. Betreffs der Umwandlung des „Vorwärts“ vom Zentralorgan in ein Lokalorgan hält er die frühere ablehnende Haltung des Kreises für die richtige und glaubt, daß auch die Berliner Genossen ihre vorjährige Meinung einer gefunden Revision unterzogen hätten. Mit der Haltung der Fraktion ist Redner im großen und ganzen einverstanden. Bei den Verhandlungen über die Strafprozeßreform und den Strafvollzug ständen zweifellos sehr wichtige Ausführungen zu erwarten. Redner empfiehlt dann schließlich, die Alkoholfrage und die Landarbeiterfrage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen.

Die Debatte besteht im wesentlichen in einer Begründung der verschiedenen Anträge. Zu einer lebhafteren Aussprache kam es nur über die in Aussicht genommene Lehrthätigkeit Raurenbrechers an der Parteischule. Kayserstein meinte, Mehring habe in der „Leipziger Volkszeitung“ das junge Institut durch seine jüngsten Auslassungen diskreditiert. Auch der „Vorwärts“ habe die Angelegenheit nicht richtig behandelt. Raurenbrechers Vorträge hätten doch allgemein gefallen. Eisner verpflichtete dem Redner bei und ist der Ansicht, daß die Dauer der Parteizugehörigkeit hierbei nicht in Betracht kommen könne. Man möge die Kräfte nehmen, wo man sie finde, so wie es bisher gewesen sei. Auch bei ihm habe die Frage der Anciennität eine Rolle gespielt. Er sei selbst ein Beispiel dafür, daß auch in der Partei sich niemand vor seinem Tode glücklich preisen könne.

Radikale Schulschließung und Zubeil sind dagegen der Ansicht, daß ein Mann, der erst drei Jahre der Partei angehört, wohl ein guter Genosse sein könne, sich aber trotz aller Bildung noch keineswegs zum Lehrer anderer Parteigenossen qualifiziere.

Sachsenstein und Eisner beantworten dann noch folgenden Antrag Friedenau:

Der Parteitag erhebt scharfsten Protest gegen jedwede Einmischung der preussischen oder Reichsregierung in die russische Angelegenheit. Er beauftragt den Parteivorstand, erforderlichenfalls jedes geeignete Mittel scharfster Abwehr anzuwenden.

Weide sind der Meinung, daß in diesem Falle nichts mit bloßen Sympathieerklärungen getan ist, sondern da heiße es: Handeln. Entweder müsse bei einer Einmischung Deutschlands zugunsten der russischen Reaktion der Massenstreik proklamiert oder ein Aufruf an die Soldaten zur Gehorsamsverweigerung erlassen werden.

Zubeil und Radikale treten diesen Ausführungen entgegen mit dem Hinweis darauf, daß in solchem Falle das internationale Bureau ganz von selbst eine der Situation entsprechende Anweisung geben würde.

Der Antrag wurde schließlich angenommen, dazu noch die folgenden übrigen Anträge:

Wilmersdorf: Der Parteitag möge beschließen: Nach dem Attentat auf die Volksschule ist es Pflicht der Sozialdemokratie geworden, ihrerseits eine Kollateralschule in die Wege zu leiten, um den Massen den Erwerb einer geklärten Weltanschauung zu ermöglichen. Die Organisation dieses Unterrichts hat auf einheitlicher Grundlage für ganz Deutschland von der Partei als solcher zu geschehen.

Ferner: Den Parteivorstand zu beauftragen, die Jugendbeilage der „Gleichheit“ sämtlichen Parteiblättern beizulegen und dieselbe nach Bedarf zu erweitern.

Rixdorf (Resolution): Der Parteitag begrüßt mit Freuden die aus der Jugend selbst herausgewachsenen Bestrebungen, die proletarische Jugend in einer Organisation zusammenzuschließen, welche geeignet ist, die wirtschaftliche Lage der Arbeiterjugend zu heben, das Solidaritätsgefühl in den jungen Herzen zu wecken, die geistige Weiterbildung zu fördern. Er betrachtet die freie Jugendorganisation als Glied der modernen Arbeiterbewegung, welches die weitgehendste Unterstützung der erwachsenen Arbeiter fordert. Der Parteitag sagt aus diesem Grunde derselben seine vollste moralische und materielle Unterstützung zu.

Zentralvorstand: § 27 des Organisationsstatuts folgenden Absatz hinzuzufügen: Den Wahlvereinen steht das Recht zu, Mitglieder wegen Verstößen gegen die Zwecke des Wahlvereins, die nicht unter § 2 fallen, aus den Mitgliederlisten zu streichen. Die Wiederaufnahme des Mitgliedes kann jederzeit auf Antrag erfolgen, aber nur unter Zustimmung der Instanz, die den Ausschluß vollzogen hat. Die Streichung aus den Listen ist nicht dem Ausschluß aus der Partei gleichzusetzen.

Zentralvorstand: Im § 28 des Organisationsstatuts der sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist im ersten Absatz der Schluß „die aus höchstens zwei Mitgliedern für jeden beteiligten Reichstagswahlkreis bestehen darf“ zu streichen.

Rixdorf: Der Parteitag möge beschließen: gleich den meisten Gewerkschaften den Arbeiter-Notizkalender für 60 Pf. zum Verkauf zu bringen; ferner in denselben keine Inserate mehr aufzunehmen.

Friedenau: Persönliche Polemiken sind in der Parteipresse möglichst zu vermeiden.

Wilmersdorf (Resolution): In Anbetracht, daß der Parteivorstand bisher nichts getan hat, um den Beschluß des Jenaer Parteitages betr. des Antrages 19 zu verwirklichen, verlangt der Parteitag, daß die von ihm gefaßten Beschlüsse auch durchgeführt werden und fordert nochmals zur regen Agitation gegen den Militarismus im Sinne des Antrages Nr. 19 von 1905 auf.

Friedenau: Die Alkoholfrage und die Landarbeiterfrage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen.

Angenommen wurde folgender Antrag der Genossinnen des Kreises:

Die Rubrik „Frauenbewegung“ im „Vorwärts“ in der alten Form wieder herzustellen und die Bekanntmachungen vor den Versammlungen, sowie die Berichte nach denselben regelmäßig einzusetzen.

Außerdem gelangten folgende beiden Resolutionen zur Annahme:

Die Generalversammlung nimmt Kenntnis von den in Nürnberg wiederholt vorgekommenen rachsüchtigen Taten der Arbeitswilligen gegenüber den Ausständigen. Sie spricht ihren Abscheu gegen derartige Elemente aus und beurteilt auf das schärfste das zweifelhafte Verhalten der dortigen Polizei. Sie nimmt aufrichtig Anteil an dem Schmerz der durch Mordhand ihres Ernährers beraubten Familie. Den Nürnberger Ausständigen bringt sie ihre volle Sympathie dar und hofft, daß sie weiterkämpfen werden im bisherigen Sinne.

Die Generalversammlung spricht den Opfern der zarischen Willkür und Herrscherschaft, insbesondere den in Deutschland tätig gewordenen unerschrockenen Mitkämpfern unserer russischen Brüder ihre vollste Sympathie und wärmste Anerkennung aus. Die Versammlung hofft, daß es dem russischen Volke und vornehmlich unserer dortigen Bruderpartei dennoch gelingen möge, dem unglücklichen Lande Freiheit und Erlösung von der Anarchie des Zarismus zu erringen. Deshalb geloben die Versammelten, diese hohe Kulturmission der russischen Revolutionäre mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen.

Damit war die Tagesordnung der Generalversammlung erledigt. Als Delegierte zum Parteitag wurden gewählt: Wollermann, Schöneberg, Thiel, Tempelhof und W. Heinrichs, Rixdorf.

Der Wahlverein für den Reichstagswahlkreis Nieder-Harnim

Hieß keine Kreis-Generalversammlung am Sonntag im Saale „zum Prälaten“ in Weißensee ab. — Nach einem kurzen Referat des Genossen Seikel über die Provinzialkonferenz für die Provinz Brandenburg wurden Jakobson, Oberschöneweide, Köhler, Friedrichshagen, Ledt, Weißensee als Delegierte und Reimann als Ersahmann gewählt.

Über den Parteitag in Mannheim referierte Freiwaldt, Pantow. Er verwies zunächst darauf, daß der „Vorwärts“-Konflikt beim Geschäftsbericht des Parteivorstandes zur Sprache kommen werde. Ursachen und Verlauf des Konflikts seien bekannt. Mit der Lösung des Konflikts würden die hier anwesenden Genossen mit einzelnen Ausnahmen einverstanden sein. Man könne nicht anders sagen, als daß die gegenwärtige Redaktion sich durch einheitliches Arbeiten vor der früheren Redaktion auszeichnete. Man werde ja nie eine Redaktion finden, mit der man in jeder Hinsicht einverstanden sein könne, aber im allgemeinen könnten die Parteigenossen mit der gegenwärtigen Redaktion zufrieden sein. Die Genossen von Groß-Berlin hätten keine Veranlassung, dem von anderer Seite dem Parteitag unterbreiteten Antrage zuzustimmen, wonach der „Vorwärts“ seines Charakters als Zentralorgan entkleidet werden soll. — Dem Parteivorstand seien Vorwürfe gemacht worden, weil die Wahlrechtsdemonstration nicht mit genügend scharfen Mitteln betrieben und deshalb ohne Erfolg verlaufen sei. Diese Vorwürfe seien unberechtigt. Gewiß habe uns der Verlauf der Wahlrechtsbewegung nicht befriedigt, aber was hätten wir denn machen sollen? Wir seien doch noch nicht stark genug, um scharfe Mittel als Protestversammlungen anzuwenden zu können. Die Parteileitung habe die Wahlrechtsbewegung nicht zu einer Nachfrage machen wollen. Von Seiten der Parteileitung sei nichts anderes beabsichtigt worden, als die Abhaltung von Protestversammlungen. Als Mitglied des Aktionsausschusses könne Redner sagen, es sei allerdings die Frage erörtert worden, ob Demonstrationenversammlungen am Vormittag eines Werkstages abgehalten werden sollen.

Alles, was von weitestgehenden Absichten behauptet werde, seien Märchen. — Der Redner wandte sich nun den anderen Punkten zu, welche den Parteitag beschäftigen werden. Allen Versuchen, die Parteifeier abzuschwächen, müsse entschieden entgegengetreten werden. Es habe sich ja gezeigt, daß die Gewerkschaftsführer, welche in der Parteifeierfrage zurückgehen möchten, sich nicht im Einverständnis befinden mit den Mitgliedern der Gewerkschaften. Die organisierten Arbeiter kennen keinen Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaft, sie fühlen sich in der Gewerkschaft als Parteigenossen und in der Partei als Gewerkschafter. Die Parteifeier werde sich immer mehr einbürgern, und wenn auch die Metallarbeiter bei der diesjährigen Parteifeier eine Schlappe erlitten hätten, so sei doch dadurch, daß sie überhaupt der Durchführung der Parteifeier näher traten, jedenfalls schon Befriedigung geleistet worden in die Reihen der arbeitserfindlichen Unternehmern. — Was den Massenstreik anlangt, so müsse an dem Standpunkt der Jenaer Resolution festgehalten werden. Der Vorwurf, daß der Parteivorstand in der Frage des Massenstreiks gebremst habe, treffe nicht zu. Das nunmehr öffentlich bekannt gewordene Protokoll der Gewerkschaftskonferenz liefere den Beweis, daß der Parteivorstand nicht getan habe, was den Vorwurf, er habe Parteiverrat geübt, rechtfertigen könne. Das eine Gute habe die Veröffentlichung der „Einigkeit“ gehabt, daß über diese Frage Klarheit geschaffen und die Diskussion über den Massenstreik wieder in Fluß gekommen sei. Was den Massenstreik selbst betrifft, so dürfe nicht verkannt werden, daß wir heute noch zu schwach seien, um auf die Straße zu gehen. Wenn gesagt werde, wir würden imstande sein, die indifferenten Massen mit in die Bewegung zu reißen, so sei das ein Irrtum. Die Frage des Landtagswahlrechts sei nicht geeignet, die Massen in Bewegung zu bringen. Aber der Massenstreik müsse propagiert werden, damit er angewandt werden kann, wenn es erforderlich ist. Die Gewerkschaftsführer, welche sich nicht auf den Standpunkt der Jenaer Resolution stellen, würden doch mit uns gehen müssen, denn sonst würde es ihnen so gehen, wie in der Frage der Parteifeier; die Gewerkschaftsmitglieder würden sich gegen den Standpunkt der Führer wenden. — Mit dem zum Punkt „Sozialdemokratie und Kollateralschule“ veröffentlichten Leitartikel erklärte sich der Redner einverstanden. Es müsse dahin gewirkt werden, daß wir Einfluß auf die Jugend haben. Die Kinderbeilage der „Gleichheit“ biete ausgezeichnetes Material für die Kindererziehung, es wäre zu wünschen, daß diese Beilage gesammelt und gebunden den Kindern auf den Weihnachtstisch gelegt werde. Besondere Beachtung verdiene auch der Passus der Leitartikel, welcher von der Förderung der Kunst im Volke spreche. Man müsse hierbei daran denken, daß die von der Vorwärts-Buchhandlung herausgegebenen Raiffeiszeitungen und ähnliche Erzeugnisse durchaus nicht geeignet seien, den Kunstsin im Volke zu fördern oder dem Kunstbedürfnis zu genügen. — Nach einer kurzen Besprechung des Punktes „Strafrecht“ wandte sich der Redner den Anträgen zu, welche aus den Bezirken eingegangen sind.

Darauf erstattete die Mandatsprüfungskommission Bericht. Anwesend sind 103 Delegierte, darunter 6 Frauen.

Nunmehr wurde die Diskussion über das Referat und die vorliegenden Anträge eröffnet.

Denzer, Waidmannslust kritisierte Äußerungen, welche auf der Gewerkschaftskonferenz bezüglich Raiffeier und Massenstreik gemacht worden sind. Die Gewerkschaftsführer hätten hinsichtlich des Massenstreiks ebenso gebremst wie hinsichtlich der Parteifeier. Weiter betonte der Redner, daß ein Zusammenarbeiten von Parteivorstand und Generalkommission notwendig sei. In den Fabriken und Arbeitsstätten müsse nicht nur für die Gewerkschaften, sondern auch für die Partei agitiert werden. Wenn sich die Gewerkschaften in Gegensatz zur Partei stellen, dann würde den Parteigenossen viel leicht die Lust vergehen, noch weiter in den Fabriken für die Gewerkschaften zu agitieren.

Vinl, Karlsruh bemerkte, er habe geglaubt, der „Vorwärts“-Konflikt sei für die Genossen erledigt. Da aber Freiwaldt darüber gesprochen habe, wolle er, der Redner, sagen, daß der „Vorwärts“ unter der neuen Redaktion nicht so gut geführt werde, wie es Freiwaldt hinstellte. Abschluß sei vor allem die Art, wie gegen andersdenkende Parteigenossen polemisiert werde. So erst jetzt gegen den Genossen Maurenbrecher. Redner wolle sich nicht zum Verteidiger Maurenbrechers aufwerfen, aber es beruhe doch sonderbar, daß man den Genossen Maurenbrecher erst hochgehoben habe, seine Vorwürfe wurden anerkannt, dann aber habe die „Leipziger Volkszeitung“ gefunden, daß Maurenbrecher noch nicht materialistisch durchgebildet sei, und jetzt habe Pülle und auch der „Vorwärts“ dem Genossen Maurenbrecher gesagt, er müsse erst in der Partei lernen. Auch gegen Maurenbrecher als Lehrer an der Parteischule werde Stimmung gemacht. Man sollte doch die Entscheidung über die Wahl der Lehrer und über die sonstigen Schulangelegenheiten dem Parteivorstande überlassen, der gewiß nach reiflicher Erwägung die rechten Personen werde berufen haben. — Es sei nicht wahr, daß die Gewerkschaftsführer Gegner der Raiffeier seien. Auf dem Kölner Gewerkschaftstages habe es sich nur darum gehandelt, eine andere Form für die Raiffeier zu finden. Wenn Denzer in Aussicht gestellt habe, daß die Parteigenossen nicht mehr für die Gewerkschaften agitieren würden, so müsse doch darauf hingewiesen werden, daß es für den überzeugten Parteigenossen eine Trennung zwischen Partei und Gewerkschaft nicht gebe und man einen solchen Unterchied, wie Denzer ihn machte, nicht machen dürfe. Was die Frage des Massenstreiks betrifft, so sei zu betonen, daß kein einziger Gewerkschafter, der auch in der Partei keine Pflicht tut, daran denke, sich dem Massenstreik entgegenzustellen, wenn er im Interesse der Arbeiterbewegung notwendig ist. Es sei aber nicht nötig, den Massenstreik an jeder Stelle und bei jeder Gelegenheit zu diskutieren. — Der Senatsartikel der „Einigkeit“ habe das Eine erreicht, daß mit der Veröffentlichung des Protokolls ein Vertrauensbruch geschehen sei, wie er in der Arbeiterbewegung noch nie dagewesen sei. Noch eines sei dadurch erreicht worden: unsere Führer seien bei den Gegnern in Mißkredit geraten. — Die Gewerkschaftsführer haben nicht gegen die Jenaer Resolution verstossen. Kein Parteigenosse und Gewerkschafter könne anders als auf dem Boden der Jenaer Resolution stehen.

Schöneberg, Reinickendorf begründete einen Antrag auf Einführung von Wochenabonnements für den „Vorwärts“.

Höber, Pantow empfahl einen Antrag, der sich für Beibehaltung der bisherigen Form der Raiffeier ausspricht. Dann polemisierte der Redner gegen die Ausführungen des Genossen Vinl. Trotz aller gegenteiligen Angaben bestehe doch ein Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaft und es würden der Partei mitunter von den Gewerkschaften Knäpkel zwischen die Beine geworfen. Wenn Robert Schmidt in Köln dafür eintrat, die Raiffeier auf den Abend zu verlegen, so bedeute das doch die Vereitelung der Raiffeier. — Von einem Vertrauensbruch der „Einigkeit“ könne keine Rede sein. Einen Vertrauensbruch hätten die Gewerkschaftsführer begangen, die als Parteigenossen verpflichtet seien, sich nach den Beschlüssen des Jenaer Parteitages zu richten, trotzdem aber erklärten, für sie sei nur der Beschluß des Kölner Gewerkschaftstages maßgebend.

Stähli, Rummelsburg mißbilligte die Art, wie der „Vorwärts“ gegen einzelne Parteigenossen polemisierte. Weiter führte er aus, in der Wahlrechtsfrage hätte der Parteivorstand wissen müssen, daß man nur durch Versammlungen nichts erreichen könne, es hätten deshalb scharfere Maßnahmen, etwa ein mehrtägiger Demonstrationsstreik erwogen werden müssen.

Köhler, Lichtenberg trat für Verbilligung des „Vorwärts“ ein, damit derselbe eine weitere Verbreitung erhalte und unsere Agitation auch auf das Land getragen werden könne.

Kemnitz: Zwischen Partei und Gewerkschaft müsse Gleichberechtigung herrschen. Wenn aber Legien sagte, es dürfe nicht wieder vorkommen, daß der Parteitag zur Raiffeier eine Resolution wie die Hilsersche annehme, wenn er ferner sagte, für die Gewerkschaften sei nicht der Beschluß von Jena, sondern nur der von Köln maßgebend, so heiße das, die Partei solle sich den Gewerkschaften unterordnen. Wenn solche Sätze von Gewerkschaftsführern betont, sie seien Genossen, so sage er, der Redner, sie seien Diplomaten, die, wenn sie unter sich seien, anders reden, wie im Kreise von Parteigenossen. Die Veröffentlichung des Gewerkschaftsprotokolls sei kein Vertrauensbruch.

Beglin, Reinickendorf: Lint habe hier einen Clerik aufgeführt, indem er nachzuweisen suchte, daß kein Grund vorhanden sei, auf die Gewerkschaftsführer einzugehen. Lint habe gesagt, es herrsche Einigkeit zwischen Partei und Gewerkschaft. Aber schon die erste Seite des Protokolls der Gewerkschaftskonferenz beweise, daß man dort nicht Einigkeit, sondern Uneinigkeit gepredigt habe. Wie verächtlich habe man von Rosa Luxemburg und anderen Parteigenossen gesprochen. Daß uns die Gewerkschaftsführer tatsächlich Knäpkel zwischen die Beine werfen, das beweisen ja die Ausführungen Webers in Jena, wo er sagte, als in Hamburg über die Wahlrechtsdemonstration gesprochen wurde, habe man ihm versichert, daß die jungen Gewerkschaftsführer die Partei in einer Weise angreifen, die aller Beschreibung spottet. — Es sei ja nicht wahr, daß wir heute oder morgen schon den Massenstreik wollen, aber propagiert müsse er werden. Der Graveur Brüdner habe aber auf der Gewerkschaftskonferenz ein Verbot der Propagierung des Massenstreiks gefordert. Angesichts solcher Tatsachen solle man doch nicht sagen, daß die Gewerkschaften der Partei nicht Knäpkel zwischen die Beine werfen. — Jetzt werde ja der Ausschluß der lokalpolitischen Gewerkschafter aus der Partei befürwortet. Darauf dürfe die Partei nicht eingehen, sie dürfe nicht Genossen, die in ihren Reihen kämpfen, von sich abstoßen.

Maurenbrecher begründete einen Antrag des Wahlvereins Oberschöneweide, der dem Parteivorstand Weisungen für zukünftige außergewöhnliche Aktionen erteilt. Dieser Antrag sei dem Gefühl entsprungen, daß die Aktion des letzten Winters eine verunglückte gewesen sei, die der Partei keinen Vorteil gebracht habe. Es möge sein, wie Freiwaldt sagte, daß uns die Wahlrechtsbewegung einen Zuwachs an Mitgliedern und „Vorwärts“-Lesern gebracht habe, aber das sei doch kein politischer Erfolg. Durch die Bewegung im letzten Winter sei eine Situation entstanden, daß die politische Welt von uns denke: die Leute reden, aber sie handeln nicht. In Jena sei beschlossene worden, den politischen Massenstreik anzuwenden, wenn es gelte, Angriffe auf bestehende Volkrechte abzuwehren und auch, wenn wir einen Vorstoß zur Erringung neuer Rechte führen würden. Wenn danach die Wahlrechtsbewegung kam, dann hätten doch die Genossen recht, welche der Meinung waren, es beginne nun eine Aktion, welche darauf hinführe, Stimmung für den Massenstreik zu schaffen. Die Genossen, welche das glaubten, haben in der mit großem Lärm begangenen Aktion einen Plan vermutet. Die Redaktionen verschiedener Parteiblätter hätten vor dem 21. Januar große Worte gebraucht und jetzt sagen sie, es sei nicht so gemeint gewesen. Wir müssen verlangen: Wenn man keine Aktion will, dann soll man auch nicht so reden, als ob man sie wolle. Die frühere Redaktion des „Vorwärts“ hätte nicht die Taktlosigkeit gehabt, von großen Aktionen zu reden, wenn solche nicht beabsichtigt waren. Die jetzige Redaktion aber habe das getan, und das sei ein Zeichen ihrer politischen Unfähigkeit. (Unruhe.) Auch die Referenten in den Versammlungen am 21. Januar hätten nach der vorausgegangenen Besprechung unter dem Eindruck gestanden, daß mehr geplant war. Sie hätten nach der ihnen gewordenen Weisung das Wort ausgeprochen: Wir gehen nicht auf die Straße, sondern von der Straße. — Die Parteigenossen in Oberschöneweide seien ungeachtet ihrer sonstigen Meinungsverschiedenheiten darin einig: Das schlimmste, was der Partei passieren könne, sei das, daß die Gegner unsere Aktionen nicht mehr ernst nehmen. Deshalb verlange die Resolution von Oberschöneweide, daß solche Mittel, wie der Massenstreik, nur dann empfohlen werden, wenn man entschlossen ist, sie anzuwenden. Wenn man den „gegebenen Fall“ für die nächsten zehn Jahre noch nicht für gegeben hält, dann solle man die Hände davon lassen. — Es könnten doch Situationen kommen, welche die Massen in Erregung bringen, beispielsweise eine Intervention in Rußland, oder Vorgänge, wie sie sich eben in Nürnberg und vor kurzem in Weßlau abgespielt haben. Wenn solche Situationen ohne unsere Schuld entstehen, dann müssen sie auch ausgenutzt werden. Man solle auch nicht immer von unserer Schwäche und von der Stärke der Regierung reden. Die Regierung sei, wie gegenwärtig die Dinge in der äußeren Politik liegen, gar nicht in der Lage, die Situation im Innern auf die Spitze zu treiben, und das sei für uns ein Vorteil, den wir ausnützen könnten. Die Generalkommission habe ja erklärt, daß sie in solchen Situationen, die den Massenstreik nötig machen, mitun werden, daß auch die Gewerkschaften sich beteiligen würden. In solchen Situationen habe der Parteivorstand die Pflicht, von sich aus die Führung zu ergreifen, denn wenn auch die Erregung der Massen vorhanden wäre, so sei doch die deutsche Arbeiterbewegung so diszipliniert, daß sie ohne Parole nichts unternehme; der Parteivorstand dürfe also nicht warten, bis aus den Massen heraus der Anstoß zur Aktion kommt. Der Parteivorstand solle sich in solchen Situationen an die Spitze stellen und die Parole ausgeben, etwa so, wie es die österreichischen Genossen bei ihrer Wahlrechtsdemonstration gemacht haben. — Das Landtagswahlrecht müsse für die nächsten Jahre die politische Konzentrationsidee bleiben.

Kursch trat für ein Zusammenwirken von Partei und Gewerkschaften ein. Auf der Gewerkschaftskonferenz sei keine Rede davon gewesen, daß man sich von der Partei abspalten wolle, man solle in Versammlungen nicht die Gewerkschaftsführer verunglimpfen, ohne Mithilfe der Gewerkschaften könne keine große Aktion unternommen werden.

Jakobson, Oberschöneweide empfahl einen Antrag, der die Schaffung eines Raiffonds durch den Parteivorstand und die Bezirksorganisationen befürwortet. Der Fonds soll zur Unterhaltung bei besonders heißen Kampfen aus Anlaß der Raiffeier dienen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wurde angenommen.

Freiwaldt wandte sich in seinem Schlusswort gegen die Ausführungen verschiedener Redner. Gegenüber Maurenbrecher bemerkte er, die Anschuldigungen, welche derselbe gegen den „Vorwärts“ erhoben habe, hätte er auch gegen das „Hamburger Echo“, die „Sächsischen Arbeiterzeitung“, die Weßlauer „Volkswacht“ und andere Parteiongen erheben können, die zur Zeit der Wahlrechtsbewegung denselben Ton angeschlagen hätten, wie der „Vorwärts“, Anders, wie es gesehen, hätten wir nicht vorgehen können. Der Hinweis auf Oesterreich sei nicht angebracht, denn dort lägen die Verhältnisse anders wie bei uns, namentlich stimme dort ein großer Teil des Bürgertums in der Wahlrechtsfrage mit den Arbeitern überein. Bei uns dagegen sei man im Bürgertum sogar für Vereinfachung des allgemeinen Wahlrechts. Wer den Standpunkt vertritt, daß eine Aktion, die ausfallen sei, auch unter allen Umständen durchgeführt werden müsse, der sei entweder ein politisches Kind oder ein Demagoge. Den Genossen, welche uns sagten, wir können in der gegebenen Situation nicht weiter gehen, seien wir zu Dank verpflichtet.

Darauf erfolgte die Abstimmung über die vorliegenden Anträge. Von denselben wurde nur einer abgelehnt, und zwar derjenige, welcher sich auf die Schaffung eines Raiffonds bezieht. Alle übrigen Anträge wurden angenommen. Diefelben lauten:

Der „Vorwärts“ wird den Abonnenten von Groß-Berlin im Wochen-Abonnement für 25 Pf. abgegeben.

Die Versammlung erwartet, daß der Parteitag bei Punkt 4 der Tagesordnung zum Ausdruck bringt, daß die deutsche Sozialdemokratie an der durch den internationalen Arbeiterkongress 1889 zu Paris beschlossenen Form der Raiffeier festhält und energisch Propaganda für die Raiffeier zu machen hat. Ferner soll jeder Parteigenosse verpflichtet sein, solchen Bestrebungen, wie sie in dem Antrage (51a) des Genossen Robert Schmidt auf dem Kölner Gewerkschaftstages gekennzeichnet sind, auf das entschiedenste entgegenzutreten. (Bezirkswahlverein Pantow.)

Der Parteivorstand möge zu dem Punkt 5: Massenstreik, einen zweiten Referenten zu gewinnen versuchen, wenn irgend möglich, aus den Reihen der Mitglieder der Generalkommission. Angesichts der verunglückten Wahlrechtsaktion des letzten Winters fordert der Parteitag den Parteivorstand auf, außerordentliche Aktionen, die über den Rahmen der gewöhnlichen Agitation hinausgehen, in Zukunft nur dann zu beginnen, wenn er sich vorher entschlossen hat, sie gegebenenfalls auch mit den

stärksten Mitteln (Demonstrationen, Waffenstreik usw.) durchzuführen.

Der Parteitag nimmt Kenntnis von der Zusage der General-Kommission der Gewerkschaften, daß sie im Falle eines Waffenstreiks der politischen Bewegung nicht hindernd in den Weg treten und sich an der Unterstützung der eventuell Gemäßigten nach Kräften beteiligen wird.

Er erwartet daraufhin, daß der Parteivorstand in Zeiten großer politischer Erregung ohne weiteres die Initiative zur Anwendung auch der stärksten Kampfmittel ergreift und die natürliche Erregung der Massen planmäßig und mit Bewußtsein auf dieses Ziel hinleitet.

(Bezirkswahlverein Oberschöneweide.)

Der Parteitag möge beschließen, in ganz Deutschland eine Agitationsbrochure, welche den politischen Waffenstreik behandelt und zum Beitritt in die politische Organisation auffordert, herauszugeben.

Dieselbe soll in Werkstätten, Fabriken und auf den Bahnhöfen zur Verbreitung gelangen.

(Genossen von Waldmannslust.)

Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages wird der Punkt: „Die Alkoholfrage“ gesetzt.

(Bezirkswahlverein Lichtenberg.)

Als Delegierte zum Parteitag schlug der Zentralvorstand die Genossen Grunow, Wartig und Seifel vor. Gegen die Kandidatur Seifels erhob Bachus, Lichtenberg Protest, weil die Lichtenberger Genossen, zu denen Seifel gehört, auf Stellung eines Kandidaten verzichtet hätten, damit auch ein kleinerer Ort einen Delegierten stellen könne. — Aus der Versammlung wurden noch die Genossen Zeglin, Weis und Maurenbrecher vorgeschlagen. — Die Wahl erfolgte durch Stimmzettel. Abgegeben wurden 119 gültige Stimmen. Gewählt wurden Grunow mit 85, Wartig mit 82 und Seifel mit 84 Stimmen. Maurenbrecher, der 52 Stimmen erhielt, gilt als Ersatzmann. Zeglin erhielt 40, Weis 14 Stimmen.

Beim letzten Punkt der Tagesordnung: Kreisangelegenheiten, nahm die Versammlung verschiedene Anträge der Bezirksvereine auf Ausschluß von Mitgliedern an.

Freiwaldt machte Mitteilung von einem kürzlich gefaßten Beschluß des Altonaer Ausschusses, wonach die „Vorwärts“-Spezifikation für Groß-Berlin zentralisiert werden soll. — Nach längerer Debatte beschloß die Versammlung, diese Angelegenheit dem Vorstande zu überweisen, der den Bezirken bestimmte Vorschläge vorlegen soll. — Ein Antrag Lichtenberg, der sich auf den Modus der Delegiertenwahl zu Parteitagen, Provinzialkonferenzen usw. bezieht, wurde den Bezirken zur Beratung überwiesen. Damit war die Tagesordnung erledigt.

Aus der Partei.

Zum Parteitag.

In Leipzig Stadt wurden Anträge nicht gestellt. Der Referent Seger äußerte zur Errichtung der Parteihochschule, es errege Beforgnis, daß der Parteivorstand so sparsam mit Mitteln über die Gestaltung der Schule sei. Wenn die Leitung der Schule in gute Hände komme, kann sie sehr segensreich für die Partei wirken, wenn dies aber nicht der Fall sei, könne sie zu einem bösen Bankrott in der Partei werden. Er halte den Genossen Schulz-Bremen für die Leitung sehr geeignet.

Im Referat und in der Debatte nahm das Thema „Partei und Gewerkschaften“ breiten Raum ein. Referent und die meisten Redner übten scharfe Kritik an den Anschauungen, die auf der Gewerkschaftskonferenz zutage getreten seien. Andere traten diesen Genossen entgegen.

Im Wahlkreise Leipzig-Land referierte ebenfalls Genosse Seger. Anträge wurden auch hier nicht beschlossen. Ein Antrag, die Alkoholfrage auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen, wurde abgelehnt, da er mit vielen wichtigen Angelegenheiten überlastet sei.

Im Wahlkreise Dresden-Neustadt referierte Genosse Dr. Dunder. Er äußerte u. a.: Bestrebungen, eine Theorie der Gewerkschaftsbewegung zu gründen, die dieselbe vom Klassenkampf abtrübt, werde der Partei mit aller Entschiedenheit entgegengetreten. Das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften müsse das der Gleichberechtigung sein. Eine einheitliche Haltung müsse geschaffen werden. Beim Thema „Waffenstreik“ müsse erörtert werden, unter welchen Umständen in Deutschland ein Waffenstreik möglich sei. Angriffs-, Abwehr-, Demonstrations- und Pressionsstreiks müßten behandelt werden.

Nach einer Debatte, in der mehrere Redner dem Referenten entgegentraten, wurden folgende Anträge angenommen:

Die ... sieht nach wie vor auf dem Standpunkte, daß die Propagierung des Waffenstreiks eine unbedingte Notwendigkeit ist. Angesichts der Tatsache, daß gegenwärtig der Versuch gemacht wird, die Idee des Waffenstreiks illusorisch zu machen, hält es die Versammlung für ihre Pflicht, nur solche Genossen zum Parteitag zu delegieren, die sich unbedingt auf den Boden der Waffenstreikidee stellen.

Der Parteitag wolle dem Parteivorstand beauftragen, mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in Verbindung zu treten, daß letztere die Führer der Gewerkschaften veranlaßt, ihre Mitglieder entschuldener auf die politische Organisation und die Parteipresse hinzuweisen.

Auf die Tagesordnung des Parteitages in Mannheim ist als besonderer Punkt zu setzen: Die russische Revolution und die deutsche Arbeiterbewegung.

Zur Waffenstreikdebatte.

In der Generalversammlung für den 8. und 10. scheidungs-hollsteinischen Reichstagswahlkreis (Vericht an anderer Stelle) wurde von mehreren Rednern auch der „Hirtensbrief“ gestreift, worauf Genosse Frohne eine längere Erklärung abgab. Er wolle keine Debatte über den Generalfreistil an sich hervorgerufen, sondern nur eine ganze Lusumme von Irrtümern richtig stellen. Er behandelte ferner die Auffassung in der Frage des Waffenstreiks von Amsterdam bis Jena. Bis zu dem letzteren Zeitpunkt habe er diese Angelegenheit unter dem Gesichtswinkel der von ihm mitgeschickten Amsterdamer Resolution betrachtet, wie das seine Pflicht gewesen sei. Wedel habe die Frage des Waffenstreiks so behandelt, wie sie behandelt werden mußte, und er, Redner, halte sich lediglich an die in Jena beschlossene Resolution, deren letzten Teil er zu beachten bitte. Troy der nicht mißverständlichen Erklärungen des Genossen Wedel sei nach Jena eine Bewegung ins Leben gerufen worden, gegen die er und die Genossen von Elm und Beske, wie sie es für ihre heiligste Pflicht erachteten, sich gewandt hätten in der albern Weise als „Hirtensbrief“ bezeichneten Erklärung. Er nehme kein Wort von dieser Erklärung zurück, denn tatsächlich sei in einem Teile unserer Presse sowohl als in Versammlungen mit fanatischem Eifer eine „verderbliche Revolutionsromantik“ wie es in der Erklärung heißt, hervorgerufen worden. Man habe nach Weisungen verlangt für diese Behauptung. In Rücksicht auf das Parteinteresse hätten sie, die drei Abgeordneten, davon Abstand genommen, solche Beweise zu erbringen. Diese seien sehr leicht zu erbringen. Er verweise auf die Polemik des Genossen Dr. Adler-Wien gegen Kautsky, weil dieser, wie aus seinen eigenen Ausführungen in der „Neuen Zeit“ hervorgehe, sich auf anarchistisch-sozialistischen Boden gestellt habe. In der Frage des Waffenstreiks sei eine Komödie der Irrungen entstanden, alte Parteigenossen seien, nur weil sie ihrer ehrlichen Überzeugung Ausdruck verliehen hätten, den größten Insulten ausgesetzt gewesen, wären als Revisionisten und Flammhauer bezeichnet worden. Werde die Gegenseite einmal getroffen, dann heute man wie geächtete Waben. Der Zweck der Erklärung sei die Vereitelung von Widersprüchen der Jenaer Resolution gewesen. Der Parteivorstand selbst habe sich nach

mehreren Richtungen hin wenden müssen, damit keine Dummheiten gemacht würden. Nehme man den „Vorwärts“ der letzten Tage zur Hand, so werde man die Frage in ganz anderer Beleuchtung behandelt finden, als wie sie vor nicht langer Zeit von demselben Blatte behandelt wurde. Redner verweist auf die Ausführungen der Genossin Roland-Holtz in der „Neuen Zeit“, die sich seiner Ansicht nach vollständig mit dem decken, was Dr. Adler in seiner Polemik gegen Kautsky hervorgehoben habe. Der Fehler der Unterzeichner der Erklärung sei gewesen, daß sie früher gekommen wären als andere Leute, die inzwischen ihre Meinung gewechselt haben. Der „Vorwärts“ habe gar keine Ursache gehabt, ihn und die beiden Mitunterzeichner anzugreifen, die schließlich doch lediglich ihre eigene Meinung gesagt hätten, was so lange nicht verboten sei, so lange man sich auf dem Boden des Parteiprogramms bewege. Für die in voriger Woche in Altona zur Annahme gelangte Resolution würde er mitgestimmt haben, wenn er nicht am Erscheinen verhindert gewesen wäre, weil diese Resolution ja gerade das Festhalten am Jenaer Beschluß verlange, in welchem Sinne er stets gewirkt habe. — Weil die Angelegenheit den Provinzial- und den allgemeinen Parteitag beschäftigen wird, lehnte die Generalversammlung es ab, in eine Aussprache einzutreten.

Wir würden es sehr angebracht finden, wenn Genosse Frohne, um den Altonaer Genossen ein eigenes Urteil zu ermöglichen, jenen Artikel des „Vorwärts“ im „Damburger Echo“ publizieren wollte, der unserer Meinung nach beweist, daß die auch von Frohne aufgestellte Behauptung, der „Vorwärts“ habe Revolutionsromantik vertreten und anders über den Waffenstreik geschrieben, als in letzter Zeit, un wahr, falsch ist. Der Artikel steht in der Nummer 190 des „Vorwärts“!

Delegiertenversammlung des schweizerischen Grütlivereins.

Varau, 25. August.

Die Versammlung wurde nachmittags 2 Uhr eröffnet vom Zentralpräsidenten Reimann aus Biel. Er wies hin auf die Geschichte des Grütlivereins und bemerkte, daß heute in Zeiten wilderster Reaktion auf der bürgerlichen Seite und einer bedauerlichen Zerfahrenheit im Lager der eigenen sozialdemokratischen Partei der Grütliverein mehr denn je sich zur tatkräftigen Aktion aufzurufen müsse. Die höchst bedauerlichen Schlappen, die sich die sozialdemokratische Partei bei zwei in der letzten Zeit von ihr unternommenen Referendumskampagnen (Nationalbank und Leg Silvestrelli) zugezogen, seien der herrschenden politischen Indifferenz zuzuschreiben. Der Verein werde nach wie vor seine Mission zu erfüllen suchen. Die Richtschnur für die Taktik des Vereins bilde nach wie vor das Programm der schweizerischen sozialdemokratischen Partei.

Dann erfolgte die Berichterstattung über die Jahresrechnungen des Vereins, der Vereinsdrucker und der Vereinsbuchhandlung. Dieselben wurden genehmigt. Die Grütlivereinbuchhandlung soll eine namhafte Ausgestaltung erfahren und u. a. in diversen Schweizerstädten Niederlagen der Buchhandlung errichtet werden.

Der nächste Punkt war die Revision der Zentralstatuten. § 1 spricht aus, daß der Verein auf der Grundlage des sozialdemokratischen Programms stehe. Ein Antrag von Forster-St. Gallen, in § 1 möchte beigefügt werden, der Grütliverein betreibe „sozialistische Reformpolitik“, wurde sehr ablehnend aufgenommen. Verschiedene Redner, z. B. die Genossen Jürholz-Solothurn, Altherr-Bern, Tschachtli-Bern, Enders-Jürich usw. wandten sich gegen diesen, einer Verwässerungspolitik gleichkommenden und eine Kleinbürgerliche „Interpretation“ der Sozialdemokratie im Auge habenden Antrag. Er wurde denn auch fast einstimmig abgelehnt.

Bei § 5 wurde beschlossen, die Passivmitgliedschaft der Ausländer beizubehalten.

Um 1/7 Uhr abends wurden die Verhandlungen abgebrochen. Am Sonntagmorgen werden sie fortgesetzt.

Ein Nord aus Rache. Man schreibt uns aus Baden: Am 18. d. M. ereignete sich in Lärach vor dem Vereinslokal der organisierten Arbeiterchaft eine Mordtat. Unser Vörracher Parteigenosse Felix Schwarz wurde, als er nach Schluß der Vereinsführung das Lokal verließ, von dem Arbeiter Koller mittels eines Taschenmessers in den Leib gestochen und starb an der Verletzung. Dieser Koller, der vor langer Zeit aus der Organisation ausgeschlossen worden war, hatte an jenem Abend versucht, sich in die Vereinsversammlung einzuschleichen, wurde aber vom Vorsitzenden entfernt. Darauf ließ er Drohungen aus, die keiner der Genossen ernst nahm. Koller blieb etwa drei Stunden lang im Hinterhalt und lauerte im Dunkeln auf sein Opfer. Man ist geneigt, an der Zurechnungsfähigkeit des Mörders zu zweifeln. Unser dortiges Parteiorgan, die „Arbeiter-Zeitung“, läßt sich noch eifriger, recht mysteriös klingende Aufforderungen daran: Die Vorstandschaft des Vereins habe bereits einen Antrag formuliert, damit eine Säuberung des Vereins erfolge, keine zweifelhaften Elemente mehr aufgenommen und die Sitzungen vor der Hand nicht mehr zur Nachtzeit abgehalten werden. — Das klingt, als vermuteten unsere Vörracher Genossen eine Verschwörung.

Genosse Weyler erklärt im Bochumer „Volkblatt“ folgende Erklärung:

Der „Vorwärts“ (Nr. 195 vom 23. August) enthält in dem Bericht über eine Parteiverammlung im 6. Berliner Reichstagswahlkreis folgende Stelle:

Der Redner rief den Hergang des Konflikts mit wenigen Worten in die Erinnerung zurück und beantwortete bei dieser Gelegenheit eine vom Genossen Ufert schriftlich eingereichte Anfrage, welche lautet: „Der Genosse Weyler hat bei seiner Entlassung aus der Redaktion des „Vorwärts“ sein Gehalt bis 1. April 1900 erhalten, hat aber dann schon im Dezember 1905 eine neue Stellung in Bochum angetreten. Ist dem Vorstände bekannt, ob der Genosse Weyler von dem erhaltenen Gehalte etwas zurückgezahlt hat oder ob er doppeltes Gehalt für Parteiarbeit genommen hat.“ Freyhaller beantwortete die Frage dahin: „Sobiel ihm bekannt, habe Weyler nichts zurückgezahlt, man habe es auch nicht von ihm verlangt. Die Parteimitglieder hätten sich in dieser Angelegenheit nicht auf den Rechtsstandpunkt gestellt, sondern dieselbe als eine Frage des Parteigefühls betrachtet, die jeder seinem Empfinden gemäß zu entscheiden habe.“

Eine ähnliche Anfrage ist schon einmal in einer Berliner Versammlung an die Parteikommission des „Vorwärts“ gestellt und darauf dem Anfrager die Antwort erteilt worden, daß sich die Parteikommission damit beschäftigen werde. Ich habe darauf sofort ein Mitgeteiltes dem Parteivorstandes über den wirklichen Sachverhalt aufgestellt und glaubte annehmen zu dürfen, daß der Parteivorstand des „Vorwärts“ die genügende Aufklärung juteil geworden sei. Ob die Aufklärung in der Weise geschehen ist, daß sie zu einem öffentlichen Appell an mein Taggefühls berechtigt, ist mir nicht bekannt geworden.

In der abermaligen Verhandlung dieser Angelegenheit in öffentlicher Versammlung, in der Art der Verantwortung der Frage durch den in der Redaktion des „Vorwärts“ beschäftigten Genossen Freyhaller und der Veröffentlichung im „Vorwärts“ erblicke ich die Absicht, meinen guten Namen zu verunglimpfen, der bisher, vielleicht zum Scherz mancher Leute, noch nicht in die kleinste „Affäre“ verwickelt war.

Nach feinerer Erfahrung kann ich nicht erwarten, daß der „Vorwärts“ eine Erklärung von mir aufnehmen werde. Ich bin deshalb zu meinem Verhalten im Interesse der Selbstverteidigung gezwungen, das „Volkblatt“ in dieser persönlichen Angelegenheit Anspruch zu nehmen. Ich gehöre glücklicherweise nicht zu den Leuten, für die der „Vorwärts“-Konflikt ein gutes Geschäft bedeutete. Ich habe damit im Gegenteil ein sehr schlechtes Geschäft gemacht.

Zunächst eine erhebliche Gehaltsverminderung. Sodann der Umzug meiner achtköpfigen Familie von Berlin nach Bochum. Dazu habe ich nichts weiter als die Hälfte der Kosten des Möbelwagens bekommen. Ferner zwangen mich die Umstände, meine Familie bis zum 1. April in Berlin zu lassen, so daß ich während vier Monaten doppelte Wirtschaft führen mußte. Danach kann man beurteilen, welches Geschäft ich bei der Sache gemacht habe.

Um mein Taggefühls brauchen die Berliner Jugendwächter nicht besorgt zu sein. Vom formalen Rechte, das ganz auf meiner Seite ist, brauche ich nicht weiter zu reden.

Heinrich Weyler.

Aus dem Abdruck seiner Erklärung im „Vorwärts“ mag der Genosse Weyler ersehen, daß seine Meinung, der „Vorwärts“ werde eine Erklärung von ihm nicht aufnehmen, unbegründet war.

Soziales.

Der Leutehering!

In verschiedenen, besonders landwirtschaftlichen Zeitungen findet man oft Inserate mit der Zeitbrüderüberschrift „Leutehering“.

Im Inserat wird dann den Landwirten empfohlen, gegen billiges Geld diese sogenannten Leuteheringe für ihr Dienpersonal zu kaufen. Es gibt oft für eine verhältnismäßig geringe Summe 100 Stück und mehr von dieser berühmten Fischsorte.

Was ist denn eigentlich ein Leutehering?

Es ist Ausschuhware. Kleine, magere, unvollkommene Exemplare, die eigentlich sonst zu Viehfutter Verwendung finden und selbst von den ärmsten Leuten kaum gekauft werden. Da aber für diese minderwertige Ware nicht immer guter Absatz ist, so kommt es vor, daß diese Leuteheringe, weil schon zu lange tot, bald wieder zu leben anfangen, natürlich in anderer Form.

In den Städten kann man dies Zeug nicht gut unterbringen, weil da die Sanitätspolizei bald zum Einschreiten gezwungen würde. Aber das flache Land, wo in dieser Beziehung so gut wie keine Kontrolle vorhanden ist, bietet für zweifelhafte Nahrungsmittel die besten Absatzgebiete.

Freilich ist es eine leider bald ungläubliche, aber wahre Tatsache, daß ein großer Teil und besonders unseres jüngeren landwirtschaftlichen Dienpersonals kein Verständnis für solche Fragen hat und den „berühmten Leuteheringen“ und andere Qualitätsware mit Todesverachtung vertilgt.

Der landwirtschaftliche Arbeiter muß im Sommer vom frühesten Morgen bis in die finstere Nacht hinein schwer arbeiten. Da ist es wohl auch nicht mehr als recht und billig, ihnen vollwertige, einwandfreie Nahrungsmittel zu geben.

Der sogenannte Leutehering, wenn er durchaus gegessen werden soll, paßt viel besser für alle die, welche durch sühes Röstfleisch die Zeit totschlagen. Dann käme zusammen, was zusammen gehört!

Aus Industrie und Handel.

Das schlaue Bündlerblatt.

Das Bündlerblatt glaubt besonders pffiffig zu sein, indem es schreibt:

„Aber die starke Steigerung der Arbeitslöhne in der Eisen- und Fertigwarenindustrie finden wir sogar im „Vorwärts“ ausführliche Angaben. Danach sind die durchschnittlichen Arbeitslöhne in den letzten 20 Jahren fortgesetzt (abgesehen von einem kleinen Rückschlag von 1900 zu 1902 um 3 Mark) gestiegen von 822 Mark in den Jahren 1885/86 bis auf 1345 Mark im Jahre 1905, oder um circa 65 Prozent.“

Die angegebenen Ziffern stimmen, aber deren Verwendung durch die „Deutsche Tageszeitung“ ist doch eine nicht unbedeutende Schönfärberei. Wir fanden die obigen Zahlen in einer viel benutzten und auch dem Viertelblatt nicht unbekanntem Korrespondenz. Um Irrtümern durch die Zahlenangaben vorzubeugen, fahrtene wir dazu:

Bei diesen Lohnangaben ist aber noch ein wesentlicher Umstand zu berücksichtigen. Die Löhne gelten nur für erwachsene Arbeiter einschließlich der versicherten Beamten und Unternehmer. Und da die Zahl der Jugendlichen gerade in dieser Industrie relativ sehr groß ist, wird durch Ausschaltung dieser aus der Lohnstatistik natürlich ein sehr günstiges Bild gewonnen. Auf je 1000 Einwohner entfallen nämlich Jugendliche:

Jahr	1900	1902	1903	1905
Zahl	218,6	302,9	269,5	225,5

Weiter gaben wir eine Aufstellung über die Durchschnittslöhne aller Beschäftigten und bemerkten dazu:

Der Durchschnittslohn für alle Beschäftigten liegt seit 1900 nur um 77 M., gleich 7 Proz. in 5 Jahren.“

Die „Tagesztg.“ hat das natürlich gelesen, sie schreibt sogar: „Den sozialdemokratischen Schreibern der Unzufriedenheit ist natürlich auch diese doch wirklich ansehnliche Lohnsteigerung noch viel zu gering.“

Das stimmt, die Lohnsteigerung ist und zu gering, weil das, was die Arbeiter erlangt haben, von den Agrariern weggefressen wird. Um das zu verschleiern, um für die agrarischen Bündlergelisten, die ja nie befriedigt werden, Scheingründe anzuführen zu können, müssen die Bündler nach der gefamzeichneten Methode operieren.

Künftige Kohlenknappheit.

In einem „Intimes aus dem Kohlenhändlertum“ überschriebenen Artikel bringt das „V. L.“ Mitteilungen aus der letzten Versammlung des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikats, die tatsächlich das öffentliche Interesse beanspruchen. Die gegensätzlichen Interessen der reinen Werke und der Hüttenzweige playten aufeinander, dabei kam heraus, daß die Kohlenknappheit doch nicht ganz natürlichen Ursprungs ist. Vergrat Grassmann beantragte Freigabe der vollen Vorkaufung für das vierte Quartal. Die Marktlage garantiere die Unterbringung der Gesamtteilnahmengruppe, Kirdorf und ganz entschieden Direktor Funk unterfühlten den Antrag. Letzterer wies darauf hin, daß nun die Zeit gekommen sei, den Hütten, welche über ihre Beteiligung hinaus fördern könnten, die Mehrmengen dauernd zuzubilligen. Davon wollen die Vertreter der Hüttenzweige nichts wissen und bezweifelten die Gunst der Marktlage. Fritz Thyssen (Sohn des bekannten Großindustriellen August Thyssen) bemerkte:

Es sei ihm bekannt, daß das Kohlenyndikat noch im Monat Mai zu Ausnahmepreisen frei Hafen Ruhrort Kohlen verkauft habe! Bei Vorkaufung von Ausnahmepreisen wäre es allerdings nicht schwer, die volle Förderung abzufechen; es könne damit aber nicht die volle Freigabe der Vorkaufungsziffer begründet werden. Er beantragte, daß der Vorstand eine Aufstellung über die getätigten Verkäufe und die dabei erzielten Preise aufmache, damit die Hüttenbesitzer beurteilen können, ob der Markt in der Weise aufnahmefähig sei, wie behauptet werde.

Der Vorstand erklärte feierlich, er treibe nur praktische Preispolitik. Damit ist natürlich gegen das, was Thyssen hervorheben wollte, nichts gesagt. Seine Behauptung, daß durch billige Auslandsverkäufe die — günstige Marktlage geschaffen werde, fand Stütze in den folgenden Ausführungen: Generer C. Wähler, Gewerkschaft Mont Cenis, wies auf die Auslandslieferungen hin, die zu verlustbringenden Preisen hereingeholt werden müßten. Auch sie könnten nicht als normaler Absatz gelten und für die Aufnahmefähigkeit des Marktes nicht in Betracht gezogen werden.

Dieser Behauptung wurde nicht widersprochen, man beschränkte sich vielmehr auf die Erklärung, die Auslandsverkäufe dürften nicht eingestuft werden, um auch für die Zeiten abgeschwächter Nachfrage auf dem Inlandsmarkt, die ausländischen Kunden zu behalten. Das klingt ja ganz nett, aber als vornehmste Aufgabe des Syndikats wird doch bezeichnet „Schutz der nationalen Arbeit“. Und wie schämen die Ueberpatrioten? Um im Inlande höhere Preise herauszuschlagen zu können, wird durch Export eine künstliche Kohlenknappheit geschaffen! Die Ursache der Kohlenknappheit wird dann demnach, die Freigabe der vollen Fördermöglichkeit abzulehnen. So sorgt

man für Vetterbestand der Anaptheit an Brennmaterial für den heimischen Verbrauch und die Gründe für weitere Preissteigerung sind gegeben. So werden die Konsumenten systematisch geplündert unter der Devise „Schutz der nationalen Arbeit!“

Eine verkaufte Domäne. Unmittelbar an die Stadt Dypeln grenzt die Igl. Domäne Sacrau, die 76 Hektar groß ist. Dieser sehr wertvolle Besitz ist soeben in Privat Hände übergegangen. Die „Doppelter Nachrichten“ schreiben:

„Soeben geht uns die sensationelle Meldung zu, daß die neue Zementfabrik von Richard Friedländer die Domäne Igl. Sacrau angekauft habe. Die landesherliche Genehmigung hierzu traf bereits ein. Die Firma kann sich kein billigeres Gelände denken

als ihr hier der Fiskus abtritt. Das fiskalische Gelände kostet nämlich für den Morgen nur 800 M. gegen etwa 2000, welche für die Erwerbung aus Privatbesitz vorgefallen waren. Die neue Dersicht für die zu errichtende Zementfabrik ist geradezu ideal zu nennen in Bezug auf den Anschluß an das Bahngelände. — In den nächsten Tagen bereits findet die Konstituierung der neuen Aktiengesellschaft statt, an der die ersten Röhren Schlesiens aus der Gegend und Adelsaristokratie beteiligt sind. Selbstredend werden die 700 bis 800 Morgen des heutigen Domänengrundstückes Igl. Sacrau nicht zu der projektierten Zementfabrik gebraucht. Das unbenuzte bleibende Ackerland dürfte zur Errichtung weiterer Fabrik-Etablissements Verwendung finden oder aber an die Bauern zur Verpachtung gelangen!“

Die „Vödenreform“ bemerkt dazu:

„Mügte das wirklich sein? Könnte die Verpachtung des Landes in kleinen Losen an Bauern und die Vergebung des nötigen Geländes an industrielle Unternehmungen nicht geschehen, ohne daß die Staatsgemeinschaft den Boden für alle Zeiten der Privatpekulation überliefern?“

Die Regierung, deren Sprecher den Kapitalisten zurief: „Meine Herren, wir arbeiten ja nur für Sie!“ wird die Frage mit ja beantwortet. Der Staat weiß doch, was er dem Kapital schuldig ist. Wir stellen die Frage: Muß das so bleiben? Und antworten: Nein! Je schneller die Erkenntnis wächst, daß die kapitalistische Gesellschaft durch die sozialistische abgelöst werden muß und die Fron der des Kapitals mit aller Energie auf die Umgestaltung hinarbeiten, desto eher wird mit der Ausbeutung aufgeräumt. Mit elgischen Strohseugnern und Moralisiererei wird nichts geändert.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 28. August. Anfang 7 1/2 Uhr.

Cyberhaus, Wagnon.
Schauspielhaus. 600 von Berlin. Schlingen mit der eisernen Hand. (Anfang 7 Uhr.)
Neues Operntheater. Das Heimchen am Herd.
Deutsches Erdgeist.

Anfang 8 Uhr.

Sessing. Und Pipa tanzt.
Berliner. Scharlot Dames.
Schiller O. (Wagner-Theater). Der Postillon von Lonjumeau.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Häussliche-Theater). Weh' dem, der lügt.
Romische Oper. Hoffmanns Erzählungen.

Anfang 8 Uhr.

Witten. Die lustige Witwe.
Preisenz. Die Hölle des Löwen.
Zentral. Der Kaskadenhändler.
Trianon. Die Notbrücke.
Zwischenhaus. Spagnolische.
Kleines. Kinder der Sonne.
Carl Weiß. Adele.

Anfang 8 Uhr.

Deutsch-Amerikanisches. Im wilden Westen.
Metropol. Auf ins Metropol.
Apollo. Besin im Omnibus. Das Neue Bild. Spezialitäten.

Anfang 8 Uhr.

Thalia. Wenn die Bombe platzt.
Kaisers. Rosenmüllers Finte.
Wintergarten. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Carl Haberland. Spezialitäten.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Landensirke 18/19.
Abends 8 Uhr: Der jüngste Ausbruch des Vesuvus.
Sternwarte. Gwaldbenstr. 57/58.

Anfang 8 Uhr.

Ferdinand Bonn.
Berliner Theater.
Heute und folgende Tage:
Sherlock Holmes.

Anfang 8 Uhr.

Neues Theater.
Eröffnungsvorstellung
Freitag, den 31. August, Anf. 8 Uhr:
Zum erstenmal: **Sganarell.**
Der bürgerliche Edelmann
von Moliere. Deutsch von Julia.
Sonnabend, Sonntag, Montag:
Dieselbe Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.

Kleines Theater.
Anfang 8 Uhr.
Kinder der Sonne.

Mittwoch: Mimenspiele. — Hille Bobbe.
Die Schlangendame.
Donnerstag: Ein idealer Gallo.

Neues kgl. Operntheater (Kroll). Anfang 7 1/2 Uhr.
Zum letztenmal:
Das Heimchen am Herd.
Mittwoch Gaspard Sign. Provost:
Der Barbier von Sevilla. Hierauf:
Die schöne Galathé.
Vorverkauf im kgl. Opernhaus,
Schalter II, A. Wertheim und Invalidentank.

Anfang 8 Uhr.

Komische Oper.
Heute abend 8 Uhr:
Hoffmanns Erzählungen.

Mittwoch: Figaros Hochzeit.
Donnerstag: Hoffmanns Erzählungen.
Freitag: Die Bohéme.

Zentral-Theater. 8 Uhr:
Kaffelbinder. Operette in 3 Akten.

Anfang 8 Uhr.

Luisen-Theater
Reichenbergerstr. 34.
Zum erstenmal:
Rosenmüllers Finte.

Mittwoch: Die Waise.
Donnerstag: Rosenmüllers Finte.
Freitag: s. oben. Romeo u. Julia.
Sonnabend: Die Hochzeit von Salent.
Sonntag nachm.: Rosenmüllers Finte.
Montag: Rosenmüllers Finte.

Anfang 8 Uhr.

Volksgarten-Theater.
Badstr. 6 (Behm- u. Belkemannstr.)
Täglich:
Konzert, Theater u. Spezialitäten.
Das neue August-Programm!
Monte Christo, The Barret, Henry Sago, Verone de Fonseca, Bertram-Lung-Schauspiel etc. Hierauf:
„Auf fremder Erde“.
Großes Ausstattungsstück mit Gesang.

Anfang 8 Uhr.

Gr. Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Reserviert. Redakteur: Carl Vermuth, Berlin-Bildorf. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.

Heute im Theater 8 Uhr:

Der jüngste Ausbruch des Vesuvus.

DOLORESCHER GARTEN
Täglich ab nachmittags 5 Uhr:
Großes Militär-Doppel-Konzert.

Eintritt 1 M., u. 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Lustspielhaus.
Täglich 8 Uhr:
Spagnolische.

Anfang 8 Uhr.

Deutsch-Amerikanisches THEATER. Köpenickerstr. 67-68.
Jeden abend 8 Uhr: Gastspiel Adolf Philipp:
Im wilden Westen.

Sonntag nachm. 3 Uhr halbe Preise: „Uebere großen Teich.“

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Heute und folgende Tage Anf. 8 Uhr:
Die Höhle des Löwen.

Schwanz in 3 Akten v. R. Hennequin und P. Bülmann.
Gaston Chalandre: Rich. Alexander.

Metropol-Theater
Henry Bender. Josef Giampietro. Fritz Massary.

!Auf - in's Metropol!

Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender.
Anfang 8 Uhr.
Rationen überall gestattet.

Apollo-Theater
10 Uhr! Novität! 10 Uhr!
Berlin im Omnibus.

Im zweiten Akte:
Der Omnibus-Trip.
Vorher: Letzte Woche!
Die erstklassigen Spezialitäten.

Passage-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Feodorowna.

internation. Couplet-Sängerin.
Auf der diesjährigen Schönheits-Konkurrenz in Karibad mit dem ersten Preise gekrönt.
14 erstklassige Nummern!

Walhalla-Variété-Theater
Weinbergsweg 19/20 am Rosenthaler Tor.
Eröffnung
Sonnabend, 1. September.
13 internationale Spezialitäten.

Vorverkauf ab Dienstag a. d. Theaterkasse von 10-2 Uhr im Invalidentank u. i. den Wertheim'schen Warenhäusern.

Gstbahn-Park
Am Küstrinorplatz, Rüdigerdorforstr. 17
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.

Prater-Theater
Kassanien-allee 7/9.
Zwischen Himmel u. Erde
Milardo, Humorist.
Borussia-Sextett.
Sandsportakt.
„Der grüne Teufel“
große Pantomime.
Konzert. Ball.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Samstags abend 8 Uhr.

Anfang 8 Uhr.

Schweizer Garten
Am Königsplatz — Am Friedrichshain.
Täglich:
Theater-Vorstellung, Spezialitäten u. Ball.
Berlin arm und reich.
Vollständ. mit Gesang in 2 Akten.
Der mysteriöse Wunder-Globus.
(Das Rätsel aller Rätsel).
Der Antypode auf lebender Erde.
Die 5 Jaksons, Akrobaten.
Clothilde u. Bertram.
Trio Schlaraffen.
Bodentags: Damentanz frei.
Anfang 5 Uhr. — Entree 30 Pf.

Anfang 8 Uhr.

Folies Caprice.
Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße.
Dir. Felix Berg.
Premiere
Sonnabend, den 1. September
Vorverkauf bei Wertheim und an der Theaterkasse.

Anfang 8 Uhr.

Prater-Theater
Kassanien-allee 7/9.
Zwischen Himmel u. Erde
Milardo, Humorist.
Borussia-Sextett.
Sandsportakt.
„Der grüne Teufel“
große Pantomime.
Konzert. Ball.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Samstags abend 8 Uhr.

Anfang 8 Uhr.

Prater-Theater
Kassanien-allee 7/9.
Zwischen Himmel u. Erde
Milardo, Humorist.
Borussia-Sextett.
Sandsportakt.
„Der grüne Teufel“
große Pantomime.
Konzert. Ball.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Samstags abend 8 Uhr.

Anfang 8 Uhr.

Prater-Theater
Kassanien-allee 7/9.
Zwischen Himmel u. Erde
Milardo, Humorist.
Borussia-Sextett.
Sandsportakt.
„Der grüne Teufel“
große Pantomime.
Konzert. Ball.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Samstags abend 8 Uhr.

Anfang 8 Uhr.

Prater-Theater
Kassanien-allee 7/9.
Zwischen Himmel u. Erde
Milardo, Humorist.
Borussia-Sextett.
Sandsportakt.
„Der grüne Teufel“
große Pantomime.
Konzert. Ball.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Samstags abend 8 Uhr.

Anfang 8 Uhr.

Prater-Theater
Kassanien-allee 7/9.
Zwischen Himmel u. Erde
Milardo, Humorist.
Borussia-Sextett.
Sandsportakt.
„Der grüne Teufel“
große Pantomime.
Konzert. Ball.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Samstags abend 8 Uhr.

Anfang 8 Uhr.

Prater-Theater
Kassanien-allee 7/9.
Zwischen Himmel u. Erde
Milardo, Humorist.
Borussia-Sextett.
Sandsportakt.
„Der grüne Teufel“
große Pantomime.
Konzert. Ball.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Samstags abend 8 Uhr.

Anfang 8 Uhr.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wagner-Theater), Moritz-Cyber.

Dienstag, abends 8 Uhr:
Gastspiel Heinrich Vötel:
Der Postillon von Lonjumeau.

Romische Oper in 3 Akten v. Hoffmann.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
bei halben Preisen: Der Freischütz.

Donnerstag, abends 8 Uhr:
Wahlschied Heinrich Vötel:
Der Troubadour.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)
Dienstag, abends 8 Uhr:
Weh' dem der lügt.
Lustspiel in 5 Akten v. F. Grillparzer.

Mittwoch, abends 8 Uhr:
Zum erstenmal:
Hasemanns Töchter.

Donnerstag, abends 8 Uhr:
Weh' dem der lügt.
Am Garten 10/11 gr. Militär-Konzert.

Max Kliems Sommer-Theater.

Hasenheide 13-15. Artistiche Leitung: Paul Milbitz.

Täglich: **Gr. Konzert, Theater und Spezialitätenvorstellung**
Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: die beliebtesten Kinderfeste. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag.

Diez' Spezialitäten-Theater

Landsberger Allee 76/77, direkt Ringbahnstation.

Nur noch bis 30. August 1906.
16 Löwen mit noch nie gesehenen Tricks!
u. a.: Auftreten der englischen Tänzerin Miss Viola im Löwenkäfig.

4 neugeborene Löwen werden im Publikum herumgeführt!
Dazu das beste Programm Berlins!
Nur Sensations-Akte!

Avis! Dienstag, den 28. cr.: Taufe der 4 jungen Löwen.
Anfang 4 Uhr. — Entree 30 Pf. — Vorzugsk. gültig.

Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Im Theater: Täglich 8 Uhr:
Adele.

Sonntag nachm. 3 Uhr zu kleinen Preisen: **Adele.**
Im Sommergarten: Große Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 5 Uhr.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16.
Theater, Konzert, Spezialitäten.
Direktor Dill in Hörers Wilhelm.
Fredo Soyband, bester Verwandlungs-Charakter-Schauspieler.
Anfang 6 Uhr. Kaffeeküche von 3 Uhr.
Bei schlechtem Wetter: Vorstellung im Saale.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Täglich:
Berlins bestes August-Programm.
Paul Coradini Stoffen Bros
Marguerite Gilton Nois Troupe
Müller-Römer La Matschicho
Bros Cabanis, Merzi u. Rosori Hofer.

Kasino-Theater
Lothringenstr. 37. Täglich 8 Uhr
ab Sonnabend, den 1. Sept.
Eröffnungsvorstellung:
Alexander der Große
von Emil Thomas und Adolf Selling.

Schweizer Garten
Am Königsplatz — Am Friedrichshain.
Täglich:
Theater-Vorstellung, Spezialitäten u. Ball.
Berlin arm und reich.
Vollständ. mit Gesang in 2 Akten.
Der mysteriöse Wunder-Globus.
(Das Rätsel aller Rätsel).
Der Antypode auf lebender Erde.
Die 5 Jaksons, Akrobaten.
Clothilde u. Bertram.
Trio Schlaraffen.
Bodentags: Damentanz frei.
Anfang 5 Uhr. — Entree 30 Pf.

Folies Caprice.
Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße.
Dir. Felix Berg.
Premiere
Sonnabend, den 1. September
Vorverkauf bei Wertheim und an der Theaterkasse.

Prater-Theater
Kassanien-allee 7/9.
Zwischen Himmel u. Erde
Milardo, Humorist.
Borussia-Sextett.
Sandsportakt.
„Der grüne Teufel“
große Pantomime.
Konzert. Ball.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Samstags abend 8 Uhr.

Prater-Theater
Kassanien-allee 7/9.
Zwischen Himmel u. Erde
Milardo, Humorist.
Borussia-Sextett.
Sandsportakt.
„Der grüne Teufel“
große Pantomime.
Konzert. Ball.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Samstags abend 8 Uhr.

Prater-Theater
Kassanien-allee 7/9.
Zwischen Himmel u. Erde
Milardo, Humorist.
Borussia-Sextett.
Sandsportakt.
„Der grüne Teufel“
große Pantomime.
Konzert. Ball.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Samstags abend 8 Uhr.

Prater-Theater
Kassanien-allee 7/9.
Zwischen Himmel u. Erde
Milardo, Humorist.
Borussia-Sextett.
Sandsportakt.
„Der grüne Teufel“
große Pantomime.
Konzert. Ball.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Samstags abend 8 Uhr.

Prater-Theater
Kassanien-allee 7/9.
Zwischen Himmel u. Erde
Milardo, Humorist.
Borussia-Sextett.
Sandsportakt.
„Der grüne Teufel“
große Pantomime.
Konzert. Ball.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Samstags abend 8 Uhr.

Prater-Theater
Kassanien-allee 7/9.
Zwischen Himmel u. Erde
Milardo, Humorist.
Borussia-Sextett.
Sandsportakt.
„Der grüne Teufel“
große Pantomime.
Konzert. Ball.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Samstags abend 8 Uhr.

Prater-Theater
Kassanien-allee 7/9.
Zwischen Himmel u. Erde
Milardo, Humorist.
Borussia-Sextett.
Sandsportakt.
„Der grüne Teufel“
große Pantomime.
Konzert. Ball.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Samstags abend 8 Uhr.

Prater-Theater
Kassanien-allee 7/9.
Zwischen Himmel u. Erde
Milardo, Humorist.
Borussia-Sextett.
Sandsportakt.
„Der grüne Teufel“
große Pantomime.
Konzert. Ball.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Samstags abend 8 Uhr.

Prater-Theater
Kassanien-allee 7/9.
Zwischen Himmel u. Erde
Milardo, Humorist.
Borussia-Sextett.
Sandsportakt.
„Der grüne Teufel“
große Pantomime.
Konzert. Ball.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Samstags abend 8 Uhr.

Prater-Theater
Kassanien-allee 7/9.
Zwischen Himmel u. Erde
Milardo, Humorist.
Borussia-Sextett.
Sandsportakt.
„Der grüne Teufel“
große Pantomime.
Konzert. Ball.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Samstags abend 8 Uhr.

Prater-Theater
Kassanien-allee 7/9.
Zwischen Himmel u. Erde
Milardo, Humorist.
Borussia-Sextett.
Sandsportakt.
„Der grüne Teufel“
große Pantomime.
Konzert. Ball.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Samstags abend 8 Uhr.

Prater-Theater
Kassanien-allee 7/9.
Zwischen Himmel u. Erde
Milardo, Humorist.
Borussia-Sextett.
Sandsportakt.
„Der grüne Teufel“
große Pantomime.
Konzert. Ball.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Samstags abend 8 Uhr.

Charlottenburg! Freie Volksbühne.

Sonntag, den 2. September, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Schiller-Theater, Chausseestr. 25.

Zur Aufführung gelangt:
Die Ehre.

Schauspiel in 4 Akten von G. Sudermann.

NB. Gastkarten zu dieser Vorstellung a 0,75 M. sind bis zum 31. 8. in allen Spielstätten des Vereins zu haben. Auch werden dort bis zum Mittwoch, den 29. d. Mts., noch neue Mitglieder aufgenommen. [267/9] Der Vorstand.

Wintergarten
Großer Erfolg des Eröffnungs-Programms.
Robert Steidl, Humorist.
Das Entfesselt, engl. Ballettszene.
Paul Conchas, Kraftjongleur.
Bonhair Gregory, Akrobat-Truppe.
Campbell und Johnstone, komische Radfahrer.

Der Biograph.
Mia Werber, Sängerin.
Chung Ling Soe, chin. Zauberkinstl.
De Witt Burns und Torrance, amerikanische Exzentriks.
Die Pissutti, Reitakt.
Ferry Corwey, musikal. Clown.
Price u. Toledo, Kontorsionisten.
Anfang 8 Uhr.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger

Anfang Bodentags 8, Sonntags 7 Uhr.

Sanssouci. Kottbuser Sonntag, Montag, Donnerstag und Sonnabend:
Hoffmanns Nordd. Sänger und Tanztruppe.
Alte Liebe rostet nicht.
Außerdem: Durchweg neues Programm.
Entr. 30 Pf., nun 21 50 Pf.
Im Vorgart.: Freikonzert.

Kapitalisten
Bietet sich eine durchaus sichere Anlage durch den Erwerb einer hypothekarisch eingetragenen Forderung, die von einer Genossenschaft verpfändet wird. Zinsen 4 1/2 Proz., jährl. Rückzahlung 1000 M. Ungemeiner Rabatt wird bewilligt. Best. Anfragen an Danbe & Co. G. m. b. H., Köln, unter No. Tr. 75.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger

Anfang Bodentags 8, Sonntags 7 Uhr.

Sanssouci. Kottbuser Sonntag, Montag, Donnerstag und Sonnabend:
Hoffmanns Nordd. Sänger und Tanztruppe.
Alte Liebe rostet nicht.
Außerdem: Durchweg neues Programm.
Entr. 30 Pf., nun 21 50 Pf.
Im Vorgart.: Freikonzert.

Kapitalisten
Bietet sich eine durchaus sichere Anlage durch den Erwerb einer hypothekarisch eingetragenen Forderung, die von einer Genossenschaft verpfändet wird. Zinsen 4 1/2 Proz., jährl. Rückzahlung 1000 M. Ungemeiner Rabatt wird bewilligt. Best. Anfragen an Danbe & Co. G. m. b. H., Köln, unter No. Tr. 75.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger

Anfang Bodentags 8, Sonntags 7 Uhr.

Sanssouci. Kottbuser Sonntag, Montag, Donnerstag und Sonnabend:
Hoffmanns Nordd. Sänger und Tanztruppe.
Alte Liebe rostet nicht.
Außerdem: Durchweg neues Programm.
Entr. 30 Pf., nun 21 50 Pf.
Im Vorgart.: Freikonzert.

Kapitalisten
Bietet sich eine durchaus sichere Anlage durch den Erwerb einer hypothekarisch eingetragenen Forderung, die von einer Genossenschaft verpfändet wird. Zinsen 4 1/2 Proz., jährl. Rückzahlung 1000 M. Ungemeiner Rabatt wird bewilligt. Best. Anfragen an Danbe & Co. G. m. b. H., Köln, unter No. Tr. 75.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger

Anfang Bodentags 8, Sonntags 7 Uhr.

Sanssouci. Kottbuser Sonntag, Montag, Donnerstag und Sonnabend:
Hoffmanns Nordd. Sänger und Tanztruppe.
Alte Liebe rostet nicht.
Außerdem: Durchweg neues Programm.
Entr. 30 Pf., nun 21 50 Pf.
Im Vorgart.: Freikonzert.

Kapitalisten
Bietet sich eine durchaus sichere Anlage durch den Erwerb einer hypothekarisch eingetragenen Forderung, die von einer Genossenschaft verpfändet wird. Zinsen 4 1/2 Proz., jährl. Rückzahlung 1000 M. Ungemeiner Rabatt wird bewilligt. Best. Anfragen an Danbe & Co. G. m. b. H., Köln, unter No. Tr. 75.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger

Anfang Bodentags 8, Sonntags 7 Uhr.

Sanssouci. Kottbuser Sonntag, Montag, Donnerstag und Sonnabend:
Hoffmanns Nordd. Sänger und Tanztruppe.
Alte Liebe rostet nicht.
Außerdem: Durchweg neues Programm.
Entr. 30 Pf., nun 21 50 Pf.
Im Vorgart.: Freikonzert.

Kapitalisten
Bietet sich eine durchaus sichere Anlage durch den Erwerb einer hypothekarisch eingetragenen Forderung, die von einer Genossenschaft verpfändet wird. Zinsen 4 1/2 Proz., jährl. Rückzahlung 1000 M. Ungemeiner Rabatt wird bewilligt. Best. Anfragen an Danbe & Co. G. m. b. H., Köln, unter No. Tr. 75.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger

Anfang Bodentags 8, Sonntags 7 Uhr.

Sanssouci. Kottbuser Sonntag, Montag, Donnerstag und Sonnabend:
Hoffmanns Nordd. Sänger und Tanztruppe.
Alte Liebe rostet nicht.
Außerdem: Durchweg neues Programm.
Entr. 30 Pf., nun 21 50 Pf.
Im Vorgart.: Freikonzert.

Partei-Angelegenheiten.

Adlerhof. Heute Dienstag, 6 1/2 Uhr, findet im Lokale des Herrn Wehner, Bismarckstr. 90, eine öffentliche Versammlung statt mit der Tagesordnung: Austritt aus der Landesfraktion. Referent Genosse Störmer. Da gegen die Kirchensteuererhöhung Protest erhoben werden soll, ist es Pflicht eines jeden Genossen, zu dieser Versammlung zu erscheinen. Nicht regen Besuch erwartet. Das Komitee.

Vorsitzwalde. Der Diskutierabend findet heute bei Neuter statt. Vortrag des Genossen Raspski: Der moderne Staat und die Arbeiterklasse.

Berliner Nachrichten.

Die städtischen Volksbibliotheken und Lesehallen

Befinden sich jetzt im Stadium ruhiger Weiterentwicklung. Der äußere Erfolg, der sich in den Benutzungsziffern ausdrückt, ist heute naturgemäß nicht mehr so im Wachsen, wie damals in den ersten Jahren nach Beginn jener Reformen, durch die die städtischen Volksbibliotheken aus ihrer jahrzehntelangen Stagnation herausgeführt wurden. Im Etatsjahr 1905, über das jetzt das Bibliotheksdirektorium seinen Bericht erstattet, wurden von den 28 Volksbibliotheken 1 344 079 Bände ausgeliehen. Das sind nur 34 240 Bände mehr als im Jahre 1904, aber 881 331 Bände mehr als im Jahre 1895 (wo übrigens erst 27 Volksbibliotheken bestanden). In den letzten zehn Jahren hat die Zahl der ausgeliehenen Bände sich nahezu verdreifacht; in 1895 waren nur 462 748 Bände ausgeliehen worden. Allerdings hat seitdem auch die Zahl der vorhandenen Bände sich stark vermehrt, aber vorläufig ist hier noch nicht mal eine Verdoppelung erreicht worden. Ende März 1896 waren 95 763 Bände vorhanden gewesen, Ende März 1906 waren 167 787 Bände vorhanden. In Bibliotheken gibt eben nicht die Quantität, sondern die Qualität den Ausschlag. Die städtischen Volksbibliotheken haben die Steigerung ihrer Benutzungsziffern größtenteils dadurch herbeigeführt, daß sie sich mit einem ganz anderen, besseren Lesematerial als früher ausrüsteten. In manchen der Abteilungen wissenschaftlicher Lektüre (Geschichte, Geographie, Naturwissenschaften, Technik und Gewerbe, Kunstgeschichte, Staats- und Rechtswissenschaft usw.) ist die Zahl der ausgeliehenen Bände nicht bloß auf das Dreifache, sondern auf das Vierfache, Fünffache, ja Sechsfache gestiegen, während in den Abteilungen der vorwiegend unterhaltenden Lektüre die Benutzung weniger stark zugenommen hat. Im übrigen aber ist auch das den Volksbibliotheken sehr zugute gekommen, daß die Benutzungsmöglichkeit immer mehr erleichtert worden ist. Bibliotheken, die jetzt täglich geöffnet sind, zeigen meist eine Erhöhung der Ausleiheziffer auf das Fünffache, Sechsfache, ja nahezu Zehnfache der Ziffer von 1895, während bei der Mehrzahl derjenigen Bibliotheken, die noch nach altem schlechtem Brauch in jeder Woche nur dreimal auf ein paar Stunden ihre Porten öffnen, die Zunahme nicht groß ist. Ueber die Lesehallen, deren Zahl schon seit mehreren Jahren auf elf stehen geblieben ist, läßt sich diesmal nicht viel Neues berichten. Die Gesamtziffer des Besuches ist auch hier immer noch im Steigen. Im letzten Jahre stellte sie sich auf 141 446, das sind noch 9579 Besucher mehr als im vorletzten. Einzelne Lesehallen haben freilich eine kleine Abnahme zu verzeichnen gehabt, in anderen aber war die Zunahme desto größer. Die größte Zunahme gegenüber dem Vorjahre — von 29 738 Besuchern auf 39 424 — entfällt auf die erste Lesehalle (Möhrenstraße), die von ihrer Verlegung in bessere Räume erst jetzt recht profitiert.

In den Waldheilungshäusern vom Roten Kreuz

wächst in den Reihen der dort untergebrachten Patienten die Unzufriedenheit und Mißstimmung. Die bisherige Bereitwilligkeit vieler Insassen dieser Heilungshäuser, um des lieben Friedens willen manchen Unbehagen zu ertragen und lieber mal fünf gerade sein zu lassen, scheint im Schwanken zu sein.

Ueber die Zustände, die in der Heilungsstätte „Jungfernhöhe“ herrschen und zu einem Protest dortiger Patienten geführt haben, berichteten wir in voriger Woche. Unsere Schilderung hat anderswo sofort ein Echo gefunden. Aus der Heilungsstätte „Eichlampe“ sind Zuschriften an uns gelangt, die uns darauf aufmerksam machen, daß hier die Zustände in manchem sehr denen der Heilungsstätte „Jungfernhöhe“ ähneln und gleichfalls schon seit langem den Kranken Verdruss bereiten. Nun können wir den Insassen von „Eichlampe“ die Versicherung geben, daß hier die Einrichtungen bei weitem nicht so dürftig sind wie in „Jungfernhöhe“. Aber unzulänglich und mangelhaft ist auch in „Eichlampe“ leider noch vieles. Wenn hier zum Beispiel für 200 Patienten nur sechs Waschbecken mit sechs Handlächern bereit gehalten werden, wenn hier eine offene Halle von nur etwa 200 Quadratmeter Flächenraum zur Verfügung steht, unter der diese 200 Patienten manchmal ganze Regentage hindurch in qualvoller Enge zubringen müssen, so wird das vielleicht bei den Insassen von „Jungfernhöhe“, denen trotz gleich hoher Belegungsziffer noch nicht mal soviel gewährt wird, noch Leid erregen. Indes, Staat machen kann das Rote Kreuz auch mit „Eichlampe“, der so oft als „musterhaft“ gepriesenen Heilungsstätte, wahrhaftig nicht!

Wir wollen es uns versagen, heute noch einmal auf diese Mängel näher einzugehen. Auch einige andere Beschwerden, wie z. B. die Klage über den am Rande der Heilungsstätte „Eichlampe“ vorüberführenden Reitweg, der den lungenleidenden Patienten manche Staubwolke sendet, sollen unerörtert bleiben — desgleichen auch die von Patienten aufgeworfene Frage, ob und eventuell wie die Wolldecken gereinigt werden, die den Kranken zur Verfügung gestellt werden und im Laufe eines Sommers durch viele Hände gehen. Mehr noch als diese Dinge sind Insassen von „Eichlampe“ in jüngster Zeit durch einen ganz besonderen Umstand veranlaßt worden, die Hilfe des „Vorwärts“ anzurufen und uns um eine öffentliche Besprechung zu bitten. In „Jungfernhöhe“ war das Maß zum Ueberlaufen gekommen, als von Patienten im Mittagessen Maden gefunden wurden. In „Eichlampe“ ist den Patienten die Geduld gerissen, weil der Vorstand vom Roten Kreuz sie in ihrer Bewegungsfreiheit beschränken will. Vor einigen Tagen sind sie plötzlich durch folgende Bekanntmachung überrascht worden: „Das Verlassen der Anstalt ist nur gestattet zwischen 11 bis 12 Uhr vormittags und nachmittags 4 bis 5 Uhr. Es sind den Patienten für diese Zeit zu Spaziergängen die Zagen 79, 80, 81, 82, 83 erlaubt. Zuwiderhandelnde können sofort aus der Anstalt entlassen werden. Der Vorstand.“

Wisher hatten die Patienten sich zu beliebiger Zeit und beliebig weit entfernen dürfen. Die sechs Zagen, auf die sie jetzt beschränkt werden sollen, bilden zusammen ein Rechteck, das man der Länge und Breite nach in 20 und 15 Minuten abfahren kann. Sie umschließen ein Gebiet, das fast zu den reizlosesten Partien des

Grunewaldes gehört. Schon deshalb bereite die Verfügung den Patienten schweren Verdruss. Im übrigen haben sie in ihr eine Beschränkung ihrer Bewegungsfreiheit, die wie eine Schlinge wirken mußte. Man fragte die Schwester nach den Gründen dieser Maßregel, die in der Tat nicht geeignet ist, den Patienten den Aufenthalt da draußen behaglich zu machen und so den Heilerfolg zu fördern. Die Antwort der Schwester rief eine starke Erregung hervor, die auch den Gleichgültigsten aufrüttelte. Es sollen Beschwerden eingelaufen sein, daß Insassen der Heilungsstätte andere Besucher des Grunewaldes belästigt hätten! Was für Besucher mögen das gewesen sein, die sich „belästigt“ gefühlt und sich beklagt haben? Und von wem ist die Maßregel, die hiernach schon mehr als Maßregelung anzusehen wäre, über die Heilungsstätte verhängt worden? Prof. Kuttner, Mitglied des Vorstandes vom Roten Kreuz, hat in einer Unterredung mit zwei Patienten erklärt, vom Roten Kreuz sei das Verbot nicht ausgegangen. Die Patienten zerbrechen sich jetzt darüber den Kopf, wem wohl da draußen im Grunewald die Arbeiter im Wege sein können.

Einstweilen hat eine große Zahl Patienten beschlossen, das Verbot unbeachtet zu lassen. Koch an demselben Tage wurde der erste Versuch gemacht; gleich nach dem Mittagessen zogen etwa 70 Personen gemeinsam in den Wald hinaus. Sie wollten nun abwarten, ob man sie allesamt entlassen wird.

Neue Straßennamen. Der Plan Nr. 1 an der Behmstraße auf dem Gesundbrunnen hat den Namen „Kalkplatz“ erhalten. Der die Köpenickerstraße und Mühlentstraße verbindende Straßenzug hat den Namen „Brommystraße“ und die Brücke im Zuge dieser Straße den Namen „Brommybrücke“ bekommen. Ferner erhielten die Straße 30 im Noabitt den Namen „Solingerstraße“, die Straße 20a an der Jungfernhöhe den Namen „Afrikanische Straße“, die Straße 14 daselbst: „Lütticherstraße“, die Straße 16 an der Seestraße den Namen: „Antwerpenerstraße“, die folgende Nr. 17 den Namen: „Genterstraße“, die Straße 18a an der Müllerstraße den Namen: „Brüsselerstraße“, die Straße 60b an der Schulstraße den Namen: „Martin-Dupuystraße“, die Straße 64a an der Reinholdsdorferstraße den Namen: „Gottlicherstraße“, die Straße 58b an der Vahlfstraße den Namen: „Bastianstraße“, die Straße 11a an der Vornholmerstraße den Namen: „Garnitauerstraße“ und der südliche Teil der Malinberstraße den Namen: „Piaderstraße“.

Ein gewaltiger Sturm

brauste in der Nacht vom Sonntag über Berlin und die Nachbarorte hinweg und hat an zahlreichen Stellen arge Verwüstungen angerichtet und erhebliche Schäden verursacht. Von besonders verheerender Wirkung war ein orkanartiger Windstoss, der kurz nach Mitternacht dahinsog. Im Inneren der Stadt wurden viele Hunderte von Fensterscheiben, darunter auch mächtige Spiegelscheiben, zertrümmert. Von den Dächern wurden Ziegel auf die Straßen geschleudert und die Passanten dadurch in große Gefahr gebracht. In den Parkanlagen verursachte der Sturm stellenweise erheblichen Windbruch. Die Fußwege waren in einzelnen Stellen durch abgebrochene Äste fast überflutet. Auch im Telegraphenbetriebe hat sich das Unwetter unangenehm bemerkbar gemacht. Besonders wurden Leitungen in den Vororten zerstört und so mußte beispielsweise der Fernsprechtzweig im Tempelhofer Amt stückweise eingestellt werden. In den Foresten der Umgebung hat der Orkan ebenfalls arg gehaust. In freiliegenden Stellen wurden zahlreiche Bäume zum Teil auch Baumriesen entwurzelt oder geknickt. Das prächtige Obst wurde durch den Sturm von den Ästen heruntergeweht. Auf den Gewässern wurden durch den Orkan, der noch am Sonntag heftig tobte, wieder eine Reihe von Bootsunfällen hervorgerufen. So kenterte auf dem Müggelsee unweit Rahmsdorf und auf der Havel in der Nähe von Pichelsdorf ein Ruder- und ein Segelboot, doch gelang es glücklicherweise, die verunglückten Insassen den Wellen zu entreißen.

Eröffnung des neuen Fernsprechamtes 7. Die Eröffnung des neuen Fernsprechamtes 7 in der Blankenfelderstraße findet am Dienstag, den 4. September, statt. Das neue Amt tritt an Stelle der bisherigen Kemter 7 und 7a. Es wird das dritte Fernsprechamt sein, das nach dem Berliner System ohne Kurbel und Batterie bei dem Teilnehmer eingerichtet wird, nachdem die Kemter Charlottenburg und Amt 6 vorausgegangen sind. Das Amt wird dann von seinen Teilnehmern nur durch Abnehmen des Hörers gerufen. Einer Kurbelbedienung bedarf es nicht mehr. Das andere Amt und der Anschluß wird vom künftigen Amt 7 gerufen. Aus betriebs-technischen Gründen läßt es sich bei diesem Amt nicht vermeiden, daß eine beschränkte Zahl von Teilnehmern mit der Eröffnung des Amtes andere Anschlußnummern erhält. Bei diesen Anschlüssen sind in der jetzigen Ausgabe des Teilnehmerverzeichnis zwei Nummern übereinander angegeben, die durch einen Strich getrennt sind. Vom 4. September an gilt die untenstehende Nummer. Der Zahl der Anschlüsse nach wird das neue Amt 7 das fünfte der Kemter von Berlin selbst sein. Es wird mit etwa 100 000 Anschlüssen eröffnet werden. Nach der letzten (auch von uns noch nicht veröffentlichten) Aufnahme vom 1. August d. J. zählt das jetzige vereinigte Amt 6 als größtes 18 290 Anschlüsse; es folgt Amt 4 mit 14 274, dann Amt 1 mit 14 163 und Amt 3 mit 11 058 Anschlüssen, stets Haupt- und Nebenanschlüsse zusammengerechnet. Das jetzige Amt 7 hat 8158, 7a 2949 Anschlüsse nach dem Stande vom 1. August, was zusammen 11 107 ergibt. Die beiden Kemter haben zusammen 7071 Haupt- und 4099 Nebenanschlüsse.

Ein Denkmal der Stadt Berlin zur Erinnerung an die Schlacht von Großbeeren wurde am Sonntag unter den üblichen Formalitäten eingeweiht.

Verkehrsbeschränkungen. Aus Anlaß der am 30. d. M. mittags 12 Uhr im Zeughaus stattfindenden Johannagelung und Weihe und des Salustiehs im Lustgarten werden etwa von 10 1/2 Uhr vormittags ab bis nach Beendigung der Feier — gegen 2 Uhr — der Lustgarten, die Schloßfreiheit, die Kaiser Wilhelm- und Schloßbrücke sowie die Plätze am Opern- und Zeughaus für Fuhrwerke, Reiter und Fußgänger nach Bedarf gesperrt werden.

Die Däberstraße an der Frankfurter Allee bis zum Valtensplatz wird behufs Umflasterung vom 8. u. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Raubdieb.

Ein Raubdiebstahl wurde Sonntag abend von Berliner Automobilisten in Französisch-Buchholz verübt. Vor dem Globischen Lokale wollte der 24 Jahre alte Arbeiter Heinrich Kögeler aus Berlin sein Fahrrad besteigen. Der Aufstieg ging aber nicht glücklich von statten, so daß der Fahrer zu Boden stürzte. In diesem Augenblick kam ein Auto aus Berlin in schnellster Fahrt daher. Bekannte des gestürzten Radfahrers ließen dem Automobil entgegen und riefen dem Fahrer zu: „Halt! Dort liegt jemand auf dem Damme!“ Der Chauffeur aber rief die diebisch rohe Devise aus: „Was liegt wie überfahren!“ und fuhr mit unermindeter Geschwindigkeit über den unglücklichen Radfahrer hinweg, denselben etwa 20 Meter weit mit sich schleifend. Der Automobilist suchte nun mit den Insassen des Wagens zu entkommen, doch einem zweiten Radfahrer gelang es, den Kraftwagen bei einer Straßeneigung vor Schönaustraße einzuholen. Jetzt verdeckten die roten Laternen die Nummer ihres Wagens und bedrohten den Radfahrer. Dieser konnte sie dauernd nicht verfolgen, glaubt jedoch gesehen zu haben, daß der Wagen die Nummer 8087 trug. Dem überfahrenen Arbeiter Kögeler gab der Arzt Dr. Graebe die erste Hilfe. Er hat sehr schwere äußere und innere Verletzungen davongetragen, so daß Lebensgefahr vorhanden

ist. Das linke Ohr ist ihm glatt vom Kopfe gerissen. A. wurde schließlich dem Auguste Viktoria-Krankenhaus in Weißensee zugeführt.

Ein durch ein Automobil herabgerollener Unfall ereignete sich am Sonntagmittag unter den Linden. Mittags um 1 1/2 Uhr fuhr ein von einem Oberleutnant in Zivil gesteuertes Automobil, in welchem sich noch zwei Personen befanden, auf der Lindenstraße von der Schadowstraße kommend, beim Einbiegen nach der Wilhelmstraße den Unter den Linden und Wilhelmstraße Posten stehenden Schuttmann mit derartiger Gewalt an, daß derselbe 1 Meter hoch in die Luft geschleudert wurde. Der Schuttmann zog sich Verletzungen im Gesicht zu. Seine Uniform wurde zerrissen und er mußte von einem Kollegen in einer Droschke fortgebracht werden. Es war zurzeit absolut kein hindernder Verkehr; der Schuttmann stand ruhig auf seinem Posten in der Mitte der breiten Straße.

Todessturz aus dem Fenster. Auf furchtbare Weise hat sich gestern die 16 jährige J. in der Mehrstr. 9 das Leben genommen. Das junge Mädchen hatte nachmittags mit seinem in demselben Hause wohnenden Arbeitgeber angeblich Streit gehabt und war dann in großer Erregung nach seinem in der vierten Etage belegenen Zimmer hinausgeeilt. Bald darauf wurde die Nachbarschaft durch einen erschütternden Schrei aufgeschreckt und im nächsten Augenblick stürzte die Unglückliche auf den Hof hinab und blieb mit zerschmetterten Gliedern liegen. Der Tod trat auf der Stelle ein. Die Leiche des jungen Mädchens, das in der Nachbarschaft allgemein beliebt war, wurde polizeilich beschlagnahmt.

Eine Fahrt auf Leben und Tod hatte gestern die Familie des hiesigen Fabrikbesizers Hein zu bestehen. H. hatte mit Frau und Kindern in seinem Fuhrwerk eine Ausfahrt nach Köpenick unternommen. Auf der Köpenicker Chaussee zwischen Rieder-Schöneweide und Spindlersfelde wurden die Pferde durch das Tuten eines vorüberfahrenden Automobils plötzlich scheu und gingen durch. In wilder Karriere rasteten die Tiere die Chaussee entlang und das leichte Gefährt wurde fortwährend hin- und hergeschleudert und drohte jeden Augenblick an einem Baum zu zerfallen. Der Wagen wurde schließlich mit solcher Gewalt gegen einen Weichstein geschleudert, daß er vollständig in Trümmer ging. Die Insassen und der Kutscher wurden auf die Chaussee geworfen. Der letztere mußte schwer verletzt und in bewußtlosem Zustande in das Kreiskrankenhaus eingeliefert werden. H. hatte ebenso wie seine Angehörigen bei dem Sturze äußere Verletzungen erlitten.

Beim Auffpringen auf einen fahrenden Straßenbahnwagen schwer verletzt wurde Sonntag abend gegen 9 Uhr der Kaufmann Czerebichy aus der Elbingerstr. 77. C. versuchte am Wilhelmshof in Charlottenburg den Vorderperren des Anhängewagens eines in der Fahrt befindlichen Straßenbahnzuges der Linie R zu besteigen, glitt vom dem Trittbrett ab und kam neben dem Wagen zu liegen. Der Kaufmann erlitt eine starke Quetschung aller Gelenke des linken Fußes, einen Knöchelbruch, sowie allen Anschein nach Bruch des linken Handgelenkes. Der Verunglückte wurde mittels Droschke nach dem Krankenhaus Westend übergeführt.

Der Freund der Klassiker. In der vorletzten Nacht verübte der 23jährige Schreiber Reinhold Schulz in einem Barenhaus, Ecke Büdler- und Brangelstraße, einen Einbruch. Schulz hatte erst am Sonnabend nach Verbüßung einer zweijährigen Strafe das Gefängnis verlassen. Der Portier des Hauses hörte früh 6 Uhr ein Geräusch im Keller und holte einen Schuttmann. Im Keller fanden sie dann einen jungen Mann, der verschiedene Paete bei sich hatte. Bei der Auswahl seiner Beute hatte er große Sachkenntnis bewiesen. Zuerst erbrach er die Registrierkassette und eignete sich 50 M. Wechselgeld an. Dann vertauschte er seine Stiefel mit dem besten Paar, das er vorfand. Die feinsten Taschennester, die das Geschäft aufwies, ein Paket Schokolade, Honigluchen, Seife und anderes packte er sorgfältig zusammen. Dann unterzog er die Werke der klassischen Dichter einer eingehenden Prüfung und wählte für sich je zwei Bände von Schiller und Goethe sowie Heines Buch der Lieber aus. Da es mittlerweile hell geworden war, nahm er nicht den Weg durchs Fenster, den er gekommen war, sondern erbrach die Kellertür, um sich einweilen verdeckt zu halten. Als er nach seiner Festnahme gefragt wurde, warum er gerade diese klassischen Werke mitgenommen habe, erklärte er, die übrigen Bände der Dichter kenne er schon genügend.

Vermißt und zu rekonstruieren. Der Arbeiter Johannes Kottke, 20 Jahre alt, hat sich am 14. Juli 1906 aus seiner Wohnung, Marzluft, 63, entfernt und ist nicht wieder zurückgekehrt. Die Gründe seines Verschwindens sind nicht bekannt. Der Vermißte ist 1,70 Meter groß, hat dunkelblondes krauses Haar, blaue Augen, hohe Stirn, gute Zähne, Anflug von Schnurbart, längliches gebräuntes Gesicht, kräftige Gestalt und war bekleidet mit Strohhut, dunkelbraunem Gehrock, schwarz- und weiß-farbierten Weste, hohen Schnürstiefeln und schwarz- und rot-farbierten Strümpfen. Zweckdienliche Angaben zur Sache werden in jedem Polizeirevier oder im Polizeipräsidium, Zimmer 334, zu J.-Nr. 6648 IV/21. 08 entgegengenommen.

Vermißt wird seit dem 13. d. M. der Fuhrer Justus Wolter, 46 Jahre alt. Bekleidet war derselbe mit grauer Hose, dunkelgrauer Sommerjoppe, hohen Schnallenstiefeln und modfarbigem Strohhut mit braunem Bande. Wer über den Verbleib desselben Auskunft geben kann, wird gebeten, dieselbe an Frau Wolter, Berlin N., Tegelerstr. 31 IV, gelangen zu lassen.

Am 21. August d. J. wurde aus dem Ladekanal des Urbanhafens die Leiche eines unbekanntem, anscheinend dem Arbeiterstande angehörigen Mannes gelandet, welcher etwa 35—40 Jahre alt gewesen ist. Er war von kräftiger Gestalt, 1,72 Meter groß, hatte schwarzes volles Haar, schwarzen Schnurbart, kleine Nase, rundes volles Gesicht, trug braunes Jackett, schwarze Hose, karierte Weste, graues Hemd, ein Paar schwarze Strümpfe und schwarze Schnallenstiefel. Selbstmord ist mit Sicherheit anzunehmen; die Leiche befindet sich im Schauhause, an dessen Verwaltung sich Rekonstruierern wenden mögen. J.-Nr. 6333 IV/41. 06.

Schwere Brandwunden haben sich Sonntag abend zwei Personen in dem Weinstaurant „Traube“ in der Leipzigerstraße zugezogen. In der Küche wollte der 23jährige Hausdiener Paul A. einen großen Kessel, der mit kochendem Wasser gefüllt war, vom Herd herunterheben, rutschte jedoch dabei aus und die siedende Flüssigkeit ergoß sich über seinen Unterkörper hinweg. Auch der 20jährige Koch Georg Müller, Französischestr. 17 wohnhaft, der dicht daneben stand, wurde an den Unterschenkeln und am rechten Arm stark verbrüht. Die beiden jungen Leute wurden nach der Unfallstation in der Kronenstraße gebracht und erhielten dort die ersten Notverbände.

Radrennen zu Treptow. Schulze-Zehlendorf Sieger vor Demke und dem Weltmeister Darragon, das war das Ergebnis des „Großen Preises von Treptow“, einem Dauerrennen über 50 Kilometer. Trotz der guten Besetzung mit zwei erstklassigen Fahrern war der Verlauf des Rennens keineswegs spannend und Schulze errang einen mühelosen Sieg. Demke, der zu Beginn die Führung hatte, konnte schon bis zum 10. Kilometer dem Franzosen zwei Runden und Schulze eine Runde nehmen. Während Darragon so allmählich ins Hintertreffen kam und für die Folge gar keine Rolle mehr spielte, holte Schulze schließlich auf und war beim 30. Kilometer nur noch 90 Meter hinter Demke. Dieser wechselte seine Führung und hierdurch gewann Schulze immer mehr Vorsprung, bis es ihm in der 71. Runde gelang, an Demke vorbeizugehen. Damit ist der Höhepunkt des Rennens erreicht und der Rest verläuft ohne spannende Momente. In ruhiger Fahrweise beendet Schulze das Rennen in 42 Minuten 20 1/2 Sek., Demke folgt mit 1030 Meter und Darragon mit 8080

Meter Abstand als Zweiter und Dritter. Reicher Beifall lohnte den jugendlichen Sieger. — Kaum war das Rennen zu Ende gefahren, als ein heftiger Regen einsetzte und zu längerer Pause zwang. Nachdem die Bahn etwas abgetrocknet war, konnten die fliegereimten beendet werden und waren die gebotenen Leistungen sehr gute. Durchweg gab es spannende Endläufe. Das Hauptfahren für Klasse I und II gewann Kabe nach hartem Kampf gegen Genz und Stabe. — Im Prämiensahren der Klasse III siegte Pawke gegen Commons, Baumann und Krüger, die weit zurückblieben. — Das Tandemrennen wurde eine Beute für Kabe-Kelbel, hart bedrängt von Hansen-Vogt und Stabe-Mädiger. — Aufregend war der Verlauf des Rotorrennens über 10 Kilometer, das Geppert in 7 Minuten 43 1/2 Sekunden vor Eckardt, 90 Meter, und Biewerall, 814 Meter, gewann. Unter wechselnder Führung der drei Teilnehmer, oft Rad an Rad liegend, behielt Geppert die Spitze und überunderte Biewerall im letzten Augenblick. — Sämtliche Rennen verliefen ohne jeden Unfall. Der Besuch war trotz des zweifelhaften Wetters ein sehr guter.

Orgelkonzert. Mittwoch, den 29. August, abends 7 1/2 Uhr, veranstaltet der Igl. Musikdirektor Bernh. Jergang in der St. Marienkirche das nächste Orgelkonzert unter Mitwirkung von Frau Charlotte Kimpel (Sopran), Fel. Julia Michaels (Alt), Herrn D. Weisendorfer (Bariton) und Herrn Willm. Grabert (Violine). Orgelkompositionen von Bach, Reubhoff (Phantasie) und Dahms. Der Eintritt ist frei.

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht kam gegen 12 Uhr am Grünen Weg 83 in einer Wohnung Feuer aus, wobei mehrere Personen Brandwunden erlitten, die von Samaritern der Wehr verbunden wurden. In der Pringestr. 47 brannte gestern eine Schneiderwerkstatt und in der Pringestr. 71 eine Partise usw. Zwei Schornsteinbrände wurden aus der Panst. 51 und vom Mühlen-damm 3 an der Schläuse gemeldet. Pechkohlenbrände beschäftigten die Wehr in der Weinmeisterstr. 6, Königgräberstraße und anderen Stellen. Ein Wohnungsbrand mußte Reichstr. 4 gelöscht werden. Grober Unfug lag einer Feuermeldung zugrunde, die die Wehr nachts um 2 Uhr nach dem Arnswalderplatz, nahe Weissensee alarmierte.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Arbeiter, Parteigenossen von Rixdorf!

Die Wählerlisten für die im Herbst stattfindenden Stadtverordnetenwahlen liegen nur noch bis zum 30. August aus und zwar in dem Geschäftsgebäude Harstr. 5/6 III in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags. Wer bisher sich noch nicht vergewissert hat, daß er in die Wählerliste eingetragen ist, hole dies schleunigst nach. Wer nicht in der Liste steht, darf am Tage der Wahl sein Wahlrecht nicht ausüben. Parteigenossen! Das Wahlrecht zur Gemeinde ist ohnehin ein sehr minimales; sorgt dafür, daß nicht auch noch durch Nachlässigkeit und Stimmen verloren gehen.

Sehe jeder die Wählerlisten ein!

Charlottenburg.

Die Charlottenburger Wehr hatte am Sonntag nachmittag um 4 Uhr einen größeren Brand in der Frankfurterstraße zu löschen. Dort stand ein Neubau in Flammen, die angeblich in einer Baubude entstanden sein sollen. Es gelang durch kräftiges Wassergeben den Brand bald zu löschen. Die Berliner Feuerwehr, die mit einem Zuge zur Stelle war, konnte bald wieder abrücken.

Weissensee.

Die Liste Nr. 12011 zum Parteitag ist angeblich in der Tischlerei von Geißler, Weissensee, Langhansstr. 100, verloren gegangen. Sollte dieselbe irgendwie auftauchen oder vorgelegt werden zum zeichnen, so ist selbige anzuhalten und Mitteilung davon zu machen an S. Levy, Weissensee, Lothringenstr. 14.

Steglitz.

Ein gefährlicher Schurke hat am Sonnabendnachmittag der Oberrealschule in der Eichenstraße in Steglitz einen recht lobenswerten Besuch abgestattet. Während der Pause hatte sich der Bursche auf dem Schulhof unter die Schüler gemischt, und als sich die letzteren wieder in den Klassenräume befanden, kletterte er durch das Fenster in den Ankleideraum der höheren Klassen. Dort erbaute er fast sämtliche Mäntel. Zur Beute fielen dem Diebe etwa zehn Taschenuhren und zicla 350 M. bares Geld. Die Polizei ist dem dreifachen Spitzhaken bereits auf der Spur.

Groß-Lichterfelde.

Alle diejenigen Genossen, welche noch im Besitze von Sammel-listen für die ausgesperrten Buchbinder, Lithographen und Stein-drucker sind, werden hiermit aufgefordert, dieselben sobald als möglich beim Obmann des Gewerkschaftsrates, Genossen Emil Pizeg, Groß-Lichterfelde (Df), Bahnhofstraße 31, II abzuliefern.

Spandau.

Mit der gefährlichen Existenz bis ins hohe Alter haben die Spandauer Werkstättenarbeiter in letzter Zeit trübe Erfahrungen gemacht. Noch ist die Maßregelung des Vorstandes des Vereins der ungelerten Arbeiter und Arbeiterinnen in Erinnerung, die beklammert erfolgte, weil sich der Verein erlaubte, gegen die hohen Fleischpreise Stellung zu nehmen und weil in dieser öffentlichen Versammlung auch Sozialdemokraten in der Diskussion sprachen. Das genannte Verein nichts weniger als sozialdemokratische Tendenzen hegt, bewies in jener Versammlung der Hinweis des Leiters, daß Politik und Religion vollständig von der Diskussion fernzuhalten seien. Trotzdem hat die Direktion dem Vorstande gesündigt, hat Leute außer Brot und Lohn gesetzt, die ihre Lebenszeit im Staatsdienste zugebracht haben. Interessant ist nun zu erfahren, daß Leute, die sich beschwerdeführend über ungeschickte Entlassung an die Direktion der Pulverfabrik wandten und unter Betonung ihrer Nützlichkeit zur Sozialdemokratie um ihre Wiedereinstellung baten, abgewiesen wurden. So wurde dem zweiten Vorsitzenden, der in seinem Gesuch an die Direktion der Pulverfabrik darauf verwies, daß er seit 1890 in der Fabrik, darunter zwölf Jahre im Säurebetriebe gearbeitet und dabei seine Gesundheit geopfert habe und zugleich entweder um seine Wiedereinstellung oder aber um eine einmalige Unterstüßung von 1000 M. bat, folgender Bescheid:

An den Arbeiter R. R.

Hier.

Zur Zeit Ihrer Kündigung sind Sie gesund und arbeitsfähig gewesen; auch ist durch das Krankenbuch festgestellt, daß soweit die Ermittlungen zurückreichen, das ist seit dem 1. 9. keine Erkrankung Ihrerseits vorgelegen hat, die in irgend einer Weise auf schädliche Einflüsse des Betriebes zurückgeführt werden könnte. Ihren Ansprüchen auf eine Entschädigung kann daher nicht nähergetreten werden.

J. A.
D. Roehl.

Dieses Schreiben zeugt sicher von ganz eigenartigen Folgerungen — weil der betreffende Arbeiter — laut Ausweis des Krankenbuchs — seit 1899 schädlichen Einflüssen des Betriebes noch nicht unterlegen ist, deshalb hält man seine Ansprüche für unberechtigt. Wer will behaupten, daß der Körper eines zwölf Jahre in einem Säurebetriebe arbeitenden Menschen nicht schon dem Maße von schädlichen Stoffen durchsucht ist, daß ihn die geringsten Anfälle auf lange Zeit aufs Krankenlager bringen können und ihm die Möglichkeit, eine andere gleichlohnende Beschäftigung zu suchen, vollständig

genommen wird? Daß der Körper eines Menschen, der seine Kräfte 16 Jahre in einem Betriebe gelassen hat, ziemlich verbraucht ist, wird doch die Direktion der Pulverfabrik nicht bestreiten wollen.

In einem Schreiben an die königl. Feldzeugmeisterei Berlin beklundet der Enklasse abermals seine lange und tüchtige Dienstzeit, ja noch mehr — seine patriotische Gesinnung — und bittet, ihn entweder wieder einzustellen, oder aber eine einmalige Entschädigungsumme zu überweisen. Auch von hier erhielt er einen ablehnenden Bescheid mit dem Hinweis, daß es mit den Anordnungen der Direktion der Pulverfabrik kein Bewenden haben müsse, und ein Rechtsanspruch auf Unterstüßung nicht bestehe.

Daß es die Direktion mit einem windelweichen Arbeiter zu tun hatte, bewies das nochmalige Anfragen des Arbeiters beim Direktor, ihn doch wieder einzustellen — indes ohne Erfolg. Man vermutet, daß dieser Arbeiter das Opfer einer falschen und niederträchtigen Demagogie irgend eines Reichsverbändlers oder einer anderen Staatsstüge geworden ist; daß hier ein falscher Griff gemacht worden ist, dürfte aus dem Geschilderten klar hervorgehen. Diese Maßregel gegen Arbeiter, die nichts weiter tun, als sich öffentlich über zu hohe Fleischpreise beklagen, zeigt die Staatsarbeiter als geistige Gelehrten. Es wird hohe Zeit, daß sich auch diese Arbeitergruppe frei macht von dem Alp politischer Ohnmacht. So lange sie sich jedoch aufs Bitten und Flehen verlassen und nicht als klassenbewußte Arbeiter Forderungen erheben, wird man ihnen nur die Zuchttaube zeigen.

Grünau.

In dem Bericht über die letzte Mitgliederversammlung des Wahlvereins erhalten wir vom Genossen Lehmann folgende Zuschrift: „Der Schreiber des Berichts behauptet, ich hätte das kommunistische Manifest „herabzumindern“ versucht. Ist mir gar nicht eingefallen. Nachdem in einer vorübergehenden Versammlung in einem Referat das Manifest in allen Teilen als noch heute mit den Auffassungen der Partei übereinstimmend bezeichnet wurde, habe ich in der Diskussion lebhaftig darauf hingewiesen, daß die Verleumdungstheorie und das eberne Lohngesetz nicht mehr aufrechterhalten werden können. Dasselbe sei auch bezüglich der vorgeschlagenen revolutionären Maßregeln zu sagen. Ebenso sei es angeht die Entwicklung der Trübs nicht ausgeschlossen, daß die Kräfte eine andere Grundlage späterhin erhalten müsse. — Wichtig ist allerdings, daß die Diskussionsredner, trotzdem ich mich auf Kautskys neuestes Vorwort und die 1. Vorrede von 1873 berief, dabei verblieben, daß das Manifest noch heute gelte und ich ein — Revisionist sei. Ich glaube aber die offizielle Meinung der Partei, wie sie heute gilt, vertreten zu haben und bitte von dieser Nichtigstellung Notiz zu nehmen.“

Gerichts-Zeitung.

Raffinierte Gaunerstücke lagen einer Anklage wegen ver-suchten und vollendeten Betruges in 5 Fällen und schwerer Ur-tendenfälschung zugrunde, die gestern den Handlungsgeschäften Max Arndt und den Kaufmann Hermann Schwiras vor die zweite Ferienkammer des Landgerichts I führte. — Im Juni und Juli dieses Jahres wurden mehrere Firmen durch einen Schwindler erheblich geschädigt. Am 11. Juli d. J. erschien in den Geschäftsräumen des Postlieferanten B. ein anscheinend dem Kaufmannsangehöriger junger Mann und bat um Ausbändigung einer Geschäftskarte. Er erzählte mit großer Redegewandtheit, daß er eine andere Branche vertriebe und zufällig in seinem Hotel zwei Französinen kennen gelernt habe, die einen größeren Posten Stidereien und Spitzen kaufen wollten. Gegen einen gewissen Prozentsatz wolle er mit Hilfe der erbetenen Geschäftskarte das Geschäft vermitteln. Infolge des sehr sicheren Auftretens des jungen Mannes wurde ihm anstandslos die gewünschte Geschäftskarte ausgehändigt. Am Nachmittag desselben Tages klingelte bei einer Firma Vernstein das Telefon. Der Postlieferant B. fragte an, ob sein „junger Mann“, der eine Ausbändigung in Spitzen abholen solle, noch nicht dorthin gewesen sei. Kurze Zeit darauf erschien tatsächlich bei Vernstein ein junger Mann, der eine Geschäftskarte der Firma B. vorwies, auf deren Rückseite die schriftliche Bestellung auf eine Auswahlendung in Spitzen enthalten war. Der Bote enthielt anstandslos einen Posten Spitzen im Werte von 300 M. ausgehändigt. Am nächsten Tage stellte es sich heraus, daß die Firma Vernstein das Opfer zweier abgefeimter Gauner geworden war. Die beiden Angeklagten, denn diese hatten jenen Schwindel in Szene gesetzt, arbeiteten mit verteilten Rollen. Während Arndt als angeleglicher Reisender die Geschäftskarte einer Firma unter allen möglichen falschen Angaben zu erlangen verstand, füllte Schwiras diese Karten mit einer Bestellung aus und nahm dann als „junger Mann“ die Baren ab, nachdem Arndt von einer anderen Stelle aus telephoniert hatte, um die Bestellung recht glaubhaft erscheinen zu lassen. Derartige Betrugsereignisse gelangen den Angeklagten in mehreren Fällen. Besonders Glück hatten die beiden Schwindler in einem Falle. Am 26. Juli erschien Arndt mit einer Geschäftskarte der Firma Kunkelmann in dem Seidenwarengeschäft von Vorngröb, um einen größeren Posten angeblich bestellter Taffetseide abzuholen. Um ganz sicher zu gehen, schickte sich der Verkäufer der Firma Vorngröb mit der Firma Kunkelmann telephonisch in Verbindung. Auf diese Weise hätte natürlich der Schwindler entdeckt werden müssen. Der Angeklagte Arndt, der schon auf dem Sprunge stand, ließ aus zu nehmen, war aber selbst nicht wenig erstaunt, als er vernahm, daß die Firma K. die Bestellung bestätigte. Ein eigenartiger Zufall hatte es nämlich gefügt, daß diese Firma tatsächlich bei Vorngröb Seide bestellt hatte und diese durch ihren Hausdiener abholen lassen wollte. Die Angeklagten erbauteiten auf diese Weise Taffetseide im Werte von 564 M., die sie für 200 M. in einer „Schärftreibe“ der Alten Schönhauserstraße weiterverkauften. Der Staatsanwalt beantragte Gefängnisstrafen von 5 bezw. 6 Monaten. Der Gerichtshof unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Höpke ging jedoch mit Rücksicht auf die ziemlich raffinierten Schwindelereien der Angeklagten und den hohen Wert der erbeuteten Gegenstände erheblich über das beantragte Strafmaß hinaus und erkannte gegen Arndt auf neun Monate und gegen Schwiras auf ein Jahr Gefängnis.

Um sehr gefährliche Gelegenheitsdiebstähle handelte es sich in einem Wandendiebstahlprozeß, der die Ferienkammer des Landgerichts I in einer längeren Sitzung beschäftigte. Wegen wiederholten schweren und einfachen Diebstahls waren angeklagt: der „Arbeiter“ Otto Vary, der Wäcker Wilhelm Lehning, der Häcker Max Ulrich und der Schlosser Ernst Funke, während sich der Händler Heinrich Milch wegen gewerbsmäßiger Hehlerei verantworten mußte. — Die wegen Diebstahls angeklagten Personen haben mit Ausnahme des Ulrich schon sämtlich im Zuchthause gesessen. Sie waren sämtlich Stammgäste in den „Kaffeeclappen“ und „Bouillonellern“ des dunklen Berlins und lernten sich hier auch kennen. Nachdem sie des Tages über in den Straßen umhergebummelt und günstige Gelegenheiten zum Diebstahl „ausbaldowert“ hatten, trafen sie des Abends wieder in ihrer Kasse zusammen, um über den Raubzug in der Nacht zu beratschlagen. Eine besonders erhebliche verbrecherische Tätigkeit entfaltete sonderbarerweise der noch völlig unbescholtene Angeklagte Ulrich. Von ihm stammte auch der Plan, den Schlaf-räumen der Wäckergehlen während der Nacht einen Besuch abzu-gewinnen. Derartige Diebstähle gelangen in mehreren Fällen, da die Wäckergehlen in der zumeist im Keller gelegenen Badstube tätig waren. Gestohlen wurde von den Angeklagten ziemlich alles, was nicht niet- und nagelfest war. Außer Geschäftseinbrüchen und Schaufensterdiebstählen verübten die Herren Langfinger in der Hauptsache Wäckerdiebstähle. Nach längerer Beweisaufnahme beurteilte die Strafkammer den Angeklagten Lehning zu zwei Jahren Zuchthaus, Ulrich zu 3 1/2 Jahren Gefängnis und Funke zu ein Jahr vier Monaten Gefängnis sowie den übrigen Nebentrafen. Milch und Vary wurden mangels genügenden Beweises freigesprochen.

Aus der Frauenbewegung.

Für das Frauenwahlrecht.

Die Agitatorinnen für das Frauenwahlrecht in England treiben eine unermüdlige Agitation. Nachdem sie wochenlang in London gearbeitet haben, sind viele von ihnen jetzt tätig in Nord-England und Schottland. In Lancashire und Yorkshire haben eine Reihe Meetings stattgefunden und am vergangenen Sonntag war eine große Demonstration in Manchester. Hier sind die bekannten Agitatorinnen Miss Kenney, Mrs. Mitchell und die Damen Panthurst tätig, während Miss Billington in Schottland Propaganda macht. In der gleichen Weise soll bis zur Eröffnung des Parlaments weiter gearbeitet werden und die Liga bespricht sich hier von großen Erfolg.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Teltow-Stadt. Donnerstag, 30. August, 8 1/2 Uhr, bei Videnhagen: Vortrag des Genossen Göhre: „Die Alkoholfrage“.

Kaufmännische Kranken- und Sterbekasse von 1885 (F. S. 71). Dienstag, den 28. August 1906, abends 9 Uhr, im Restaurant Bräutig, Alte Jakobstraße 89: Sitzung.

Vermischtes.

Der tägliche Eisenbahnunfall. In der Nacht vom 25. zum 26. August wurde auf dem Bahnhofe Hannover der diensthabende Stationsassistent Raddag von einem Zuge überfahren und sofort getötet.

Neue Gefahren für Chile.

Santiago, 27. August. Seit den letzten 48 Stunden hat sich kein neuer Erdstöß ereignet. Nach den letzten Feststellungen überschreitet die Zahl der Toten in Valparaiso keineswegs 5000.

Santiago de Chile, 28. August. Es werden noch immer Menschen aus den Trümmern in Valparaiso, unter denen sie fünf Tage lagen, lebend hervorgezogen. Ein Teil des Kirchhofes rutschte mit den Särgen einen Hügel herab, wodurch die Särge geöffnet wurden. Die Leichname verbreiten einen unerträglichem Geruch. Die Behörden wollten sie mit ungelöschtem Kalk bedecken, doch widerstehen sich dem die Pfrierer. Es fällt reichlicher Regen hier und in Valparaiso, der die Ausbesserungsarbeiten an den Eisenbahnen erschwert und die Leiden der in Valparaiso auf den Straßen lampierenden Menschen erhöht.

Valparaiso, 26. August. Kapitän Middleton von der chilenischen Kriegsmarine kündigt auf Grund seismologischer Beobachtungen ein neues verheerendes Erdbeben in Chile für den 12. September an, das sich bis nach Asien ausbreiten werde.

Neue Erdstöße.

London, 27. August. In Mailod in der Grafschaft Derby wurden heute morgen Erdstöße verspürt, durch welche die Einwohner und die dort lebenden Fremden in lebhaftest Verunruhigung versetzt wurden.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 48. Heft des 24. Jahrganges erschienen. Das Heft hat folgenden Inhalt: Ummeltie — Partei und Gewerkschaft. Von R. Kautsky. — Bemerkungen über Rassenhygiene und Sozialismus. Von Oda Hilberg (Rom). — Die Kriegsschule und das Bildungsproblem. Von Otto Gellner. — Die wirtschaftlichen Ursachen der revolutionären Bewegung in der Türkei. Von Alexander B. Janoff. — Literarische Rundschau: Emma Adler, Die berühmten Frauen der französischen Revolution. Von O. L. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern sehen jederzeit zur Verfügung.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet wochentäglich von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gedruckt 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Verzeichnis beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt.

Wahlverein Potsdam und Rixdorf. Die eingesandten Notizen sind erst am Sonntag bei uns eingelaufen, für die Sonntagsnummer also zu spät.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der Reichlichen Marktallen-Direktion. (Großhandl.) Rindfleisch Ia 69—73 pr. 100 Pfd., Ia 63—68, Ia 57—62, Ia 52—56, englische Bullen 0,00, dänische Bullen 0,00, holländische Bullen 0,00, Kalbfleisch, Doppelbänder 100—110, Ia 80—85, Ia 70—78, Ia 60—68, Hammelfleisch Ia 77—82, Ia 67—75, Schweinefleisch 68—74, Korbhühner Ia per Pfd. 0,60—0,75, Ia 0,50 bis 0,50, Korbhühner Ia per Pfd. 0,40—0,45, Ia 0,25—30, Dampf 0,51, Wildschweine pr. Pfd. 0,30—0,35, Ferkel 0,00, Kaninchen pr. Stück 0,50—0,80, Wildenten Ia per Stück 1,00—1,25, Ia 0,00, Korbhühner, junge Ia 0,70—1,10, junge kleine 0,30—0,65, alte 0,00—0,72, Hühner, alte, per Stück 1,50—2,25, alte, Ia 0,75—1,40, junge, per Stück 0,40—0,98, Tauben, junge, per Stück 0,25—0,40, alte 0,20, Enten, junge per Stück 1,50—2,10, alte per Stück 0,00, Hamburger, junge, per Stück 2,75—3,80, Gänse, Ia per Pfd. 0,55—0,65, Ia 0,45—0,54, Ia per Stück 2,75 bis 4,80, Ia 1,50—2,00, Bonquets per Stück 0,80—0,90, da. klein 0,00—0,00, Hechte pr. 100 Pfd. 70—101, Bander 122, Schlei 113—127, Hele 54, Kote, groß 0,00—0,00, mittel 96, klein 0,00, unsortiert 60—60, Blögen 00—00, Karpfen 0,00, Carpe 0,00, mott 0,00, Weiße 14—20, Karauschen 76, mott 0,00, Heis 0,00, Bunte Heis 52—62, Amsel, Raab I neuer pr. 100 Pfd. 110—130, da. II neuer 90—100, da. III neuer 50—75, Seelachs 20—25, Flundern, pomme. I, per Schoß 9, da. pomme. II 2—3, Kieler, Stenge Ia 4—6, da. mittel per Kiste 2—3, da. klein per Kiste 0,00, Büdinge, per Ball Kieler 4—5, Straaländer 5—6, Kote, groß per Pfd. 1,10—1,50, mittelgroß 0,80—1,00, klein 0,50—0,60, Heringe per Schoß 4—5, Schellfische Kiste 2—4, da, 1/2 Kiste 2—3, Korbhühner, per 100 Pfd. 10—13, Heilbutt 25, Carbellan, 1902er, per Kiste 90, 1901er 90, 1900er 82, 1906er 65, Schottische Polsterlinge 1905 0,00, large 40—44, fall, 36—38, med. 35—42, deutsche 37—44, Heringe, neue Raabes, per 1/2, Ia. 60—120, Dummern, Ia. 100 Pfd. 0,00, Krebse, per Schoß, große 0,00, mittel 18, kleine 0,00, unsortiert 2,50—3,50, Gattiger, groß 0,00, Eier, Lachs, per Schoß 2,00—3,30, Butter per 100 Pfd. Ia 122—124, Ia 118—120, Ia 112—116, abzuliefern 96—110, Saure Gurken Schoß 3,50—4,00, Pfeffergurken 3,50—4,00, Kartoffeln per 100 Pfd. Kofen 1,50—1,75, neue runde 2,00—2,25, neue blaue 2,25—2,50, neue Herkter 2,25—2,50, Spinal p. 100 Pfd. 15—18, Karotten p. Schoß 2,00—3,00, Peterser, fleisige, p. Schoß 1,25—3,00, Zwiebeln 100 Pfd. 2—3,50, Peterhille, grün, Schoß 1,00, Kohlrabi p. Schoß 0,50—1,00, Rettig, bayr. p. Schoß 2,40 bis 4,80, Radieschen p. Schoß 0,00—1,00, Salat, p. Schoß 1,00—1,50, Bohnen, grüne, per 100 Pfd. 5—12, Wachbohnen 5—16, Schoten per 100 Pfd. 10—20, Pfefferlinge per 100 Pfd. 12—18, Röhrraben per 100 Pfd. 4—5, Blumenkohl per Mandel 1,00—2,20, Wirsingkohl per Mandel 1,00—2,00, Rotkohl p. Mandel 0,75—1,75, Weißkohl p. Mandel 1,50 bis 2,00, Stempilze p. 100 Pfd. 25—30, Gurken, Herbst, p. Schoß 0,75—1,00, da. Entlege, Schoß 1,00—2,00, da. Röhrrab, 3, da. Wagnier 3—4, da. Entlege (Zem-) 10—16, Röhrraben, Mandel 0,75—1,25, Tomaten, fleisige 100 Pfd. 4—10, Bienen, Hal. per 100 Pfd. 13—24, Heisje 3—10, Tiroler 14—30, Süsskohl 5—18, Rettig, 3—5, Kestel, ungar., per 100 Pfd. 7—14, Hal. 6—15, Heisje 4—11, Granenleiner 12—14, Tiroler 25—42, Preisbeeren 15—18, Schwedische 16—19, Blaubeeren per 100 Pfd. 10—12, Pflaumen, Ital. runde dunkle per 100 Pfd. 0,00, Ital. lange gelbe 0,00, Hal. runde 0,00, ungarische 6—9, Heisje 6—7, Reinerlauben 10—18, Zitronen, Reifma 300 Stück 18,00—23,00, 200 Stück 14,00—18,00, 100 Stück 10,00—18,00, 420 Stück, Klein 12,00, Pfirsiche, Werberische per 100 Pfd. 15—25, französische 20—40, Italienische I Heisje 1,50—2,00, da. II Heisje 0,80—1,60, da. III Heisje 1,00—1,20, da. in Körben per 100 Pfd. 20—45.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 28. August 1906.

Niemlich kühl, viellicht heiter, aber noch veränderlich bei trübem nordwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV 9679.
Arbeitsnachweis: Zimmer 34. Amt IV 3353.

Mittwoch, den 29. August 1906, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung

der Gold- u. Silberarbeiter u. verwandte Berufsgenossen
in Frankes Pfeifen, Sebastianstr. 33.
Tages-Ordnung:
1. Unser Verband und seine Aufgaben. Referent Kollege Cohen.
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Recht zahlreiches Erscheinen der Kollegen und Kolleginnen wird erwartet.

Mittwoch, den 29. August 1906, abends 8 Uhr:

Bezirks-Versammlung

für Steglitz, Gr.-Lichterfelde u. Umgegend
bei Schellhase, Steglitz, Hornstr. 15a.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Petersdorf: „Die Entwicklung der modernen Technik.“ 2. Verhandlungsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Ohne Buch kein Zutritt.
Zahlreicher und pünktlicher Besuch wird erwartet.

Achtung! Spandau! Achtung!

Donnerstag, den 30. August 1906, abends 8 1/2 Uhr:
Bezirks-Versammlung für Spandau u. Umgegend
bei Kume, Schönwalderstr. 80.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Ströbel: „Partei und Gewerkschaft.“
2. Wie stellen sich die Kollegen zur Gründung eines Arbeitersekretariats?
3. Bericht der Bezirksleitung. 4. Wahl eines Bibliothekars und Kartelldelegierten.
Zahlreicher Besuch erwartet. 152/12 Die Ortsverwaltung.

Fachverein der Tischler

Berlins und Umgegend.
Mittwoch, den 29. August 1906, abends 8 1/2 Uhr, bei Böls, Röhrenstr. 137/138: 156/11

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Engelbert Graf über: Japanische Kultur.
2. Diskussion.
3. Vereinsangelegenheiten.
4. Verschiedenes.
Gäste und Frauen haben Zutritt.
Pünktliches Erscheinen sämtlicher Kollegen erwartet.
Der Vorstand.

Gewerkschaften Schönebergs!

Am Donnerstag, den 30. August, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Ernst Obit, Weiningerstraße 8:

Oeffentliche Versammlung

der freien Vereinigung Schöneberger Gewerkschaften.
Tages-Ordnung:
1. Zweck und Ziele der „Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften.“
Referent: Genosse Gustav Jęglin. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Gäste haben Zutritt.
Zahlreicher Besuch erwartet. 267/10 J. H.: Fr. Dräger.

Prima Weißbier

offiziert

Bergbrauerei

Berlin N. 4, Bergstraße 22.
Telephon: Amt III, 1412. 2074L*

Verlosungsartikel

zur Landpartien, für Vereine etc.
nur Reibellen, sowie Lampions, Stocklaternen, Fackeln, Girlanden, Wimpeln, Fahnen, Schärpen, Scherzartikel, humoristische Kopfbedeckungen, Musikinstrumente, Radansachen, spottbillig
Alte Jacobstr. 93, L. H. Gotthilf, Alte Jacobstr. 93, an der Seydelstraße.

Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung liefert elegante fertige Herrenmoden

Bestellungen nach Maß, tadelloser Ausführung in eigener Werkstatt.

Spezial-Geschäft für Herren-Bekleidung.
Kein Waren-Kreditläus.

J. Kurzberg

An der Jannowitzbrücke 1. 1.
Bahnhof Jannowitzbrücke.

Dr. Simmel,

Prinzen-Str. 41,
Spezialarzt für 137/13
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Hygienische

Bedarfsartikel, Neuest. Katalog m. Empfehlung viel Aerzte u. Prof. grad. u. d. H. Unger, Gummiwarenfabrik Berlin NW.-Friedrichstraße 91/92.

Gesundheit ist Reichtum!

Regelmäßiges Baden erhält und fördert die Gesundheit.

Bade Berlin-Ost im: **Bad Frankfurt** Gr. Frankfurterstraße 135.

Bade Berlin-Süd im: **Ritter-Bad** Ritterstr. 18, Ecke Prinzenstraße.

Medizinische Bäder aller Art

in werktätlich ununterbrochen geöffneten Sonder-Abteilungen für Damen und Herren.

2 Wannen-Bäder

mit je 2 Handtüchern
0,75 Mk. (40 Minuten Badenzeit.)

Hygienisch einwandfrei bleiben nur Einzelbäder, niemals gemeinschaftlich benutzte Bassinbäder!

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 28. August, abends 8 1/2 Uhr präzise:
Außerordentliche General-Versammlung
in Stechert's Pfeifen, Andreasstr. 21.
Tages-Ordnung:
1. Die Proporzalkonferenz. 2. Vorträge und Delegiertenwahl. 3. Vortrag des Genossen Ströbel über: „Partei und Gewerkschaft.“
3. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Achtung! Bautischler.
Mittwoch, den 29. August, abends 6 1/2 Uhr, bei Boeker, Weberstr. 17:

Vertrauensmänner-Versammlung sämtlicher Bezirke.

Tages-Ordnung:
1. Die Keller wie und zur Vertrags-Kündigung. 2. Diskussion.
3. Stellung zu den Holzarbeitern. 4. Verschiedenes.
Es ist Pflicht, daß jede Werkstätte einen Vertrauensmann entsendet. — Mitgliedsbuch und Vertrauensmännerliste legitimiert.
Sämtliche Differenzen im Bezirk 4 sind bis auf weiteres an Kollegen Beder, Moabit, Waldenstr. 30 zu melden.

Achtung! Bodenleger! Achtung!

Donnerstag, den 30. August, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal 1):

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Der Zentral-Arbeitsnachweis in Rängen und seine Wirkung. 2. Branchangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Die Kommission.

Achtung! Drechsler! Achtung!

Mittwoch, den 29. August 1906, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c:

Vertrauensmänner-Versammlung

der Drechsler Berlins und Vororte.
Tages-Ordnung: Unser Tarif.
Jede Werkstätte muß einen Vertrauensmann entsenden. Verbandsbüch legitimiert.
Die Kommission.

Holzbildhauer!

Am Mittwoch, den 29. August 1906, abends 8 Uhr:
Zwei Versammlungen.

1. Im Märkischen Hof, Wilmersdorferstr. 18c; 2. Königsbank, Große Frankfurterstraße Nr. 117.
Tages-Ordnung:

Fordern wir den Achtstundentag?

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, ob organisiert oder unorganisiert, es zu erheben. Gleichzeitig erheben wir die Tischler, die Bildhauer in ihren Betrieben auf die Versammlungen aufmerksam zu machen und zum Besuch derselben zu veranlassen.
Die Agitationskommission.

Verband der Kürschner

Berlins und Umgegend.
Geschäftsstelle und Arbeitsnachweis: Gollnowstraße 5.
Telephon Amt 7 Nr. 318.
Mittwoch, den 29. August, abends 8 Uhr, im Alten Schützenhause, Linienstraße 5:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die bisherigen Kampfsmittel des deutschen Proletariats und welche Bedeutung hat der Waffen- resp. Generalstreik?
Referent Kollege A. Regge. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches und Verschiedenes.
Gäste willkommen. 103/1
Zahlreiches Erscheinen erwartet.
Der Vorstand.

Bäckereigenossenschaft Produktion Charlottenburg

(G. G. m. b. H.)
Mittwoch, 29. August, abds. 7 Uhr, im Restaurant des Herrn Vortsch, Seifenheimerstraße 11:

Ordentliche Generalversammlung.

Tages-Ordnung:
1. Geschäftsbericht: a) Genehmigung der Bilanz; b) Beschlussfassung über den Gewinn; c) Entlastung des Vorstandes. 2. Bericht des Aufsichtsrates. 3. Ernennungsvorschläge der Verwaltung. Wahl der Rechnungsprüfer. 4. Vorträge. Derselben müssen vorher eingereicht werden. 5. Geschäftliches.
Dem Erscheinen aller Mitglieder steht entgegen.
200/11
Der Vorstand: Aug. Winter. A. Sallin.

Industrie-Fest-Säle

Beuthstraße 20. + Inh. Max Wendt.
Empfehle den geehrten Vereinen und Gesellschaften meine 150, 250 und 1000 Personen fassenden Festsäle zur Abhaltung von Vereinsfestlichkeiten, Versammlungen, Hochzeiten usw. zu den billigsten Bedingungen. 20012*
Fernsprecher Amt 1-1722.
Max Wendt.

Sofastoffe

Riesenauswahl aller Qualitäten.
Welle-Reste! Moquetts.
Plüsch! Sattelstaschen.
Muster b. näh. Angabe franko.
Berlin. 158.
Oranienstr.

Berolina

Verein. Mineralwasserfabriken, G. m. b. H.
Berlin S. 59
Maybach-Ufer No. 9.
Spezialität:
Bero-Sekt
feinstes alkoholfreies
Erfrischungs-Getränk.
Gen.-Vertret.: 1938L*
Aschener Kaiserbrunnen.

Expedition des „Vorwärts“ Berlin SW 68, Lindenstr. 69.

Sieben erschienen:
Illustrierter Neue Welt-Kalender
für das Jahr 1907.
Einunddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis: Kalendarium — Postwesen — Beachtenswerte Adressen — Staatliches — Rückblick — Messen und Märkte — Im Kreislauf des Jahres — Die Reform der Strafprozess-Ordnung. Von Rechtsanwalt Hugo Heinenmann — Zeugnis-gesetz und Genossenschaft. Von Dr. H. Jadel (mit Illustr.) — Zwei Lieder im Volkston. Von Leo Heller. — Ein Waisentag. Nach dem Leben erzählt von Minna Kautsky (mit Illustrationen) — Wenn wir nicht mehr gültig sind. Gedicht von Ernst Freygang — Der Kampf um das Mittelmeer der Zukunft. Von Heinrich Gumm (mit Illustration) — Die Karikatur und ihre Bedeutung. Von Ed. Buchs (mit Illustrationen) — Wir sind der Sieg. Gedicht von Ludw. Kellen — Moderne Kraftwagen. Von L. G. (mit Illustrationen) — Sozialistische Francogalation. Von Otilie Haaber — Lied der Vergleiche. Von H. L. — Die Kultur des Tabaks. Von H. G. Grant — Französische Arbeiterorganisation im 18. und 19. Jahrhundert. Von Adolf Weann — Nacharbeit. Gedicht von G. Weber — Szenen aus der russischen Revolution. Von J. H. (mit Illustrationen) — Unsere Toten (Mit Beiträgen) — Delfter Familie. Gedicht von E. Aronowitsch — Pflanzende Blätter — Das Armband. Satirische Skizze von Michel Edwards. Autorisierte Uebersetzung (mit Illustrationen) — Für unsere Käseherren — Trübsal und Bescheidenheit. — Hierzu drei Bilder: Der Bergmann — Die Spinnweben — Die Arbeiterin — Außerdem zwei Dreizehnerdrucke auf Sammelbrustpapier: Der Steinlopper — Hebet um Umklezeit — Ein Wandkalender.

Preis: 40 Pfennig.
Bei Einzelbezug bitten wir um Einzahlung des Betrages nicht 10 Pfennig in deutschen Reichsmark für Porto.

Partei-Expeditionen:

Berlin Zweiter Wahlkreis: Hermann Berner, Mittelmaldestr. 30, 2. part. — Dritter Wahlkreis: St. Fröh, Weingartenstr. 31, 2. part. — Viertes Wahlkreis O.: Robert Bengels, Röhrenstr. 3, am Adlinsplatz. Wilhelm Mann, Petersburgerplatz 4. (Laden). — 50.: Paul Böhm, Konigsplatz 14/15 (Laden). — Fünftes Wahlkreis: Leo Buch, Reibstr. 42 (Laden). — Sechstes Wahlkreis (Moabit): Karl Anders, Salzweidenstr. 8, im Laden. — Wedding: Karl Weihe, Wiesenstr. 41/42. — Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Hermann Kofke, Kaserstr. 35, Eingang Klinkerstr. — Gesundbrunnen: F. Trapf, Sägenstr. 24, 2. part. links. — Schönehauser Vorstadt: Karl Wars, Köpenickerstr. 123. — Alt-Glennick: Reinhold Schulz, Rudowerstr. 53. — Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Seifenheimerstr. 1. Ude Goethestr. 6. I. — Wilmersdorf-Halensee: Georg Fesle, Berlinstr. 46, Laden. — Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilmersberg, Boxhagen, Stralau u. Rummelsburg: Otto Seifert, O. 112, Kronprinzenstr. 50. I. — Grünau: H. Blüme, Viktorstr. 2. — Rixdorf: H. Heinrich, Reddenstr. 2, im Laden. — Schmargendorf: Gustav Kaminski, Cammerstr. 2. — Schöneberg: Wilhelm Baumler, Berlinstr. 51, im Laden. — Tempelhof: W. Müller, Berlinstr. 41/42. — Ober-Schönebeide: Julius Grünow, Schönebergstr. 10. I. — Nieder-Schönebeide: Boncompagni, Gollnowstr. 1d. — Johannisthal: Franz Dänold, Bismarckstr. 7. — Adlershof: Emil Stener, Bismarckstr. 8. I. — Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Lindenwalderstr. 4b. — Köpenick: Friedrich Woid, Grünstr. 4. — Friedenau-Steglitz-Südende: G. Bernice, Schloßstr. 115, Gartenhaus I, in Steglitz. Vorkaufgen nehmen entgegen in Steglitz: H. Mohr, Döppelstr. 8, u. Fr. Schellhase, Hornstr. 15a. — Mariendorf: Paul Müller, Bergstr. 33, 2. part. I. — Baumshulenberg: E. Hof, Grünstr. 2, II. — Treptow: Rob. Gramen, Reichstr. 412, Laden. — Neu-Weißensee: E. Heide, Sebastianstr. 105, part. — Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: H. Gursch, Pragerstr. 108, II. — Tegel, Bornsberg, Wittmann, Waldmannslust, Hermsdorf und Reinickendorf-West: Paul Kienast, Bornsberg, Schudertstr. 43. — Pankow-Niederschönhausen: G. Freiwald, Wilmersstr. 73. — Eichwalde, Zeuthen, Miessdorf und Hankow: Ablage: Alfred Gray, Schwalbe, Kronprinzenstr. 92, I. — Teltow: Hermann Krüger, Renckstr. 2. — Nowawes: Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 1. — Spandau: Köppen, Jagowstr. 9.

Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegengenommen.

Bitte ausschneiden.

Am Sonntag, den 26. d. Mts., abends 10 Uhr, entfällt nach kurzem Leiden mein lieber Gatte, der Restaurateur
20012
Gustav Kretschmar,
Berlin, Rantaustr. 40.
Dies gelte hierdurch an Berlin, den 26. August 1906
Die trauernde Gattin
Minna Kretschmar.
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 29. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Rixdorf, Hermannstr. 40, statt.

Verhand der Wäsche- und Krawattenarbeiter Deutschl. Zentrale Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Kollegin, Kätchen Frau
Anna Wozniak
am Sonntag, den 26. August, verstorben ist.
Esse ihrem Andenken
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 29. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des St. Pauli-Kirchhofes in Wilmersberg aus statt.
Um rege Theilnahme ersucht
Die Ortsverwaltung.

Nachruf

am Todestage meines unvergeßlichen Gatten, meines liebenden Vaters, des Gärtners
Robert Viebke.
† am 22. August 1906.
Du bist nicht mehr, dein treues Herz es kehrt mir seit einem Jahre!
Koch ist gelommen nicht der Schmerz, Selbsten wir fanden an der Waise.
Gehossen hast Du spät und früh, Bis Dich ein schneller Tod ereilte; Es war zu groß die Deine Waise, Die jed' Gesicht mit uns auch teilte.
Gehmetest von der hinterbliebenen Gattin nicht Kindern. 18855
Clara Viebke geb. Ollweg.



Th. Fork, Kretzschmar & Co.

Vereinigte Tischler- und Tapezierer-Meister.

Berlin. An der Jannowitz-Brücke 3-4.

Deutschlands größtes Möbelkaufhaus

für Wohnungs-Einrichtungen in allen Preislagen.

Verlangen Sie unser großes Musterbuch frei und umsonst.

Tägliche Extrafahrten mit Musik

Voigts Krampenburg (Berliner Alpen).

Täglich (außer Sonntags), vormittags 9 Uhr.

Außerdem Montag u. Donnerstag, nachmittags 2 Uhr.

Mittwoch u. Freitag, nachmittags 2 1/4 Uhr.

Abfahrt Stralauer Brücke, Ecke Waisen-Brücke.

Dieses Dampferextrafahrten finden auch täglich von der Michaelkirch-Brücke aus, vormittags 9 1/2 Uhr, nachmittags 2 1/4 Uhr statt.

Hin und zurück 50 Pf.

Möbel! Solche schwere Tischlerarbeit, liefert dieses Fabrik mit großem Maschinenbetrieb ausnahmsweise und wegen Ueberfüllung des Lagers auf Teilzahlung an reelle Käufer nur für kurze Zeit auf Teilzahlung zu Kassapreisen bei geringer Rinsvergütung. — Gegenseitige Bedingung. Gefällige Anfragen unter F. 2 erbeten.

Brauerei Ernst Engelhardt Nachf.

Berlin-Pankow.

Größte Malzbier-Brauerei in Deutschland.

Caramel-Malzbiere

Alkoholarmes, diätetisches Spezialbräu.

Aerztlich empfohlen für Nervöse, Bleichsüchtige, nährnde Mütter etc.

Als Tafelgetränk sehr bevorzugt.

Preis pro zirka 4/10 Flasche 10 Pfennig. Ueberall käuflich.

433L*

Sommerpreise bis 15. September c.

A. B. Koch,

Kohlen-Groß-Handlung

Berlin O. 34, Kronbergerstr. 15. Fernsprecher Amt 7, 3040.

Preise für nur 10 Marken ab Platz von 10 Ztr. an: [19232*]

- Primo la Galdsteine (bekannte Marken) pr. Ztr. 80 Pf. (110 bis 120 Ztr.) 83 Pf.
- la Mariengrund pr. Ztr. (110 bis 120 Ztr.) 83 Pf.
- la Diamant (110 bis 120 Ztr.) 85 Pf.
- la Aste u. Aste pr. Ztr. 90 Pf.
- la Anthrazit Cade 3, 2, 10 Pf.

Kohle, Steinkohle usw. zu den billigsten Tagespreisen. Anlieferung frei Koffer je nach Quantität pr. Ztr. 10-15 Pf. mehr. — Bei Original-Wagnis und größeren Abnahmen verlangen Sie meine Spezial-Offerte.

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig. Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pf. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.

Räumungs-Verkauf! Gerben, Leder, 10 Proz. Rabatt. Fenster 1,15, 1,65, 1,85, 2,45, 2,85, 4,75, 5,75 usw. Weissenberg Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, nahe Koppenstraße.

Tüchdecken 2,15, 2,25, 2,45, 2,95, 3,25, 3,35, 4,50 usw. Vorhanggardinen, weiß, creme, rot und goldfarbig in allen Preislagen 10 Proz. Rabatt. Weissenberg Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, nahe Koppenstraße.

Räumungs-Verkauf! Möbelstoffe, Möbelstücke und Reste für ganze Bezüge 15 Proz. Rabatt.

Japaner- und Perser-Teppiche, 2 Meter lang 3,85; 2,35 Meter lang 5,90. 1731R*

Große Posten echte hochwertige Teppiche mit Rehen, nur 10 lange Vorrat 10 Proz. Rabatt. Weissenberg Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 1732R*

Räumungs-Verkauf! Einen großen Tischdecken 1,65, 1,85, 2,45, 2,95, 3,50, 4,35 usw. 1733R*

Teppichdecken, nur 10 lange Vorrat 2,85, 3,85, 4,85, 5,85. 1735R*

Wäschdecken, meist das Doppelte, jetzt 6,85, 7,50, 8,75, 9,75, 11,00; 10 Proz. Rabatt. 1734R*

Tuch- und Wollvorhänge mit Auerbehang 3,85, 4,50, 5,00, 7,95, 9,50, 10,50 usw. mit 10 Proz. Rabatt. Weissenberg Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, Haltestelle nahe Koppenstraße. 1735R*

Wandverkleidung Große Frankfurterstraße 9, parterre. 17

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Berlin, Potsdamer Markt 4, Bahnhofsstr. 260/14*

Fahrräder, Teilzahlungen. Bergstraße 28, Schillerstraße 40. 1663R*

Möbelverkauf, Dramenstraße 58, direkt Vorplatz. In meinen fünf Etagen stehen komplette Wohnungseinrichtungen in jeder Preislage vom Einfachen bis zum Eleganten. Besonders Gelegenheit bietet ich in mehreren gewählten, fast neuen Möbeln, die bedeutend herabgesetzt sind. Beschäftigung erbeten, ohne Kaufzwang. Aufstehend billig verkaufe ich neue Chaiselongues 17, Schlafsofa 27, Saitellatensofa 45, Paneele 55, hochlegante Wäschekabinen 75, Säulenträume 29, Bettstelle mit Matratze 16, Tischstisch 16, Tischspind, Berlin 27. Gefasste Möbel können drei Monate kostenfrei lagern. Teilzahlung gestattet. Kein Laden, direkt Fabrik. Auch Sonntags geöffnet. Musterbuch gratis. 1523K*

Hochlegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Stoffen 23-40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21, keine Filialen. 1635R*

Berufsausbildung! Adressliste, reiche Auswahl. Adol. Weder, Währtenmann.

Hochvornehme Herrenanzüge, Sommerpaletots, die aus feinsten Stoffen gefertigt wurden, 18 bis 28,00, Herrenhosen 7-12,00 verkauft täglich, Sonntag. Deutsches Verkaufshaus, Bergstraße 63, 1 Treppe.

Widwainrichtung, Tischstisch, Tischlampen, Buttermaschinen, Kuchenschalen, Gläser, Zylinder 27.

Wichtiges Baustoffgeschäft Holz, Buchholz, Schadow, Steinstraße 5.

Wapagenen, jung, brechend, fingerzahn, auch Leinwand, Reformantendammstraße 52, Ecke Alexanderplatz. 1706R*

Nähmaschinen.

Nähmaschinen, Jahle bis 15,00, wer Teilzahlung kauft oder nachweilt. Sämtliche Systeme. Drauser, Zillertstraße 90. 740*

Nähmaschinen vergüte bis 15,00, wer Teilzahlung kauft, nachweilt. Sämtliche Systeme. Alte Maschinen nehme in Zahlung. Krämer, Rigolstraße 17. 1511R*

Geschäftsdrehtisch, außerst stabil, 50,00, Holz, Blumenstraße 36 b. *

Servierwagen, Damenwagen, wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36 b. 1710R*

Teppiche mit Handwebstuhl, Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. 41

Wäschgeschäfts-Einrichtungen, Wäschekabinen, Kammern, Wäsche, Wäschebänke, Buttermaschinen usw. billig. Jordan, Michaelstraße 21.

Bronzegasföhrer! Gaslampen 1,90, Gasgasföhrer 15,00, Gasampel 1,14, Schenkertheaterstraße 22. 1732R*

Wid 1. September sparen Sie viel Geld, wenn Sie Ihre Möbel in der Möbelwerkstatt Tischler, Schillerstraße 25, kaufen. Dort stehen in fünf Etagen die schönsten bürgerlichen Wohnungseinrichtungen, darunter entzückende Wäschekabinen, Truemeubels, bunte Küchen zu selbstbilligen Preisen — wegen Umbau — zum Verkauf. Brautleute, verschüme Sie diese nie wiederkehrende Gelegenheit nicht. Gefasstes Lagerung frei. Schillerstraße 25. 1735R*

Teppichdecken billig! Robert Große Frankfurterstraße 9, parterre. 41

Möbelwerkstatt liefert fertige Wohnungseinrichtungen außerst billig. Dumke Küchen. Reelle Arbeit. Beschäftigung meines feinsten großen Lager 2 erbeten. Auch Teilzahlung. Nur Keller und Hinterzimmer. Darnack, Tischlermeister, Dresdenstraße 124, zwischen Oranienplatz und Kotbuser Tor. 1708R*

Küchengeräte, Silberbesteck, Sportwagen, gebrauchte, zuzugleich billig. Schneider, Kunststraße 172. 266R*

Wandverkleidung, Holz, (schlecht) für 1800,- veräußert. Schmitz, Kunststraße 41. 1453R*

Wandverkleidung, passend für Anfänger, billig zu verkaufen. Näheres Weissenberg, Weissenbergstr. Weg 8 im Lokal. 712R*

Obst, Gemüse, Materialwaren, Holz, Kohlen, handverfertigter billig. Glemstraße 17. 757R*

Hochvornehme Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21, keine Filialen. 1714R*

Teppichmaschinen, günstige Bedingungen. Homburger, Spandauerstraße 2. 1724R*

Leinwand Prinzenstraße 28, 1 Treppe, Ecke Ritterstraße. Verlassene Pfänder, Gelegenheitskäufe, Goldschmuck jeder Art, goldene Uhren, verkauft spotbillig. 1662R*

Brautleute! Nur Gräberweg 51, Spindeln, Spiegel, Sofa, bessere Bettstellen, reelle Matratzen, enorm reiche Auswahl vollständiger Wohnungseinrichtungen, bekannt billig! Hermann Dornagel. 1715R*

Küchenspind 20 Mark, Kommode 21, Berlin 29, feinstes Silbergeschloß, modern 40, Säulenträume 54, Garderobenschrank 38, Badstube 21, Küchenspind 27, Schlafsofa 38, Tischstisch, englische Schlafkammer, Küchenspind. Auch Teilzahlung. Transport frei. Wallstraße 81. 1624R*

Nähmaschinen.

Nähmaschinen, vergüte bis 10,00, wer Teilzahlung kauft, nachweilt. Sämtliche Systeme. Alte nehme hoch in Zahlung. Rigol, Berlinstraße 99, Nähmaschinen-Geschäft. *

Quadratrate 20 Mark an. Verzeilen in Räder, Nähe Bahnhof und am Walde, verkauft Feiert. Brandenburgerstraße 1. Täglich auf dem Terrain. 244/5*

Singermaschine 12,00, Ringstich, 47 II. 152/5

Gelegenheitskäufe: Paletots, Krüge, Hosen, Koffer, Revolver, Leinwand, Uhren, Goldschmuck, Kessel, Sportbillig, Leder, Oranienstraße 131.

Reifenmacher, Lperngläser, Reifengeräte, Regulatoren, Drehwinger, Harmonikas, Geigen, Klavier, Bilder, Teppiche, sportbillig. Leder, Oranienstraße 131. 832R*

Nähmaschinen, ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00. Dorschauserstraße 67, Wienerstr. 1/6, Ackerstraße 111. 846R

Monatsanleihe und Sommerpaletots von 5,00 an, Hosen von 1,50 an, Gehrockanzüge von 12,00 an, Fracks von 2,50 an, sowie für fortwährende Figuren. Neue Garderobe zu ständigen billigen Preisen. Aus Handverleiher verlassene Sachen kauft man am vorteilhaftesten bei Rob. Mülackstraße 14. 849R*

Deckbett, Unterbett, Kissen mit glattrottem Innenteil, 10,50, Wandbleche Andreaskirche achtunddreißig. 1774R*

Wandverkleidung, Unterbett, Kissen mit glattrottem Innenteil, 10,50, Wandbleche Andreaskirche achtunddreißig. 1774R*

Wandverkleidung, Unterbett, Kissen mit glattrottem Innenteil, 10,50, Wandbleche Andreaskirche achtunddreißig. 1774R*

Wandverkleidung, Unterbett, Kissen mit glattrottem Innenteil, 10,50, Wandbleche Andreaskirche achtunddreißig. 1774R*

Wandverkleidung.

Wandverkleidung, Unterbett, Kissen mit glattrottem Innenteil, 10,50, Wandbleche Andreaskirche achtunddreißig. 1774R*

Wandverkleidung, Unterbett, Kissen mit glattrottem Innenteil, 10,50, Wandbleche Andreaskirche achtunddreißig. 1774R*

Wandverkleidung, Unterbett, Kissen mit glattrottem Innenteil, 10,50, Wandbleche Andreaskirche achtunddreißig. 1774R*

Wandverkleidung, Unterbett, Kissen mit glattrottem Innenteil, 10,50, Wandbleche Andreaskirche achtunddreißig. 1774R*

Stellenangebote.

Automobilfahrer! Jedermann, der Chauffeur mit gediegenen, theoretischen und praktischen Kenntnissen werden will, verlange kostenlose Lehrpläne. Günstigste Erfolge! Autotechnikum Berlin, Spichernstraße 11/12.

Wandverkleidung verlangt Rudolf Höger, Nieder-Schönhausen, Wilmersstraße 7. 743R*

Schlosserlehrling verlangt Dudenstraße 6. 815R

Lehrling für Kunstschlosserei verlangt Hofmann u. Co., Kronenleuchterfabrik, Brandenburgerstraße 6. 774R

Damen-Hilfsbranche, Arbeiter auf Wappel und Samt finden in größerer Dresdener Fabrik lohnende und dauernde Beschäftigung. Näheres Scharenstraße 9a II bei Schaefer. 12-1 Uhr mittags. 853R

Tüchtige Lackierer auf Krantzenmühl verlangt Gerle, Birkenstraße 18. 773R

Tüchtiger Silberfleischer für dauernde Beschäftigung gesucht bei Weichardt, Ritterstraße 73. 839R*

Tüchtige Spächler, Sommer- und Winterarbeit. Bevorzugt werden diejenigen, welche Stabboden verlegen. Offerten unter J. 2 Expedition des Vorwärts*. 836R

Kreisfahrschneider verlangt Kottlitzstraße 20. 834R

Rifenmacher verlangt Kottlitzstraße 20. 835R

Ausflüger verlangt Viehl, Oberbergerstraße 44. 851R

Miesenleger, geübte, verlangt Borch, Dieffenbachstraße 36 oder Bau Schanzenplatz, Kollenderplatz. 847R

Tüchtiger Weißbäcker verlangt Bartfeld, Goldschmiedestraße, Michaelstraße 17. 845R

Miesenleger verlangt Richard Schäfer, Anhalterstraße 4. 842R*

Dirigent, tüchtiger, für älteren Arbeiterverein für Donnerstag oder Freitag (Klavier) gesucht. Meldungen bis Freitag bei Geist, Baumgasse 26, Ernststraße 26. 1720R

Wag. Erste Vorarbeiterinnen für unter Buchhalter zum sofortigen Eintritt gesucht. Meldungen mittags 1-2 oder abends 8-9 Uhr. A. Jandorf u. Co., Weidenbühlstraße 1/2. 1775R

Knochenhaken, Arbeiterin, guter Preis. Fleh, Währtenstraße 10. 838R

Junges Mädchen für leichte Dienst verlangt Kuchewitz, Schützenstraße 14, Luergebäude. 840R

Botenfrauen finden sehr lohnende Beschäftigung Wittenwalderstraße 6.

Botenfrauen finden sehr lohnende Beschäftigung Prinzenstraße 41.

Botenfrauen finden sehr lohnende Beschäftigung Köpenickerstraße 57.

Botenfrauen finden sehr lohnende Beschäftigung Wilmersstraße 133.

Botenfrauen finden sehr lohnende Beschäftigung Schiffsbauerdamm 1.

Achtung!

Die Holzbearbeitungsfabrik **Nadje, Palisadenstr. 77/78 und Rummelsburg, Wilhelmstrand**, ist für Maschinenarbeiter sowie Hilfsarbeiter **gesperrt!** Sämtliche Arbeiter befinden sich im Auslande. **Verband der Handels- und Transportarbeiter, Verband der Maschinenarbeiter.**

Achtung! Achtung!

Schildermaler!

Bei der Firma Otto Grund u. Co., Wasserstraße 3, und bei der Firma Paul Voigt, Neue Köpenickerstraße 42, sind Differenzen ausgebrochen, müßten bis auf weiteres gesperrt. 260/20*

Zugung ist fernzuhalten!

Die Verwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Wegen Streit und Lohnhöhen sind gesperrt:

Für Knopfmacher: Abramowsky, Köpenickerstraße 33a.

Für Korbmacher: Zwerner, Friedrichstraße, Berlinstraße 72.

Bauer, Friedrichstraße, Berlinstraße 82.

Für Tischler: Der Junngeschwende, Brunnenstraße 151.

Für Parkettbodenleger: San Zempelhof, Dorfstraße 10.

Robrhan Herzer, Parochial Wagner.

Zugung ist streng fernzuhalten.

Die Crösöverwaltung.

Achtung! Achtung!

Klavierarbeiter!

In der Pianofabrik von Bell & Co., Androsstr. 32, haben sämtliche Kollegen wegen Lohnhöhen die Arbeit niedergelegt. 141/16*

Zugung ist fernzuhalten.

Vereinigung der Musikinstrumentenarbeiter.

Verkaufe.

Räumungs-Verkauf! Gerben, Leder, 10 Proz. Rabatt. Fenster 1,15, 1,65, 1,85, 2,45, 2,85, 4,75, 5,75 usw. Weissenberg Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, nahe Koppenstraße.

Tüchdecken 2,15, 2,25, 2,45, 2,95, 3,25, 3,35, 4,50 usw. Vorhanggardinen, weiß, creme, rot und goldfarbig in allen Preislagen 10 Proz. Rabatt. Weissenberg Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, nahe Koppenstraße.

Räumungs-Verkauf! Möbelstoffe, Möbelstücke und Reste für ganze Bezüge 15 Proz. Rabatt.

Japaner- und Perser-Teppiche, 2 Meter lang 3,85; 2,35 Meter lang 5,90. 1731R*

Große Posten echte hochwertige Teppiche mit Rehen, nur 10 lange Vorrat 10 Proz. Rabatt. Weissenberg Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 1732R*

Räumungs-Verkauf! Einen großen Tischdecken 1,65, 1,85, 2,45, 2,95, 3,50, 4,35 usw. 1733R*

Teppichdecken, nur 10 lange Vorrat 2,85, 3,85, 4,85, 5,85. 1735R*

Wäschdecken, meist das Doppelte, jetzt 6,85, 7,50, 8,75, 9,75, 11,00; 10 Proz. Rabatt. 1734R*

Tuch- und Wollvorhänge mit Auerbehang 3,85, 4,50, 5,00, 7,95, 9,50, 10,50 usw. mit 10 Proz. Rabatt. Weissenberg Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, Haltestelle nahe Koppenstraße. 1735R*

Wandverkleidung Große Frankfurterstraße 9, parterre. 17

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Berlin, Potsdamer Markt 4, Bahnhofsstr. 260/14*

Fahrräder, Teilzahlungen. Bergstraße 28, Schillerstraße 40. 1663R*

Möbelverkauf, Dramenstraße 58, direkt Vorplatz. In meinen fünf Etagen stehen komplette Wohnungseinrichtungen in jeder Preislage vom Einfachen bis zum Eleganten. Besonders Gelegenheit bietet ich in mehreren gewählten, fast neuen Möbeln, die bedeutend herabgesetzt sind. Beschäftigung erbeten, ohne Kaufzwang. Aufstehend billig verkaufe ich neue Chaiselongues 17, Schlafsofa 27, Saitellatensofa 45, Paneele 55, hochlegante Wäschekabinen 75, Säulenträume 29, Bettstelle mit Matratze 16, Tischstisch 16, Tischspind, Berlin 27. Gefasste Möbel können drei Monate kostenfrei lagern. Teilzahlung gestattet. Kein Laden, direkt Fabrik. Auch Sonntags geöffnet. Musterbuch gratis. 1523K*

Hochlegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Stoffen 23-40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21, keine Filialen. 1635R*

Berufsausbildung! Adressliste, reiche Auswahl. Adol. Weder, Währtenmann.

Hochvornehme Herrenanzüge, Sommerpaletots, die aus feinsten Stoffen gefertigt wurden, 18 bis 28,00, Herrenhosen 7-12,00 verkauft täglich, Sonntag. Deutsches Verkaufshaus, Bergstraße 63, 1 Treppe.

Widwainrichtung, Tischstisch, Tischlampen, Buttermaschinen, Kuchenschalen, Gläser, Zylinder 27.

Wichtiges Baustoffgeschäft Holz, Buchholz, Schadow, Steinstraße 5.

Wapagenen, jung, brechend, fingerzahn, auch Leinwand, Reformantendammstraße 52, Ecke Alexanderplatz. 1706R*

Nähmaschinen.

Nähmaschinen, Jahle bis 15,00, wer Teilzahlung kauft oder nachweilt. Sämtliche Systeme. Drauser, Zillertstraße 90. 740*

Nähmaschinen vergüte bis 15,00, wer Teilzahlung kauft, nachweilt. Sämtliche Systeme. Alte Maschinen nehme in Zahlung. Krämer, Rigolstraße 17. 1511R*

Geschäftsdrehtisch, außerst stabil, 50,00, Holz, Blumenstraße 36 b. *

Servierwagen, Damenwagen, wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36 b. 1710R*

Teppiche mit Handwebstuhl, Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. 41

Wäschgeschäfts-Einrichtungen, Wäschekabinen, Kammern, Wäsche, Wäschebänke, Buttermaschinen usw. billig. Jordan, Michaelstraße 21.

Bronzegasföhrer! Gaslampen 1,90, Gasgasföhrer 15,00, Gasampel 1,14, Schenkertheaterstraße 22. 1732R*

Wid 1. September sparen Sie viel Geld, wenn Sie Ihre Möbel in der Möbelwerkstatt Tischler, Schillerstraße 25, kaufen. Dort stehen in fünf Etagen die schönsten bürgerlichen Wohnungseinrichtungen, darunter entzückende Wäschekabinen, Truemeubels, bunte Küchen zu selbstbilligen Preisen — wegen Umbau — zum Verkauf. Brautleute, verschüme Sie diese nie wiederkehrende Gelegenheit nicht. Gefasstes Lagerung frei. Schillerstraße 25. 1735R*

Teppichdecken billig! Robert Große Frankfurterstraße 9, parterre. 41

Möbelwerkstatt liefert fertige Wohnungseinrichtungen außerst billig. Dumke Küchen. Reelle Arbeit. Beschäftigung meines feinsten großen Lager 2 erbeten. Auch Teilzahlung. Nur Keller und Hinterzimmer. Darnack, Tischlermeister, Dresdenstraße 124, zwischen Oranienplatz und Kotbuser Tor. 1708R*

Küchengeräte, Silberbesteck, Sportwagen, gebrauchte, zuzugleich billig. Schneider, Kunststraße 172. 266R*

Wandverkleidung, Holz, (schlecht) für 1800,- veräußert. Schmitz, Kunststraße 41. 1453R*

Wandverkleidung, passend für Anfänger, billig zu verkaufen. Näheres Weissenberg, Weissenbergstr. Weg 8 im Lokal. 712R*

Obst, Gemüse, Materialwaren, Holz, Kohlen, handverfertigter billig. Glemstraße 17. 757R*

Hochvornehme Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21, keine Filialen. 1714R*

Teppichmaschinen, günstige Bedingungen. Homburger, Spandauerstraße 2. 1724R*

Leinwand Prinzenstraße 28, 1 Treppe, Ecke Ritterstraße. Verlassene Pfänder, Gelegenheitskäufe, Goldschmuck jeder Art, goldene Uhren, verkauft spotbillig. 1662R*

Brautleute! Nur Gräberweg 51, Spindeln, Spiegel, Sofa, bessere Bettstellen, reelle Matratzen, enorm reiche Auswahl vollständiger Wohnungseinrichtungen, bekannt billig! Hermann Dornagel. 1715R*

Küchenspind 20 Mark, Kommode 21, Berlin 29, feinstes Silbergeschloß, modern 40, Säulenträume 54, Garderobenschrank 38, Badstube 21, Küchenspind 27, Schlafsofa 38, Tischstisch, englische Schlafkammer, Küchenspind. Auch Teilzahlung. Transport frei. Wallstraße 81. 1624R*

Nähmaschinen.

Nähmaschinen, vergüte bis 10,00, wer Teilzahlung kauft, nachweilt. Sämtliche Systeme. Alte nehme hoch in Zahlung. Rigol, Berlinstraße 99, Nähmaschinen-Geschäft. *

Quadratrate 20 Mark an. Verzeilen in Räder, Nähe Bahnhof und am Walde, verkauft Feiert. Brandenburgerstraße 1. Täglich auf dem Terrain. 244/5*

Singermaschine 12,00, Ringstich, 47 II. 152/5

Gelegenheitskäufe: Paletots, Krüge, Hosen, Koffer, Revolver, Leinwand, Uhren, Goldschmuck, Kessel, Sportbillig, Leder, Oranienstraße 131.

Reifenmacher, Lperngläser, Reifengeräte, Regulatoren, Drehwinger, Harmonikas, Geigen, Klavier, Bilder, Teppiche, sportbillig. Leder, Oranienstraße 131. 832R*

Nähmaschinen, ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00. Dorschauserstraße 67, Wienerstr. 1/6, Ackerstraße 111. 846R

Monatsanleihe und Sommerpaletots von 5,00 an, Hosen von 1,50 an, Gehrockanzüge von 12,00 an, Fracks von 2,50 an, sowie für fortwährende Figuren. Neue Garderobe zu ständigen billigen Preisen. Aus Handverleiher verlassene Sachen kauft man am vorteilhaftesten bei Rob. Mülackstraße 14. 849R*

Deckbett, Unterbett, Kissen mit glattrottem Innenteil, 10,50, Wandbleche Andreaskirche achtunddreißig. 1774R*

Wandverkleidung, Unterbett, Kissen mit glattrottem Innenteil, 10,50, Wandbleche Andreaskirche achtunddreißig. 1774R*

Wandverkleidung, Unterbett, Kissen mit glattrottem Innenteil, 10,50, Wandbleche Andreaskirche achtunddreißig. 1774R*

Wandverkleidung, Unterbett, Kissen mit glattrottem Innenteil, 10,50, Wandbleche Andreaskirche achtunddreißig. 1774R*

Wandverkleidung.

Wandverkleidung, Unterbett, Kissen mit glattrottem Innenteil, 10,50, Wandbleche Andreaskirche achtunddreißig. 1774R*

Wandverkleidung, Unterbett, Kissen mit glattrottem Innenteil, 10,50, Wandbleche Andreaskirche achtunddreißig. 1774R*

Wandverkleidung, Unterbett, Kissen mit glattrottem Innenteil, 10,50, Wandbleche Andreaskirche achtunddreißig. 1774R*

Wandverkleidung, Unterbett, Kissen mit glattrottem Innenteil, 10,50, Wandbleche Andreaskirche achtunddreißig. 1774R*

Stellenangebote.

Automobilfahrer! Jedermann, der Chauffeur mit gediegenen, theoretischen und praktischen Kenntnissen werden will, verlange kostenlose Lehrpläne. Günstigste Erfolge! Autotechnikum Berlin, Spichernstraße 11/12.

Wandverkleidung verlangt Rudolf Höger, Nieder-Schönhausen, Wilmersstraße 7. 743R*

Schlosserlehrling verlangt Dudenstraße 6. 815R

Lehrling für Kunstschlosserei verlangt Hofmann u. Co., Kronenleuchterfabrik, Brandenburgerstraße 6. 774R

Damen-Hilfsbranche, Arbeiter auf Wappel und Samt finden in größerer Dresdener Fabrik lohnende und dauernde Beschäftigung. Näheres Scharenstraße 9a II bei Schaefer. 12-1 Uhr mittags. 853R

Tüchtige Lackierer auf Krantzenmühl verlangt Gerle, Birkenstraße 18. 773R

Tüchtiger Silberfleischer für dauernde Beschäftigung gesucht bei Weichardt, Ritterstraße 73. 839R*

Tüchtige Spächler, Sommer- und Winterarbeit. Bevorzugt werden diejenigen, welche Stabboden verlegen. Offerten unter J. 2 Expedition des Vorwärts*. 836R

Kreisfahrschneider verlangt Kottlitzstraße 20. 834R

Rifenmacher verlangt Kottlitzstraße 20. 835R

Ausflüger verlangt Viehl, Oberbergerstraße 44. 851R

Miesenleger, geübte, verlangt Borch, Dieffenbachstraße 36 oder Bau Schanzenplatz, Kollenderplatz. 847R

Tüchtiger Weißbäcker verlangt Bartfeld, Goldschmiedestraße, Michaelstraße 17. 845R

Miesenleger verlangt Richard Schäfer, Anhalterstraße 4. 842R*

Dirigent, tüchtiger, für älteren Arbeiterverein für Donnerstag oder Freitag (Klavier) gesucht. Meldungen bis Freitag bei Geist, Baumgasse 26, Ernststraße 26. 1720R

Wag. Erste Vorarbeiterinnen für unter Buchhalter zum sofortigen Eintritt gesucht. Meldungen mittags 1-2 oder abends 8-9 Uhr. A. Jandorf u. Co., Weidenbühlstraße 1/2. 1775R

Knochenhaken, Arbeiterin, guter Preis. Fleh, Währtenstraße 10. 838R

Junges Mädchen für leichte Dienst verlangt Kuchewitz, Schützenstraße 14, Luergebäude. 840R

Botenfrauen finden sehr lohnende Beschäftigung Wittenwalderstraße 6.

Botenfrauen finden sehr lohnende Beschäftigung Prinzenstraße 41.

Botenfrauen finden sehr lohnende Beschäftigung Köpenickerstraße 57.

Botenfrauen finden sehr lohnende Beschäftigung Wilmersstraße 133.

Botenfrauen finden sehr lohnende Beschäftigung Schiffsbauerdamm 1.

Achtung!

Die Holzbearbeitungsfabrik **Nadje, Palisadenstr. 77/78 und Rummelsburg, Wilhelmstrand**, ist für Maschinenarbeiter sowie Hilfsarbeiter **gesperrt!** Sämtliche Arbeiter befinden sich im Auslande. **Verband der Handels- und Transportarbeiter, Verband der Maschinenarbeiter.**

Achtung! Achtung!

Schildermaler!

Bei der Firma Otto Grund u. Co., Wasserstraße 3, und bei der Firma Paul Voigt, Neue Köpenickerstraße 42, sind Differenzen ausgebrochen, müßten bis auf weiteres gesperrt. 260/20*

Zugung ist fernzuhalten!

Die Verwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Wegen Streit und Lohnhöhen sind gesperrt:

Für Knopfmacher: Abramowsky, Köpenickerstraße 33a.

Für Korbmacher: Zwerner, Friedrichstraße, Berlinstraße 72.

Bauer, Friedrichstraße, Berlinstraße 82.

Für Tischler: Der Junngeschwende, Brunnenstraße 151.

Für Parkettbodenleger: San Zempelhof, Dorfstraße 10.

Robrhan Herzer, Parochial Wagner.

Zugung ist streng fernzuhalten.

Die Crösöverwaltung.

Achtung! Achtung!

Klavierarbeiter!

In der Pianofabrik von Bell & Co., Androsstr. 32, haben sämtliche Kollegen wegen Lohnhöhen die Arbeit niedergelegt. 141/16*

Zugung ist fernzuhalten.

Vereinigung der Musikinstrumentenarbeiter.